



Stenografischer Bericht

11. Sitzung

Freitag, 7. Oktober 2011,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 855

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

- a) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für die Jahre 2012/2013 (HHBegleitG 2012/2013)**

Gesetzentwurf Landesregierung
- Drs. 6/444

- b) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 (Haushaltsgesetz 2012/2013 - HG 2012/2013)**

Gesetzentwurf Landesregierung
- Drs. 6/445

Minister Herr Bullerjahn 855
Herr Gallert (DIE LINKE) 866
Herr Schröder (CDU) 873
Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE) 876
Frau Budde (SPD) 879

Ausschussüberweisung zu a 884

Ausschussüberweisung zu b 884

Tagesordnungspunkt 13

Erste Beratung

Anerkennung der Taubblindheit als Behinderung eigener Art

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 6/438

Änderungsantrag Fraktionen CDU und SPD - Drs. 6/469

Frau Zoschke (DIE LINKE) 885, 890
Minister Herr Bischoff 886
Frau Gorr (CDU) 887
Frau Lüddemann (GRÜNE) 888
Frau Dr. Späthe (SPD) 889

Ausschussüberweisung 891

Tagesordnungspunkt 14

Beratung

Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 6/439

Änderungsantrag Fraktionen CDU und SPD - Drs. 6/468

Frau Dirlich (DIE LINKE) 891, 898
Minister Herr Bischoff 893

Herr Rotter (CDU).....	895
Frau Lüddemann (GRÜNE).....	896
Frau Dr. Späthe (SPD)	897
Beschluss.....	899

Tagesordnungspunkt 16

Beratung

Vorsorge gegen Schlammfluten, für mehr Landschaftsschutz und Artenvielfalt, Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) ökologisch und sozial gestalten

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/446**

Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/461**

Frau Frederking (GRÜNE).....	899, 910, 912
Minister Herr Dr. Aeikens.....	903

Frau Schindler (SPD).....	905, 912
Herr Czeke (DIE LINKE)	907
Herr Daldrup (CDU)	909
Beschluss.....	912

Tagesordnungspunkt 17

Beratung

Den demografischen Wandel gestalten

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/443**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/470**

Herr Scheurell (CDU).....	913, 920
Minister Herr Webel	914
Herr Dr. Köck (DIE LINKE)	916
Herr Bergmann (SPD).....	917
Frau Frederking (GRÜNE).....	919
Beschluss.....	921

Beginn: 9.01 Uhr.

Präsident Herr Gürth:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit eröffne ich die 11. Sitzung des Landtags von Sachsen-Anhalt der sechsten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns hat die traurige Nachricht erreicht, dass am 4. Oktober 2011 das ehemalige Mitglied des Landtags Herr Wolfgang Gurke im Alter von 74 Jahren verstorben ist. Herr Gurke war Mitglied des Landtags der vierten Wahlperiode. Er gehörte der Fraktion der CDU an und war Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien.

Im Gedenken an den Verstorbenen darf ich Sie bitten, sich zu einer Schweigeminute von den Plätzen zu erheben. - Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir fahren in der Sitzung mit der Haushaltsberatung fort, die - Gott sei Dank - nicht ins Wasser gefallen ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Erste Beratung

a) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für die Jahre 2012/2013 (HHBegleitG 2012/2013)**

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/444**

b) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 (Haushaltsgesetz 2012/2013 - HG 2012/2013)**

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/445**

Beide Gesetzentwürfe werden zunächst vom Minister der Finanzen eingebracht. Für die Debatte wurde im Ältestenrat eine Redezeit von 120 Minuten entsprechend der Redezeitstruktur F vereinbart. Zur Reihenfolge der Fraktionen in der Debatte und zu den Redezeiten werde ich mich vor der Eröffnung der Debatte noch äußern. Zunächst erteile ich dem Finanzminister Herrn Bullerjahn das Wort.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon eine verrückte Zeit. Auf der einen Seite haben manche Länder in der Welt Sorgen, die ich wirklich gern hätte: Sollen wir die Steuern senken oder uns noch an ein paar Unternehmen beteiligen? - Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Sorgen der Norweger. Sie haben in ihrem Öl-

und Gasfonds mittlerweile mehr als 400 Milliarden € angesammelt. Das sind 100 Milliarden € mehr, als der gesamte Bundeshaushalt umfasst.

Die Norweger müssen sich tatsächlich genau überlegen, wie sie das Geld für die Zeit nach dem Öl gewinnbringend anlegen. Das ist vernünftig, und es ist offenbar gar nicht so einfach, wie sie mir bei einem Gespräch in Berlin erzählt haben.

Sie haben aber - diese Botschaft will ich damit eigentlich übermitteln - die Qual der Wahl. Ihre Freiheit beim Fällen von finanzpolitischen Entscheidungen scheint schier unbegrenzt zu sein. Diese Frage nach der Chance der eigenen Entscheidungsfreiheit soll heute der rote Faden in meiner Rede sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der anderen Seite erleben wir seit Monaten, dass die Finanz- und Schuldenkrise europäische Länder mit einer langen, stolzen Tradition wie Griechenland, aber auch Portugal und Italien an den Rand des finanzpolitischen Kollapses drängt. Mit sehr ernststen Problemen - ich denke, Sie lesen auch darüber - kämpfen Spanien, Irland und Frankreich.

Beobachter sprechen mittlerweile von ernststen Gefahren für die parlamentarische Demokratie. Die jüngsten Streiks führen Griechenland - auch das können Sie täglich sehen - an den Rand des Erträglichen.

In vielen dieser Länder hat sich sozialer Sprengstoff angehäuft, wie wir ihn in den letzten zehn Jahren nicht gekannt haben. Gerade junge Leute sehen derzeit keine Zukunft in ihren Ländern. Das kommt uns irgendwie vertraut vor. So etwas, solche Auswirkungen habe ich mir vor Jahren noch nicht vorstellen können.

Die Freiheit dieser Länder bei finanzpolitischen Entscheidungen ist dramatisch eingeschränkt; sie liegt faktisch - das kann man auch sagen - bei null. Die dortigen Parlamente und Regierungen haben fast nur noch Auflagen anderer umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Länder müssen wirklich harte Sparprogramme auflegen, insbesondere Griechenland. Dort müssen Staatsbedienstete auf 20 % ihres Einkommens verzichten; Zehntausende von Stellen werden abgebaut; die Renten sollen um bis zu 20 % gekürzt werden.

Die Kritiker hierzulande - auch die, von denen ich in den letzten Wochen im Zusammenhang mit unserer Vorlage gehört habe - sollten sich das alles einmal vor Augen führen. Sie sollten die Zahlen und die Auswirkungen dort genau beobachten.

Ich rede den Maßnahmen in Griechenland nicht das Wort. Ich sage aber ganz deutlich: Ohne nachhaltige Anstrengungen und Einschränkungen werden diese Länder die Konsolidierung bestimmt nicht schaffen.

Das Wohl dieser europäischen Länder ist derzeit davon abhängig, ob Ratingagenturen den Daumen heben oder senken, weil die finanzpolitische Lage dieser Länder - zum großen Teil auch selbstverschuldet - die Angriffsfläche für solcherlei Einschätzungen bietet. Gleichzeitig müssen diese Länder weiter harte Sparauflagen aus Brüssel und des IWF schultern.

Bei dieser ernsten Entwicklung in Europa und in der Welt muss man von einer Zäsur in der Nachkriegsgeschichte reden. Neben der Energie- und der Wirtschaftspolitik - diese hat uns vor wenigen Monaten noch beschäftigt, wurde aber mittlerweile völlig in den Hintergrund gedrängt - sowie der allgemeinen Sanierung der öffentlichen Haushalte ist der Erhalt der Eurozone die zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD, von Frau Niestädt, SPD, und von Herrn Schröder, CDU - Frau Budde, SPD: Das ist aber ein bisschen wenig für die Eurozone!)

Es geht um viel, auch für uns in Sachsen-Anhalt. Es geht um die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft. Durch sie hat gerade Deutschland in den letzten Jahren wirtschaftlich erheblich profitiert. Das sollten wir nicht vergessen.

Es gilt der Spruch: Wenn es Europa schlecht geht, dann geht es Deutschland nicht gut. Deshalb müssen gerade wir Deutschen für mehr Tempo beim Ausbau der Europäischen Union eintreten. Dieser Ausbau sollte zu einer viel stärkeren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheit auch in Europa führen.

Es gibt Lösungen. Das deutsche Beispiel eines Stabilitätsrats kann und wird auch auf europäischer Ebene als Beispiel dienen; dessen bin ich mir ziemlich sicher.

Ich bin vor zwei Jahren in der Föderalismuskommission aus Überzeugung mit Herrn Professor Dr. Böhmer und den anderen Kabinettsmitgliedern dafür eingetreten, dass wir uns mit den aus meiner Sicht guten Instrumenten der Schuldenbremse und des Stabilitätsrats, der aus der Schuldenbremse folgte, der politischen Selbstbeschränkung unterwerfen. Dies wird auch die Grundlage künftiger Strukturen in Europa sein müssen.

Darüber hinaus - ich glaube, das ist mittlerweile unstrittig - müssen die Finanzmärkte weiter reguliert werden. Wir Deutschen sollten aber auch fair zu uns selbst sein: Ich glaube nicht, dass es derzeit an der deutschen Politik scheitert. Wer sich damit beschäftigt, der weiß, dass zum Beispiel die Briten bremsen, um ihren Finanzplatz London zu schützen. Ich denke, es wird sich dennoch etwas bewegen.

Mittlerweile ist es in Europa unstrittig, eine Transaktionssteuer zur teilweisen Finanzierung der Kri-

senbewältigung einzuführen. Die Leute verlangen zu Recht, nicht alles auf die Steuerzahler abzuwälzen.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wie in Deutschland wird es auch auf europäischer Ebene über kurz oder lang zu Ausgleichszahlungen und - ich denke, das ist unstrittig - auch zu Teilentschuldungen kommen müssen. So etwas gibt es auf der kommunalen Ebene übrigens auch.

Wir sind schon jetzt in einer europäischen Haftungsgemeinschaft. Das weiß jeder und das sollte man auch so offen sagen, ohne es jeden Tag in das Zentrum der Diskussion zu rücken. Ansonsten kommen einige vielleicht doch zu falschen Schlüssen und sagen, die anderen werden schon unsere Probleme lösen. Das ist nicht der Ansatz; aber bei diesen Diskussionen sollte man nicht dauernd zusammensucken.

Wir brauchen - ich glaube, damit tun wir Deutschen uns noch schwer - über kurz oder lang einen langfristigen europäischen Länderfinanzausgleich; denn die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern sind viel zu groß.

Wer das nicht wahrhaben will, der muss nur einmal auf das deutsche System schauen: Zwischen Baden-Württemberg und dem Saarland, die dicht beieinander liegen, funktioniert es nur, weil es derzeit den Länderfinanzausgleich gibt.

Der zu gründende europäische Stabilitätsrat hat dann aber auch die Pflicht - dabei bin ich bei denen, die dies noch nicht umgesetzt sehen -, nach festen Kriterien und Parametern die europäischen Haushalte im Blick zu behalten und, wenn nötig, Sanktionen einzuleiten.

Es ist gut, dass sich die EU und viele Mitgliedstaaten auf den Weg gemacht haben, eigene Schuldenbremsen einzuführen. Die Sparpakete müssen dann in den jeweiligen Ländern genau wie in Deutschland umgesetzt werden.

Es stimmt: Wer sich überhaupt nicht müht, der hat keinen Anspruch auf Hilfe zur Selbsthilfe. Ich bitte aber auch darum, ehrlich zu sein: Wir müssen offen sagen, dass dieser Prozess Zeit braucht.

Wir in Deutschland lassen uns für die Umsetzung der Schuldenbremse zehn Jahre Zeit, erwarten aber von Griechenland, einem Land, das wirtschaftlich viel schlechter dasteht, dass es die Probleme innerhalb von einem halben Jahr in den Griff bekommt. Das kann nicht funktionieren.

Es ist auch klar: Allein durch Sparen kann es nicht gelingen. Auch Griechenland muss ähnlich wie Deutschland mit dem Konjunkturprogramm seine wirtschaftliche und wirtschaftsstrukturelle Basis durch Investitionen stärken, damit ein dauerhafter Aufschwung für eigene Einnahmen sorgt.

Das alles wird viele Jahre brauchen. Das müssen wir den Leuten sagen, weil das Hecheln nach dem Motto „In diesem Jahr ist das Problem erledigt!“, glaube ich, zu völlig falschen Lösungen führt.

Wer nicht von Banken, Ratingagenturen oder der Finanzwirtschaft im Allgemeinen regiert werden will, wer keine Auflagen des Stabilitätsrats schultern will, der muss konsolidieren.

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, reden wir auch über uns; denn auch wir sind noch lange nicht über den Berg - weder Deutschland noch Sachsen-Anhalt.

Die deutsche Schuldenlast steigt in jeder Sekunde um 2 000 €. Die Schuldenuhr für ganz Deutschland tickt rasend und Ohrenzuhalten hilft dagegen nicht.

Mit unserem Finanzkonzept, das wir heute vorlegen, wollen wir weiter die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Zukunft Sachsen-Anhalts auch künftig hier im Land gestaltet werden kann.

Dazu brauchen wir die nötigen finanzpolitischen Spielräume. Nur dann können wir - ich glaube, diesbezüglich sind wir beieinander -, der Landtag und die Regierung, dafür sorgen, dass die Freiheit für eigene Entscheidungen beim Regieren und Gestalten auch erhalten bleibt.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist und bleibt ein Grundpfeiler unserer, meiner Finanzpolitik. Es mag sein, dass wir das vielleicht zu wenig erkennen und schätzen.

Schauen Sie sich aber bitte die Länder an, die tagtäglich in den Nachrichten sind, die nur davon leben, dass eine Troika sagt, dass etwas gut oder weniger gut sei. Stellen Sie sich bitte einmal vor, dass Ihre, unsere Entscheidungen davon abhängig sind, dass ein Bayer oder Baden-Württemberger sagt, ich glaube, der Landtag von Sachsen-Anhalt hat genug gemacht. So ungefähr muss man sich das vorstellen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das geht den Kommunen immer so!)

Der erste Schritt, um nicht in die Schuldenfalle zu geraten, ist, dass wir im kommenden Jahr wieder und dann fortdauernd keine neuen Schulden aufnehmen. Das haben wir bereits von 2007 bis 2009 geschafft.

Fortdauernd keine neuen Schulden aufzunehmen heißt, dass auch künftige Landtage, also über die jetzige Wahlperiode hinaus, das machen müssen. Das muss ein Dauerzustand werden, auch in unseren Köpfen und in dem grundsätzlichen Ansatz von Politik.

Zusätzlich müssen wir schon jetzt für den nächsten Wirtschaftsabschwung vorsorgen, der kommen wird. Jeder Wirtschaftszyklus hat ihn in sich. Ex-

perten sehen ihn schon. In der Tat: Wer sich die Börse anschaut und Konjunkturprognosen ernst nimmt, der weiß, dass sich da etwas bewegt. Aber wir sollten uns nicht verrückt machen lassen.

Die Aussage, dass wir schon jetzt am Boden liegen, obwohl wir in diesem Jahr ein Wachstum von 3 % haben werden, ist wahrscheinlich typisch deutsch. Gleichwohl geht es rückwärts und dafür müssen wir vorsorgen.

Wir haben in der Vorlage damit begonnen, die Steuerschwankungsreserve wieder aufzufüllen - im Jahr 2012 mit 50 Millionen €, im Jahr 2013 mit 60 Millionen €, im Jahr 2014 mit 80 Millionen € und im Jahr 2015 mit 100 Millionen € -, und zwar aus der ganz einfachen Überlegung heraus, dass wir dann, wenn die Steuereinnahmen zurückgehen, das zurückgelegte Geld nehmen können, um die Einnahmen zu stabilisieren, damit die Ausgabenpfade nicht gleich wieder angefasst werden müssen.

Darüber hinaus zahlen wir - dies ist genauso wichtig - wieder 20 Millionen € jährlich zusätzlich in den Pensionsfonds ein. Das hatten wir während der Finanzkrise ausgesetzt. Ziel ist, dass der Pensionsfonds die Belastungen, die seit dem Jahr 1991 entstehen, irgendwann gänzlich ausfinanziert. Die Sachsen haben das schon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was ich jetzt sage, meine ich sehr ernst: Wer an unseren Plänen rüttelt und in den Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen die Vorsorge infrage stellt, weil er vielleicht auf der Ausgabenseite noch einige Ideen hat und populäre Programme auf den Weg bringen will, der setzt die finanzpolitischen und damit auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten Sachsen-Anhalts in den kommenden Jahren aufs Spiel.

Wer keine oder nur eine geringere Vorsorge will, der ist dann auch dafür verantwortlich, wenn wir beim nächsten Wirtschaftsabschwung in den kommenden Jahren wieder neue Schulden aufnehmen müssen, weil wir keine Rücklagen gebildet haben.

Das werde ich in den nächsten Wochen auch öffentlich sagen, wenn ich nur an die Vorschläge denke, man könnte bei der Steuerschwankungsreserve jetzt ein Auge zudrücken und erst beim nächsten Haushaltsplanentwurf mit deren Wiederauffüllung beginnen. Aber es nützt doch nichts, sich dann, wenn die Krise kommt, wegzuducken und wieder neue Schulden aufzunehmen. Das ist eine Kausalität, auf die ich jetzt Monat für Monat hinweisen werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht noch weiter: Ab 2014 sind Schulden abzubauen - das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, und zwar in Höhe von 20 Milliarden €. Das ist der Umfang des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs 2012/2013. Im Jahr 2014 stellen wir dafür

50 Millionen € bereit, im Jahr 2015 werden es 100 Millionen € sein.

Dieser Schuldenabbau muss kontinuierlich über die Wahlperioden hinweg fortgeführt werden; denn erst mit einer jährlichen Tilgung von 200 Millionen € werden wir die Pro-Kopf-Verschuldung überhaupt senken können.

Deswegen werden bei der Langfristprojektion jährlich 300 Millionen € unterstellt. Wenn man das einmal hochrechnen und es überhaupt hinbekommen würde, dann stellt man fest, dass es immerhin 70 Jahre dauern würde, bis es gelingt, diese Schulden abzubauen. Ich glaube, so lange wird niemand von uns diesem Landtag mehr angehören.

(Frau Budde, SPD: Das muss nicht sein!)

Ich will jetzt niemandem zu nahe treten; das ist nur praktisch gedacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Kurs, den die Landesregierung jetzt vorschlägt, können wir uns auch im bundesweiten Vergleich sehen lassen. Neben Sachsen-Anhalt werden aus jetziger Sicht im kommenden Jahr nur vier weitere Länder ohne neue Schulden auskommen, nämlich Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen.

Die Sachsen - das ist unglaublich - tilgen sowohl in diesem Jahr als auch 2012 ihre wesentlich geringeren Schulden, wie übrigens auch Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen gelingt dies durch die jahrelange Politik der CDU

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: So ist es!)

- genau - und in Mecklenburg-Vorpommern durch die Zusammenarbeit der SPD und der damaligen PDS.

Jetzt können auch Sie klatschen.

(Unruhe)

- Das muss Ihnen nicht peinlich sein; denn Mecklenburg-Vorpommern als strukturschwächeres Land hat es genauso hinbekommen.

Man sieht also: Wenn man Verantwortung hat, ist Konsolidierung parteiübergreifend möglich. Die Zwänge sind letztlich so, dass sich jede Regierung dem entweder stellt oder nicht.

Denn allen ist klar: Konsolidierung ist kein Selbstzweck, etwa um die Statistik zu verbessern, sondern dient vor allem dem Ziel: Wir wollen Sachsen-Anhalt zu einem modernen, attraktiven und selbstbewussten Land gestalten. Sachsen-Anhalt soll ein Magnet gerade für junge Leute sein, auch außerhalb unseres Landes.

„Außerhalb unseres Landes“ heißt für mich ausdrücklich - damit schließt sich der Kreis - auch aus

Europa. Das Land muss so attraktiv werden, dass mehr Menschen in das Land kommen, als aus ihm weggehen. Dem hat sich alles unterzuordnen.

Nach Jahren der roten Laterne - ob durch harte Fakten belegt, nur gefühlt oder manchmal auch herbeigeredet - haben wir es in den letzten Jahren geschafft, deutlich nach vorn zu kommen. Wir sind längst im Mittelfeld der deutschen Länder angekommen und auf dem Weg in die Spitzengruppe.

Vielleicht reden wir zu wenig darüber, was wir alle miteinander Gutes hinbekommen:

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben im ersten Halbjahr 2011 im Vergleich der deutschen Länder den dritthöchsten Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt zu verzeichnen gehabt. Im Osten liegen wir sogar auf Platz eins.

Wir haben keinen blauen Brief des deutschen Stabilitätsrates bekommen. Wir sind kein Land mit einem Haushaltsnotfall. Wir sind im Jahr 2010 als fast einzige europäische Region von einer führenden Rating-Agentur um zwei Stufen nach oben gesetzt worden. Das spart uns bei Umschuldungen zweistellige Millionenbeträge.

Wir liegen nach einer vor zwei Tagen vorgelegten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft bei der sogenannten Konsolidierungsquote im Vergleich aller deutschen Länder auf Platz drei.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt im Osten sind wir mittlerweile stabil im Mittelfeld angekommen.

Wir haben hinsichtlich der Kinderbetreuung, der Lehrerausstattung und der Kulturausgaben mindestens stabile Mittelplätze erreicht, und das Ganze in den nächsten Jahren wieder ohne neue Schulden.

Deswegen sage ich ganz selbstbewusst: Wir sind Aufsteigerland in Deutschland. Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren die Voraussetzungen geschaffen und hat das Zeug dazu, um zu einer Topregion in Europa zu werden. Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Über den besten Weg dorthin sollten wir streiten und diskutieren; denn den einzigen und alternativen Weg gibt es nie. Aber ich bitte darum, dass wir diesen Anspruch nicht kleinreden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihnen lagen gestern und liegen heute vor: der Entwurf für den Haushaltsplan 2012/2013, die mittelfristige Finanzplanung, das Personentwicklungskonzept, das Haushaltsbegleitgesetz, der Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, eine aktuelle Bewertung der Kommunalfinanzen, der Entwurf für die Neuordnung des Immobilienmanagements und die Grundzüge des Sanierungskonzeptes Stark III.

Die Mitglieder des Finanzausschusses müssten in ihren Unterlagen mittlerweile auch eine Information über die Steuerschätzung und Überlegungen zum Jahresabschluss 2011 erhalten haben, sodass wir in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses darüber reden können.

(Zuruf)

- Dann ist es auf dem Weg. Die Unterlagen sind von uns versandt worden. Deswegen bin ich an dieser Stelle entlastet.

Ich möchte jetzt bewusst nicht über Einzelheiten sprechen; denn der Fehler von Haushaltsdebatten ist, dass wir dann in einzelne Titelgruppen einsteigen und dass nicht mehr alle zuhören.

Ich sage für die Landesregierung: Ich glaube, dass wir den letzten Monaten einen guten Job gemacht haben; denn dahinter steckt viel Arbeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

- Ja, da können Sie einmal klatschen.

Jetzt sind Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Parlament, am Zuge. Sie werden Änderungsvorschläge unterbreiten, Forderungen aufstellen, Alternativen vorlegen und sich mit öffentlicher Kritik überhaupt nicht zurückhalten, was ich kenne und gut finde.

Das ist Ihr gutes Recht. Das ist auch wichtig; denn ich glaube, dass das, was vorgelegt worden ist, in manchen Bereichen sicherlich noch wesentlich besser werden kann. Aber das ist die Basis für die Beratungen.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2012/2013 geht es - dies ist sehr wichtig - nicht um Entscheidungen für die nächsten zwei Monate oder zwei Jahre. Vielmehr stellen wir jetzt die Weichen für die Entwicklung des Landes bis 2020 und darüber hinaus. Da dieser Zeitpunkt schon so nahe ist, sage ich ganz klar: Das, was wir jetzt falsch machen, können wir nicht mehr einholen; denn der Solidarpakt läuft und läuft.

Die Weichenstellungen, die jetzt vorgenommen werden, sind eine wesentliche Grundlage für das, was bis zum Ende des Weges, bis zum Auslaufen der Hilfe anderer noch auf das Land zukommen wird.

Deswegen sind langfristige Konzepte wichtig. Nur derjenige wird die Nase vorn haben, der sich nicht nur in Tagespolitik erschöpft. Genau deshalb wollen wir uns nicht im Kleinklein verlieren, gerade auch heute nicht.

Eines muss klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Um das Image Sachsen-Anhalts dauerhaft weiter aufzupolieren, ist ein grundlegender Mentalitäts- und Paradigmenwechsel im Land nötig, und zwar bei vielen, auch in der Politik.

Wir müssen weg vom kreditfinanzierten Wachstum kommen, weg vom süßen Gift der Verschuldung,

das die Probleme nur verschiebt und am Ende potenziert.

Wir müssen finanzielle Spielräume schaffen und auch wahren. Es geht - dies habe ich vorhin schon gesagt - um ein selbstbestimmtes Agieren für das Land anstelle einer Subventionsmentalität, die immer wieder auf Hilfe von außen und oben setzt.

Das ist die Freiheit, die wir anstreben und uns dann dauerhaft erhalten müssen. Das werde ich immer wieder ansprechen; denn zukünftige Generationen hier im Landtag werden froh darüber sein, wenn wir das hinbekommen, damit sie noch etwas zu entscheiden haben.

Ich weiß, dass die Wirtschaft allein durch Konsolidierungen nicht automatisch besser wird. Auch weiß ich, dass das Land allein durch Schuldenabbau nicht automatisch attraktiver wird. Junge Leute werden sich nicht unbedingt zuallererst den Haushalt von mir ansehen und deswegen im Land bleiben. Ich bin schon dankbar, wenn Sie sich damit beschäftigen.

Dieses Ziel erreichen wir aber nur - darin bin ich mir sicher -, wenn wir investieren. Diesen Pfad beschreiten wir mit dem Haushaltsplanentwurf 2012/2013 und der mittelfristigen Finanzplanung. Deshalb sind die Schwerpunkte Wirtschaft, Arbeitsplätze sowie Bildung gut gewählt.

(Beifall bei der SPD)

Es war auch richtig, durch die Fraktionen dafür zu kämpfen, dass wir alle Drittmittel des Bundes und Europas binden. Das haben wir geschafft.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben im Haushaltsplan Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden € für Investitionen veranschlagt; das sind rund 14 % des Haushaltsvolumens. Das ist wesentlich mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Länder.

Die Sachsen haben es durch kluge Politik geschafft, in diesem Bereich sogar bei über 20 % zu liegen. Damit möchte ich Ihnen nur zeigen, welche konkreten Wirkungen es hat, wenn man rechtzeitig damit begonnen hat, anders zu wirtschaften.

Wegen der Bindung der investiven Mittel - auch das sage ich ganz offen - ist es nicht gelungen, mit der Tilgung noch zeitiger zu beginnen. Das halte ich für vertretbar.

Das, was ich Ihnen heute vorlege, ist kein Sparhaushalt. Ich habe diesen Begriff nicht in den Mund genommen. Ich halte diesen Haushaltsplanentwurf für einen vernünftigen Kompromiss zwischen Konsolidieren und Vorsorgen auf der einen Seite und Investieren in die Zukunft auf der anderen Seite. Für diesen Kompromiss werbe ich ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen, die wir im Land halten oder für uns gewinnen wollen, schauen natürlich zuerst, ob sie einen guten Job finden können und eine Perspektive im Beruf haben. Angemessene Einkünfte gehören nun einmal zu einem vernünftigen Leben, das ich mir nach meinen persönlichen Wünschen gestalten kann. Dies geht wohl auch hier im Saal allen so. Deshalb sollten wir weiter für die bundesweite flächen-deckende Einführung von Mindestlöhnen streiten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt könnten auch Sie von der CDU ruhig klatschen. Ich habe nämlich gestern gehört, auch die FDP wolle das schon.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

- Jetzt klatschen Sie.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Sie werden gleich sagen, sie wollte das schon immer!)

- Wahrscheinlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch ganz natürlich: Angemessen bezahlte Arbeit ist ein wichtiger, wahrscheinlich der wichtigste Anspruch für ein Leben in persönlicher Freiheit.

Deshalb konzentrieren wir die Wirtschaftsförderung immer mehr - das ist in der Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben - auf Unternehmen mit gut bezahlten Arbeitsplätzen. Die entsprechenden Vorschläge werden derzeit im Wirtschaftsministerium erarbeitet. Sie werden uns in den nächsten Wochen und Monaten im Kabinett und auch hier im Parlament noch beschäftigen.

(Frau Budde, SPD: Wochen, bitte!)

Ich finde, das ist ein sehr guter Ansatz.

Dabei - ich will mich keinem Vorwurf aussetzen, der nicht gerechtfertigt ist - dürfen wir natürlich nicht diejenigen vergessen - das sind nicht wenige -, die in Sachsen-Anhalt noch immer Probleme haben, weil sie arbeitslos sind, zu geringe Einkommen haben, keine Ausbildung haben oder weil andere Dinge ihr Leben erschweren. Diejenigen stehen uns sicherlich kritisch gegenüber. Wir müssen gerade um sie kämpfen und sie auf unserem Weg mitnehmen. Ich denke, da sind wir beieinander.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bessere Einkommen reden, dann sind wir sofort bei der Bildung; denn für viele Mütter und Väter ist es immer wichtiger, wie das Angebot bei der Kinderbetreuung und bei der schulischen Bildung ist.

Es geht darum: Habe ich Auswahlmöglichkeiten? Gibt es Einschränkungen, die abschreckend wir-

ken, oder passen sich die Angebote meinen Bedürfnissen an?

Kinderbetreuung und schulische Bildung spielen im Standortwettbewerb der Regionen eine immer größere Rolle. Ich glaube, diesbezüglich hat der Osten große Vorteile. Er muss nur mehr darüber reden und darf sich selbst nicht schlechtreden.

Dabei geht es auch darum - das ist wichtig und noch nicht erfüllt -, dass alle Kinder die gleichen Startchancen haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie sollen das Recht haben, Angebote bei der Kinderbetreuung und schulischen Bildung unabhängig vom sozialen Stand und Einkommen der Eltern zu nutzen. Das ist etwas, was sich in Deutschland verhärtet hat und bisher durch keine Bundesregierung - egal welcher Farbe - aufgebrochen werden konnte.

Wir müssen endlich die Bildungsschichten in unserer Gesellschaft aufbrechen, die immer noch so prägend sind für die Zukunft des Kindes, sodass dessen Weg oft schon von Anfang an vorgezeichnet ist. Gerade in Sachsen-Anhalt, in einem Land mit so stark zurückgehender Kinderzahl, wird es darauf ankommen, jedes Kind auf diesem Weg mitzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Deshalb haben sich die Koalitionspartner dazu verabredet, ab dem Jahr 2013 wieder einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder zu verwirklichen. Ihn abzuschaffen, war wohl ein Fehler.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und von der Regierungsbank)

Das sage ich als jemand, der die Abschaffung damals unterstützt hat - bevor es hier jetzt wieder in Schwarz-Weiß quer durch die Fraktionen geht.

(Frau Budde, SPD: Schwarz-Rot!)

- Oder in Schwarz-Rot. - Wir haben dafür im Haushaltsjahr 2013 einen Betrag von 10 Millionen € und im Haushaltsjahr 2014 und in den folgenden Jahren einen Betrag von je 30 Millionen € vorgesehen. Ich bitte Sie alle inständig: Warten Sie das Gesetzgebungsverfahren ab.

(Herr Scharf, CDU: Wir wissen jetzt schon, dass das nicht reicht!)

- Warten wir doch einmal das Gesetzgebungsverfahren ab. Ich bewundere immer diejenigen, die schon vorher alles genau wissen, ohne dass wir inhaltlich darüber geredet hätten. Wenn Sie es nicht wollen, dann sagen Sie es. Aber lassen wir uns jetzt nicht verrückt machen.

Herr Bischoff wird einen Gesetzentwurf vorlegen. Darüber werden die Koalitionsfraktionen und das

Parlament insgesamt reden. Dann werden wir sehen, was wir mit den Mitteln in Höhe von 30 Millionen € machen können oder auch nicht. Dann wird man darüber diskutieren, ob das alles vernünftig ist. Ich bitte Sie, diesen Weg einzuhalten.

(Zustimmung bei der SPD)

Ab dem Jahr 2013 oder 2014 wollen wir eine Schulreform hin zur Gemeinschaftsschule auf freiwilliger Basis umsetzen. Hierbei geht es nicht darum, Strukturen kaputt zu machen.

(Frau Feußner, CDU: Ach so!)

Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Schulreform noch von irgendjemandem angezweifelt wird. Wir haben mittlerweile wieder einen Anteil von 12 % der Schüler, die ohne einen Hauptschulabschluss die Schule verlassen - Tendenz steigend. Das kann doch nicht vernünftig sein.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Nein, aber eine Schulreform ist auch keine Antwort! Wir brauchen keine neue Schulform! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Wissen Sie, wenn Sie Probleme mit Ihrem eigenen Koalitionsvertrag haben, dann müssen Sie das intern klären, nicht mit mir.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN - Unruhe bei der CDU)

Und - das ist wichtig - wir wollen mehr Auswahlmöglichkeiten und mehr Selbständigkeit an den Schulen. Ich glaube, an dieser Stelle sind wir bei einander. Denn ich denke, dass bei den Lehrern, bei den Trägern und den Eltern sehr viel Potenzial in Bezug auf Eigenverantwortung zu heben ist. Die letzten beiden Punkte, die ich angesprochen habe, werden uns vor allen Dingen beim nächsten Haushaltsplan so richtig umtreiben.

Die OECD hat uns aufgeschrieben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir insbesondere im Vorschulbereich und im Grundschulbereich eben nicht so gut sind. Deswegen haben wir als Landesregierung auch beschlossen, dass wir im Jahr 2012 und folgende je 200 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen wollen. Das sind doppelt so viele, wie in den letzten Jahren im Durchschnitt eingestellt wurden.

(Frau Feußner, CDU: Das reicht immer noch nicht!)

- Sie können ja Vorschläge machen, wie Sie das Geld für mehr organisieren. Auch an dieser Stelle sage ich: Das müssen Sie in der Fraktion diskutieren.

Übrigens lohnt es sich auch, einmal mit der Universität in Halle darüber zu reden, damit wir am Ende genau die Lehrerinnen und Lehrer haben, die wir brauchen.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Schröder, CDU)

Ich denke, diese Gespräche werden sehr wichtig und interessant sein. Trotzdem dürfen wir - die Medaille hat zwei Seiten - nicht vergessen, dass die Personalkosten des Landes mittlerweile ein Drittel des Haushaltsvolumens ausmachen, sich also auf ungefähr 3,4 Milliarden € belaufen. Dazu sage ich ganz offen: Es gibt andere Länder, die mit weniger Personal keine schlechtere Arbeit leisten.

Die Vorstellung, dass wir jährlich 800 bis 1 000 Neueinstellungen vornehmen, ist völlig illusorisch.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das war es 2009 nicht!)

- Ich bitte um Fairness, Kollege Gallert. Ich habe im vorigen Jahr hier ein Personalkonzept vorgelegt, in das wir diese maximalen Werte einmal eingestellt haben. Ich habe hier an diesem Pult darauf hingewiesen, dass wir, wenn diese zusätzlichen 4 000 Stellen kämen, nie und nimmer das Verhältnis von 19 Beschäftigten auf 1 000 Einwohner im Jahr 2019 erreichen würden. Das ist aus meiner Sicht unmöglich, unverantwortlich und auch unsinnig.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Andere Länder kommen heute mit diesem Personalbesatz aus und sind in der Sache nicht schlechter als wir. Deswegen ist es richtig, dass wir statt 350 nun rund 550 junge Leute jährlich in den Landesdienst übernehmen. Wir werden sehen, wie die Annahmen, auf denen das PEK fußt, sich in den nächsten Jahren weiterentwickeln. Aber bitte in dieser Reihenfolge.

Bei Investitionen in die Bildung geht es nicht um Lehrer, nicht nur um Inhalte, sondern auch um die Ausstattung. Ich habe gestern schon etwas zum Stark-III-Programm gesagt. Ich kann mich nur darüber wundern, wie sehr das kritisiert wird. Denn die Landesregierung könnte es sich einfach machen und sagen: Wir lassen den ganzen Quatsch. Dann müssten es die Kommunen allein tun. Das werden sie nicht können.

Deswegen sage ich: Es ist richtig, das zu machen. Ähnlich wie beim Konjunkturprogramm sparen wir damit Geld, nämlich erstens 30 bis 40 % der Energiekosten. Das ist bares Geld für die Träger. Zweitens werden wir das größte - ich nenne es einmal so - Konjunkturprogramm für den Mittelstand und die Handwerker weiter vorantreiben.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

- Dass Sie jetzt so grimmig gucken, kann ich gar nicht verstehen. Denn ich glaube, die Handwerker haben gelernt, dass sie an dem Konjunkturprogramm, bei dem die Aufträge zu nahezu 100 % in den Kreisen geblieben sind, am meisten partizipiert haben.

Das ganze Programm fußt derzeit auf der Anmeldung von rund 600 Millionen € der beiden Ressorts

MK und MS. Man wird sehen müssen, was wir davon nachher tatsächlich umsetzen können.

Ich sage auch ganz klar: Zu einer vernünftigen Umsetzung des Programms wird es notwendig sein, ein vernünftiges Vergabegesetz aufzustellen und die Bauordnung zu verändern, damit wir nicht nur dauernd in den Brandschutz investieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten über die Defizite und über den Nachholbedarf reden, aber bitte auch über das, was gut läuft. Dazu gehören zweifellos unsere Hochschulen und unsere Universitäten. Das ist, so glaube ich, mittlerweile auch weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt. Das zeigt auch die Tatsache, dass viele junge Leute aus Westdeutschland, aus Europa und aus anderen Teilen der Welt hier studieren. Der Anteil dieser Studenten beläuft sich inzwischen schon fast auf die Hälfte.

Wir wissen aber auch, dass diese Zahlen nicht automatisch fortgeschrieben werden können. Es wird natürlich auch an uns und an unserer Politik liegen, inwieweit wir diesem Trend, der sich anbahnt, etwas entgegenzusetzen haben. Denn klar ist auch: Diese Universitäten sind Aushängeschilder für das Land. Deshalb haben wir als Landesregierung beschlossen, die Budgets fortzuschreiben. Aber, wie gesagt, wir alle sollten uns schon Gedanken darüber machen, wie wir in Zukunft genug junge Leute dazu animieren können, an den Hochschulen und Universitäten Sachsen-Anhalts zu studieren.

Auch die Hochschulen müssen besser werden. Denn wir freuen uns über die große Zahl derer, die ein Studium beginnen, aber wir reden kaum über die Zahl derer, die am Ende wirklich ihren Abschluss schaffen. Dazwischen liegt eine unheimlich große Differenz, die auf Dauer so nicht bleiben kann. Das ist auch nicht sinnvoll.

Ich denke auch, dass die Hochschulen und Universitäten gehalten sind, eine noch bessere Verzahnung mit den Unternehmen hinzubekommen. Denn auch sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese jungen Leute, auch die aus Westdeutschland, am Ende dafür begeistert werden, sich hier in Sachsen-Anhalt einen Job zu suchen. Das ist auch deren Aufgabe.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Leimbach, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Internet spielt dabei eine immer größere Rolle. Für viele, nicht nur für jüngere Menschen ist es das Tor zur Welt, auch bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen. Es bestimmt natürlich immer mehr die Arbeitswelt, auch im öffentlichen Dienst.

Deshalb haben wir uns trotz aller Kritik und allem Ärger vorgenommen, alle Landesteile an eine Da-

tenautobahn anzuschließen und dann - das Projekt kennen viele - ein neues modernes Landesdaten-netz, das 240 Millionen € kosten wird, zu beschaffen. - Nicht wahr, liebe Kollegen aus dem Kabinett?

(Frau Budde, SPD: Hallo!)

- Hallo! - Ja?

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU
- Frau Budde, SPD: Männer können nicht zwei Dinge auf einmal!)

Es sind dann auch die Kommunen und die Bildungseinrichtungen anzuschließen sowie die Bürgerinnen und Bürger, die dieses offene Netz, in das wir viel Geld investieren, nutzen sollen.

Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsplan für die Jahre 2012 und 2013 - deswegen habe ich das soeben gesagt - werden weitere wichtige Strukturentscheidungen auf den Weg gebracht. Das betrifft vor allem die Kolleginnen und Kollegen Minister, die hier sitzen.

Erstens. Im Oktober startet der Kulturkonvent. Ich hoffe, dass er genau so erfolgreich wird wie der Bildungskonvent. Er soll Vorschläge unterbreiten. Wir reden darüber, dass wir für den Kulturbereich in jedem Jahr Mittel in Höhe von fast 170 Millionen € ausgeben.

Zweitens, die EU-Halbzeitbilanz. Die Programmierung der neuen Förderperiode von 2014 bis 2020 ist neu zu gestalten. Ich sage klar: Die Mittel, die ich für Stark III brauche, werde ich nicht obendrauf legen können. Dafür gibt es aber Schwerpunktdiskussionen. Man kann sich nicht alles neu wünschen, sondern man muss dann an anderer Stelle auch etwas lassen können.

Drittens. Es wurde gestern angesprochen, dass wir mit einem neuen Bau- und Liegenschaftsmanagement eine höhere Effizienz erreichen wollen. Das kann ich kurz machen.

Viertens. Ein zentrales Beschaffungsmanagement im Finanzministerium - so wie es größere Konzerne heute schon haben - soll dafür sorgen, dass wir besser und preiswerter einkaufen. Das sind eigentlich Dinge, die man voraussetzen sollte.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Fünftens. Die Vorbereitungen für das Lutherjahr und für die Buga laufen. Die entsprechenden Mittel sind im Haushaltsplan veranschlagt.

Sechstens. Im Justizministerium wird längst daran gearbeitet, wie man die Justizvollzugsanstalten effektiver auslasten und dabei Kosten sparen kann. Das Konzept soll Ende des Jahres vorliegen. Darüber hinaus wird es auch Strukturvorschläge enthalten müssen.

Siebtens. In einem attraktiven Sachsen-Anhalt sollen sich alle Einwohner und Gäste wohlfühlen.

Deswegen ist eine motivierte Polizei wichtig. Wir haben gemeinsam verabredet, ab dem Jahr 2013 jährlich 150 junge Polizistinnen und Polizisten einzustellen. Ob noch mehr möglich ist, wird man sehen, wenn in Zukunft konkrete Zahlen zum Personalabgang vorliegen. Dabei wird die Struktur der Polizei insbesondere unter dem Aspekt der regionalen Verteilung und der Zahl der Einwohner zu prüfen sein.

Achtens. Die Landesregierung wird die ständig steigenden Kosten in den Bereichen Sozialhilfe, Schulen in freier Trägerschaft und Verfahrenskosten bei Gericht strukturell überprüfen und Vorschläge für Einsparungen unterbreiten. Bei diesen Ansätzen geht es um rund 1 Milliarde €.

Neuntens. Auch in dem Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2012 und 2013 haben wir alle Mittel für den Städtebau gebunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist kein kompletter Überblick; das soll es auch nicht sein. Denn ich weiß auch, dass noch mehr wünschenswert ist. Ich weiß auch, dass zu den Haushaltsberatungen viele Verbände und Vereine viele Briefe schreiben und noch schreiben werden.

Aber reden wir bitte auch über den Preis für solche Wünsche. Das wird in den Debatten nämlich oft vergessen. Gestern hatte ich ab und zu auch den Eindruck, dass über die Kosten, die mit bestimmten Entscheidungen verbunden sind, nicht geredet wird.

Wir wollen als Deutsche immer bessere Straßen haben, aber wir wollen dafür keine zusätzlichen Beiträge zahlen. Wir wollen eine prima funktionierende Verwaltung, aber eigentlich wollen die Menschen keine neuen Beamten. Wir wollen, um es auf den Punkt zu bringen, einen Sozialstaat wie in Skandinavien und ein Steuersystem wie in den USA. Das passt aber nicht zusammen, nicht in der Krise und auch nicht in konjunkturell guten Zeiten.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

Das gilt für alle Bereiche.

(Zurufe von der CDU)

- Na ja, ich glaube, die CDU ist nicht mehr in der Lage zu sagen, dass sie die einzige Partei wäre, die Vorschläge dazu macht, wo man sparen könnte. Ich könnte ein paar Beispiele nennen, bei denen Sie, was die Ausgaben betrifft, kräftige Vorschläge unterbreiten. Man sollte sich nicht besser machen, als man ist.

(Herr Schröder, CDU: Bei Investitionen!)

Ich glaube, dass die Prämisse, dass man Einnahmen und Ausgaben immer im Blick haben sollte, für das Private, für die Unternehmen und auch für die öffentliche Hand gilt, für den Bund, die Länder

und die Kommunen. Denn dort - das weiß ich auch - spielt sich das Leben ab. Aber die Kommunen werden sich diesen Gegebenheiten genauso stellen müssen.

Wenn es um das Recht und die Freiheit geht, Entscheidungen wirklich vor Ort treffen zu können, werden die Kommunen auf ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung pochen. Dazu stehe ich ausdrücklich.

Das Land wird deshalb die Städte, Dörfer und Landkreise nicht hängen lassen. Ich sage hier auch: Das hat es auch bisher nicht getan. Im Gegenteil: Wir bieten - ich habe es gestern ausführlich vorgestellt - ein Bündnis für starke Kommunen für die nächsten Jahre an. Ich möchte das jetzt nicht weiter erläutern; das habe ich gestern getan.

Insgesamt stellt das Land den Kommunen mit dem FAG, mit den verschiedenen Stark-Programmen und aufgrund des geringen Kommunalisierungsgrades, wo zum Beispiel die Sozialhilfe beim Land liegt - andere Länder handhaben das anders -, allein im direkten Bereich Mittel in Höhe von 2,5 Milliarden € zur Verfügung. Das ist ein Viertel des gesamten Landesetats. Angesichts dessen kann man wohl nicht davon sprechen, dass sich das Land auf Kosten der Kommunen schadloos halte. Solche Vorwürfe zeugen meiner Meinung nach von einer sehr egoistischen Sicht auf die Gesamtsituation im Land.

Um den gemeinsamen Konsolidierungskurs weiter aktiv zu begleiten, habe ich gestern vorgeschlagen, einen kommunalen Stabilitätsrat zu gründen. Dieser Rat soll dann zweimal im Jahr über die Konsolidierungsfortschritte aller Kommunen, letztlich aber auch kommunenscharf regelmäßig beraten und dort, wo es Probleme gibt, zusätzliche Schritte einleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei allen Debatten sollte beachten werden, dass es einen Grundgedanken der Solidarität auch innerhalb der kommunalen Familie geben muss, auch zwischen dem Land und den Kommunen, in beide Richtungen. Deshalb darf niemand diese Debatte überspannen. Es kann nur um einen fairen Lastenausgleich gehen, damit beide Seiten in den nächsten Jahren ihre Spielräume nicht überdehnen.

Auch hierbei gilt: Der Paradigmenwechsel, der uns auf der Landesebene begegnet, muss auch auf der kommunalen Ebene Einzug halten. Es muss klar sein, dass bestimmte Dinge eben nicht gehen, wenn das Geld nicht ausreicht.

Es ist eine Logik, die nicht mehr funktioniert: Man will unbedingt investieren, also muss jemand das Geld dafür besorgen. Wenn das nicht geht, dann nimmt man eben Kredite auf; und wie sich das auf die Zukunft auswirkt, das müssen diejenigen, die danach kommen, klären. Ich denke, so werden die

kommunale Selbstverwaltung und auch die Landespolitik auf Dauer nicht funktionieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Ausbau von Rechten und Freiheiten geht es natürlich auch um das Parlament, gerade beim Haushalt. So verwiesen Abgeordnete in den letzten Wochen darauf, dass die Regierung nur Vorschläge unterbreiten könne; das Sagen habe natürlich das Parlament, das auch entscheide. Das habe ich gestern auch mehrmals gehört. Das war mir ja nun ganz neu. Ich kenne aber das Spannungsfeld; ich habe gestern beim FAG schon darauf hingewiesen.

Dann habe ich gehört, dass mit dem neuen Verfahren zur Haushaltsaufstellung die parlamentarischen Rechte eingeschränkt würden. Das bestreite ich. Ich denke, das ist ganz anders. Mit dem Verfahren zur Aufstellung des Haushalts und dem vorliegenden Finanzkonzept wird das Budgetrecht gestärkt. Damit werden die Einflussmöglichkeiten des Landtages in einer Art und Weise ausgebaut wie noch nie zuvor in der Geschichte Sachsens-Anhalts. Ich weiß, jetzt werden einige murren.

(Unruhe bei der LINKEN)

- Genau das habe ich gewusst. Ich habe es sogar in mein Manuskript geschrieben. - Aber erinnern wir uns bitte: Bei den Beratungen zum Haushaltsplan für die Jahre 2010 und 2011 gab es heftige und lange Debatten. Es wurde ein Beschluss gefasst und ich habe noch am selben Tag aufgrund der Höhe der globalen Minderausgabe eine Haushaltssperre ausgesprochen. Wenn das keine Einschränkung von parlamentarischen Rechten ist ...

Ich hatte das Recht und die Pflicht, das zu tun, weil wir eine sehr hohe globale Minderausgabe haben. Der Einfluss des Parlaments auf den Vollzug wurde dadurch natürlich sehr stark beeinträchtigt. Damit ist jetzt Schluss. Da es überhaupt keine zentrale GMA mehr gibt, braucht man im Vollzug keine Haushaltssperre mehr. Auch ein solcher Ansatz ist neu in Sachsen-Anhalt.

Den Fall einer Finanzkrise, wie wir sie beim letzten Mal hatten, einmal außen vor gelassen - diese würde alles infrage stellen -, sage ich ganz klar: Das, was der Landtag im Januar 2012 in zweiter Lesung hier beschließen wird, wird auch umgesetzt werden. Und das finde ich gut so.

Das Parlament wird künftig auch Verantwortung für den Vollzug tragen; denn das Parlament ist auch dann gefragt, wenn es im Land irgendwo Probleme gibt. Es ist gefragt, wenn auf einmal die Frage aufkommt: Wie ist es denn mit zusätzlichen Mitteln beim Thema Hochwasser und anderem? Das wird nicht mehr allein auf den Finanzminister abzuwälzen sein nach dem Motto: Wenn er uns mehr Geld geben würde, dann wäre die Welt relativ einfach. Es gibt Eckwerte und es gibt Budgets. Und das Parlament wird dann direkt in Bezug auf sehr konkrete Maßnahmen im Vollzug gefragt sein.

Sie werden merken, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Ministerinnen und Minister noch näher an Ihre Seite rücken;

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

denn auch deren Rechte und Entscheidungsfreiheiten sind erheblich ausgebaut worden. Sie können jetzt im Rahmen ihrer mehrjährigen Eckwerte dem Parlament Vorschläge zur Verteilung der Mittel, zur Erhöhung von Einnahmen oder zur jährlichen Übertragung von Mitteln unterbreiten. Einsparungen und Reformanliegen bleiben in bestimmtem Umfang erstmals bei den Ressorts.

Die Ressorts haben aufgrund der stabilen Rahmenbedingungen nun die Möglichkeit, langfristige Konzepte innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung zu entwickeln, diese mit Ihnen zu besprechen und sie dann für die betreffenden Jahre umzusetzen. Auch das gab es in dieser Konsequenz noch nicht.

Zu den elementaren Rechten und Freiheiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört der Meinungsstreit. Auch ich beteilige mich gern daran, manchmal auch impulsiv. Ich lege bestimmt nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Ich bin davon überzeugt, dass es gerade in der heutigen Zeit, die schwer durchschaubar ist, in der die Milliarden nur so durch die Luft wirbeln, darauf ankommt, eine klare Sprache zu finden. Wir brauchen auch den Mut, Dinge offen anzusprechen, statt uns wegzuducken und Dinge zu verklausulieren, auch wenn man weiß, dass es nicht populär ist.

Das Denken in Wahlzyklen macht die Leute kirre. Die Leute haben nämlich - davon bin ich überzeugt - ein Gespür dafür und übernehmen am Ende auch eine Verantwortung, wenn ihnen Dinge offen gesagt werden, auch wenn sie schwierig sind. Sie erwarten aber von der Politik, dass Vorschläge gemacht werden. Und das ist unsere Aufgabe, zuvörderst die Aufgabe derjenigen, die regieren. Die Leute brauchen keinen Politiker, der ihnen ein Problem erklärt. Das bekommen die meisten auch allein hin.

Die Menschen haben einfach keine Lust mehr, uns - damit meine ich alle, die hier sitzen - immer wieder in abgenutzten Ritualen zu erleben, in denen, wenn der eine etwas vorschlägt, reflexartig alles, aber auch alles - das habe ich gestern wieder erlebt - abgelehnt wird, weil anscheinend alles, was die Regierung macht, Blödsinn ist. Das glaubt derjenige, der so etwas erzählt, doch selber nicht. Es gibt nicht auf der einen Seite diejenigen, die alles können, und auf der anderen diejenigen, die alles falsch machen.

Die Leute fragen sich: Was machen die da oben eigentlich? Sie differenzieren nicht zwischen Opposition und Regierungsfraktion. Sie stellen die gesamte politische Klasse infrage. Das sollte sich bei

solchen Verhaltensmustern jeder immer wieder vor Augen halten.

Wie läuft eine solche typische Woche eigentlich ab? - Am Montag wird der Finanzminister vom Rechnungshof in den Medien dafür kritisiert, dass er zu wenig spart. Am Dienstag wird er von der eigenen Fraktion und vom Koalitionspartner dafür kritisiert, dass er an der falschen Stelle spart. Am Mittwoch warnen Gewerkschaften, Wirtschaft und Verbände vor einem Totsparen. Am Donnerstag fordert die Opposition mehr Geld für ganz wichtige Dinge, je nachdem, was gerade medial aktuell ist. Am Freitag ist der Aufschrei der Kommunen groß, weil angeblich alles den Bach hinuntergeht; es wird gefordert, das Land solle doch selbst sparen. Am Wochenende gibt es dann eine kurze Verschnaufpause. Medien kommentieren messerscharf sowohl in die eine als auch in die Richtung. Am Montag geht es dann wieder von vorn los.

Diese Rituale in der Politik - ich erlaube mir, das zu sagen, weil ich dem Parlament schon seit 20 Jahren angehöre und das auch mitgemacht habe -, diese Politik von Interessenvertretern und Medien wollen die Leute nicht mehr. Sie wollen eine andere Streitkultur.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie wollen Streit. Sie wollen Streit zwischen uns, aber auf eine andere Art und Weise. Das geht an die Adresse von uns Politikern, an die Adresse der Lobbyisten, aber auch an die Adresse der Medien. Ich sage aus eigenem Interesse: Wir müssen anders miteinander umgehen, gerade bei Themen, die für die Leute von zentraler Bedeutung sind.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Die Menschen planen in ihrer kleinen Welt doch ähnlich. Sie wissen auch, dass sie sich nicht alles leisten können. Für die Ausbildung der Tochter muss Geld zurückgelegt bzw. bereitgestellt werden. Weil man vielleicht auch im Alter gut leben will, spart man, wenn man kann, eine kleine Versicherung an. Weil man weiß, dass Gas und Strom möglicherweise teurer werden, wird vorsorglich Geld zurückgelegt.

Diese Finanzpolitik spiegelt sich am Ende auch in unserem größeren Haushalt wider. Deswegen sind die Leute, glaube ich, viel cleverer bei der Bewertung dessen, was wir tun, als wir manchmal glauben. Pflegen wir also eine andere Art der Auseinandersetzung auch und gerade beim Haushalt.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den vergangenen 20 Jahren - das möchte ich ausdrücklich sagen - als Parlament vieles bewegt. Darauf sollten wir alle auch stolz sein, alle. Wir hatten immer das Ziel, das Land voranzubringen, Koalition wie Opposition. Das schließt alle bisherigen Regierungen ein. Niemand hatte die Weisheit gepachtet.

Der Weg war steinig und er war nicht frei von Fehlern der Politik. Sich dies ab und zu einzugestehen, ist schmerzhaft, aber es ist, glaube ich, wichtig.

(Herr Kolze, CDU: Ja!)

Alle hier im Landtag vertretenen Parteien haben Anteil daran, dass wir einen Schuldenberg von 20 Milliarden € angehäuft haben, der uns jährlich mit Zinsen in Höhe von 800 Millionen € belastet. Das ist viermal so viel wie der Betrag, den der Freistaat Sachsen mit einem größeren Haushalt aufwenden muss. Diese hohen Zinskosten und die zu hohen Personalausgaben dämpfen eindeutig die Investitionsausgaben.

In dem Zeitraum von 1992 bis 1997 bewegte sich die Nettokreditaufnahme in dem Bereich von 1,2 Milliarden € und 1,8 Milliarden €. Das ist heute unvorstellbar. Doch für diese Hypothek trage auch ich, der von Anfang an dabei war, Mitverantwortung. Die Schulden Sachsens-Anhalts sind rot, schwarz, gelb und grün. Das Land ist in vielen Bereichen vorangekommen, hat aber auch die Banken unheimlich reich gemacht.

Dies ist weder eine linke noch eine konservative Politik. Das war ein Kurs, der korrigiert werden musste. Ich denke, das muss auch in den nächsten Wahlperioden geschehen, egal, wer die Regierung stellt.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Erste Schritte dazu haben wir in den letzten Jahren hinbekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt müssen wir die Chance nutzen, die sich uns bietet. Sachsen-Anhalt kann - das können nicht viele sagen - aus der schwierigen Finanzkrise in Europa gestärkt hervorgehen; denn wir haben im Gegensatz zu Griechenland, zu anderen europäischen Ländern und auch zu manch anderem Bundesland in Deutschland die finanziellen Spielräume, um die Zukunft Sachsens-Anhalts selbst zu gestalten.

Der Kurs der Konsolidierung verschafft uns über die Jahre hinweg Freiheit beim Fälligen von Entscheidungen. Die politischen Weichenstellungen werden hier in diesem Hohen Hause vorgenommen; das ist auch richtig so. Lassen Sie uns deshalb vor allem inhaltlich diskutieren und gemeinsam dafür sorgen, dass Sachsen-Anhalt weiter vorankommt.

Die heute vorgelegten Vorschläge und Konzepte der Regierung sind eine Basis dafür. Wir bieten den Koalitionsfraktionen, aber ausdrücklich auch der Opposition, den Kommunalpolitikern und den Verbänden einen fairen und offenen Dialog an. Denn - das habe ich vorhin schon gesagt - die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, werden auf Jahre hinaus wirken.

Wenn wir Politiker glaubhaft vermitteln können, dass nicht einzelne Personen, nicht die Parteien

im Vordergrund stehen, sondern dass das Land im Vordergrund steht, dann ist der nötige Paradigmenwechsel in Sachsen-Anhalt auch möglich. Wenn die Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter spüren, dass sich die Politik hier im Land ihrer Probleme annimmt, auch einmal über Parteigrenzen hinweg, dann werden auch ihre Zukunftsorgen kleiner. Das ist unsere Hauptaufgabe.

Dann werden sie sich noch mehr für Sachsen-Anhalt ins Zeug legen. Viele in Sachsen-Anhalt sind das Graue-Maus-Image wirklich leid. Sie wollen mitgestalten. Ich möchte dafür werben, dass wir alle das begleiten. Wenn sich immer mehr überlegen, was sie nicht nur für sich, sondern auch für Sachsen-Anhalt tun können, dann werden wir zu einer Topregion in Europa. - Schönen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank für die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs, Herr Minister. - Wie eingangs erwähnt, ist eine 120-Minuten-Debatte in der Redezeitstruktur vereinbart worden. Allen im Hause ist sicherlich aufgefallen, dass der Minister der Finanzen länger als vorgesehen gesprochen hat. Das bedeutet, dass die Redezeit jedes nachfolgenden Debattenredners um zehn Minuten verlängert wird.

Die Reihenfolge der Redebeiträge sieht wie folgt aus: DIE LINKE, CDU, GRÜNE und SPD. Als erster Debattenredner hat der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Gallert das Wort.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Finanzminister ausdrücklich für seine Rede. Ich hatte ihn gestern gebeten, ein bisschen länger zu reden. Diese Bitte zumindest hat er erfüllt. Ich denke, es wird heute eine interessante Debatte werden; denn wir befinden uns in einer unwahrscheinlich spannenden Zeit, einer Zeit - darin stimme ich mit ihm durchaus überein -, in der über einen solchen Landeshaushalt nicht debattiert werden kann, ohne dass wir auch die europäischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen reflektieren.

Es ist eine Zeit, in der nach ziemlich viel Hin und Her und vielen Auseinandersetzungen im Bundestag ein deutscher Beitrag für einen Rettungsschirm in Höhe von sage und schreibe 700 Milliarden € beschlossen worden ist. Es ist eine Zeit, in der öffentlich darüber diskutiert wird, dass die Eurozone vor dem Verfall steht, und in der demokratische Grundrechte für einen Großteil der Bevölkerung in der Europäischen Union entweder durch private Ratingagenturen oder durch entsprechende Kontrolleure aus Brüssel außer Kraft gesetzt werden. Ich stimme mit Ihnen durchaus darin überein, dass

dies ein Ausgangspunkt für unsere heutige Debatte sein muss.

Nun könnte man möglicherweise sagen: 700 Milliarden € für den Rettungsschirm, Ausgaben in Höhe von 10 Milliarden € im Land Sachsen-Anhalt - was haben diese Dinge miteinander zu tun? Sie liegen sehr weit auseinander. - Nein - das sage ich ausdrücklich -, sie liegen nicht sehr weit auseinander; denn es wäre eine völlige Illusion zu glauben, dass wir hier im Land Sachsen-Anhalt von den Risiken, die mit dieser Eurokrise, mit dieser Finanzkrise verbunden sind, nicht betroffen wären.

Ich möchte kurz auf eines hinweisen - der Finanzminister hat es gesagt -: Für die Zahlung von Zinsen sind in unserem Haushaltsplan pro Jahr Mittel in Höhe von 800 Millionen € veranschlagt. Niemand von uns kann heute garantieren, dass sich diese Summe aufgrund der aktuellen Finanzkonzeption in der Welt und in Europa nicht innerhalb weniger Jahre verdoppelt.

Man könnte jetzt glauben, so etwas kann nur den Griechen passieren, so etwas kann nur den Italienern, den Portugiesen oder den Spaniern passieren. Auch das ist typisch deutsche Arroganz, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, die bei den Politikern oft festzustellen war.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, so ist es nicht. Allein Spanien ist in diesem Jahr bereits dreimal in seiner Kreditwürdigkeit herabgestuft worden. Die Anleihen verteuern sich für den spanischen Staat innerhalb dieses Jahres um etwa 200 %. Kann uns, der Bundesrepublik Deutschland, so etwas nicht passieren? - Doch.

Spanien ist im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland deutlich weniger verschuldet. Die spanische Staatsverschuldung liegt - je nach Berechnung - zwischen 60 und 70 % des Bruttoinlandsprodukts. Die deutsche Staatsverschuldung liegt bei 83 % und die portugiesische, auf die man nun schon sozusagen mit einem superarroganten Blick herabsieht, bei 93 %.

Nein, angesichts der aktuellen Finanzkonzeption kann niemand von uns garantieren, dass nicht auch Deutschland irgendwann in das Blickfeld internationaler Finanzspekulationen gerät. Dann zahlen wir nicht 800 Millionen € Zinsen, sondern wir zahlen ruckzuck 1,6 Milliarden € Zinsen für unsere Schulden. Deswegen ist es wichtig, darüber nachzudenken.

Die Deutsche Bank hat errechnet, dass das gesamte finanzielle Risiko des europäischen Rettungsschirms auf Dauer für die Bundesrepublik Deutschland bei 400 Milliarden € liegt. Wir gehen einmal von den üblichen 2,5 % aus, die auf Sachsen-Anhalt entfallen würden, dann hieße das für

uns, wenn es tatsächlich zu einer Inanspruchnahme käme, ein Risiko in Höhe von 10 Milliarden €, und wir haben es nicht in der Hand, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Demgegenüber sind all die Dinge, die wir hier tun, mehr oder weniger Marginalien. Wenn wir uns nicht um diese Dinge kümmern, dann müssen wir uns irgendwann auch nicht mehr über die Landeshäushalte unterhalten. Deswegen stimme ich Herrn Haseloff ausdrücklich zu: Ja, die Länder müssen auch auf der Ebene der europäischen Finanzpolitik aktiv werden; denn dort wird mehr über unser Schicksal entschieden als heute hier.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist traurig, aber man muss es auch einmal benennen.

Darauf gibt es typische Reaktionsmuster: Wir reduzieren die Schulden, indem wir die sozialen Standards abbauen, indem wir öffentliches Eigentum verschauern und indem wir die Investitionen herunterfahren. Dafür gibt es hervorragende Beispiele. Wir sehen das zurzeit an Griechenland. Das Ergebnis ist: Das Defizit wird immer größer.

Spanien hat im Februar bzw. im März dieses Jahres ein Sparkonzept beschlossen, das all das enthalten hat: massenhaftes Verschauern von Staatseigentum, Kürzungen von Sozialleistungen usw. Am nächsten Tag - das war hochinteressant - gab es die folgende Meldung: Die private Rating-Agentur Moody's stuft Spaniens Kreditwürdigkeit um eine Stufe herunter.

Warum? Die Begründung war einleuchtend: Nach diesem Sparbeschluss ist die Finanzkraft des Staates Spanien so stark angeschlagen, dass dieses Land droht, in eine Rezession zu rutschen und damit seine Schulden nicht mehr zurückzahlen zu können.

(Herr Leimbach, CDU: Das stimmt nicht!)

Das ist der volkswirtschaftliche Zusammenhang, liebe Kollegen, den wir hierbei beachten müssen. Deswegen sage ich ausdrücklich: Diese Finanzkrise werden wir nicht bewältigen, indem wir sparen, sparen, sparen und damit unsere Perspektive weg-rationalisieren.

(Herr Leimbach, CDU: Wahrscheinlich wollen Sie noch mehr Schulden machen!)

Wir müssen andere Wege finden, auch hier in Sachsen-Anhalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch etwas zur europäischen Idee sagen, auch das ist wichtig in diesem Haus. Was glauben wir wohl, wie sich die europäische Idee in Ländern entwickeln wird, bei denen Brüssel darüber entscheidet, dass die Renten um ein Drittel gekürzt werden, bei denen Brüssel darüber ent-

scheidet, dass so und so viele Menschen entlassen werden? Was glauben wir wohl, wie sich die europäische Idee in solchen Ländern entwickelt?

Liebe Kollegen, auch wir in Deutschland sind nicht frei davon. Diese typische Argumentation: Die faulen Griechen, Spanier und Portugiesen leben auf unsere Kosten - ist das die europäische Idee? - Das ist nicht die europäische Idee. Das ist Nationalismus. Das ist Nationalismus, der sich in dieser Finanzkrise realisiert, und der gehört bekämpft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann nicht auf alle Dinge eingehen, aber drei Alternativen will ich benennen. Erstens. Wir haben nicht schlichtweg ein Schuldenproblem in dieser Europäischen Union. Ich möchte diesbezüglich zwei Zahlen nebeneinander legen:

Die öffentliche Verschuldung in der Bundesrepublik Deutschland beträgt ca. 1,78 Billionen €. Damit sind alle öffentlichen Haushalte erfasst - 1,78 Billionen €. Die reichsten 1 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland besitzen nach den vorsichtigsten Berechnungen ein Vermögen von ca. 1,7 Billionen €, nach anderen Berechnungen von 2,3 Billionen €. Das ist das Vermögen der reichsten 800 000 Menschen in dieser Bundesrepublik Deutschland.

Wer ist bitte so blind, darin keinen Zusammenhang zu sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte etwas aus einem Papier zitieren - Sie sollten es sich aus Internet herunterladen und es sich ansehen -, nämlich aus dem D.A.CH-Vermögensreport der Valluga AG. Während die öffentlichen Kassen in Europa kollabieren und nicht mehr in der Lage sind, sich gegen die Finanzspekulationen zur Wehr zu setzen, kommt hierin Folgendes zum Ausdruck: Millionäre brechen im Jahr 2010 alle bisherigen Rekorde. Traumbedingungen an Kapital- und Rohstoffmärkten und das starke Wirtschaftswachstum verhelfen den Millionen zum Allzeithoch.

In Deutschland, Österreich und der Schweiz besitzen 1,054 Millionen Personen mehr als 1 Million € reines Finanzvermögen. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um 7 %. Die Euro-Millionäre bauen ihr Vermögen im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2009 um sage und schreibe 243 Milliarden € auf. Das ist eine Steigerung um 9,3 % bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in diesem Zeitraum in Höhe von 3 % - dreimal so hoch wie das Wirtschaftswachstum.

Das Vermögen in dieser Region ist stark konzentriert. 1 % der Bevölkerung verfügt über 33,2 % des Eigentums. - Das ist die Kehrseite der öffentlichen Verschuldung. Daher kommt sie, und wer die öffentliche Verschuldung bekämpfen will, der

muss eine Neuverteilung realisieren. Wir haben keine Schuldenkrise; wir haben eine Verteilungskrise in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist unser zentrales Problem und das muss angegangen werden. Wir haben dazu steuerpolitische Vorschläge, auch für den europäischen Bereich, unterbreitet.

(Herr Borgwardt, CDU: Was kann Sachsen-Anhalt in der Schweiz machen?)

Zweitens. Öffentlich-rechtliche Kredite werden zurzeit leider nicht eingesetzt, um die Schuldenkrise in Europa zu bekämpfen. Die Europäische Zentralbank vergibt an private Banken Kredite in der Zinsspanne zwischen 1 % und 2 %, die geben sie dann an die Schuldenländer gegen Zinsen in Höhe von 6 % bis 10 % weiter, verdienen sich eine goldene Nase und lassen sich das Risiko durch den Euro-Rettungsschirm absichern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch absurd.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen brauchen wir öffentlich-rechtliche Banken, die diesen Staaten Kredite geben, und als erste Vorstufe Euro-Bonds. Und wir brauchen endlich eine wirkliche Kontrolle der Finanzmärkte.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal aus diesem Report zitieren:

„Die Börsen verzeichneten einen starken Anstieg ihrer Börsenkapitalisierung - plus 15,1 %. Auch Anleihen, Immobilien, Hedgefonds und vor allem Rohstoffe wie Gold verzeichneten deutliche Gewinne.“

Nichts ist passiert. Nichts ist passiert, was diese Entwicklung hätte eindämmen können. Deswegen sagen wir: Nein, der Weg der Privatisierung und des Sozialabbaus zur Bekämpfung dieser Krise ist der falsche. Wir brauchen eine Neuverteilung in dieser Europäischen Union, in dieser Bundesrepublik Deutschland. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir nunmehr zum Landeshaushalt im engeren Sinne. Bei diesem ca. 2 900 Seiten umfassenden Papier müssen wir uns um einige Kernzahlen kümmern. Es fällt zuerst einmal auf, dass wir es in der jetzigen Zeit mit Blick auf die Steuereinnahmen mit einer erheblichen Unsicherheit zu tun haben.

Es gibt eine sehr positive Prognose in diesem Doppelhaushalt. Wir haben aber auch keinen Grund, sie grundsätzlich anzuzweifeln, weil die Dinge zurzeit so laufen. Ob sie allerdings im Jahr 2013 noch so laufen, wissen wir nicht. Ob die Zinsentwicklung im Jahr 2013 nicht möglicherweise explodiert, wenn die Dinge nicht geregelt werden, wissen wir auch nicht.

Aber zwei andere Dinge wissen wir auch nicht: Wir haben gestern zum Beispiel erfahren, dass es im Jahr 2013 ein neues Finanzausgleichsgesetz geben soll. Wir haben einen Doppelhaushalt für die Jahre 2012/2013 und wissen nicht, wie das FAG aussehen wird. Wir führen aktuell eine Debatte, in deren Rahmen wir sehr interessante Diskussion über die Kosten für die Kinderbetreuung führen. Das ist sehr interessant; denn wir wissen noch nicht, wie viel es kostet, und machen trotzdem schon einen Haushaltsplan für das Jahr 2013.

Unsere Meinung ist: Das ist falsch. Die Planzahlen des Jahres 2013 stehen auf so tönernen Füßen, dass wir eigentlich nur über einen Haushaltsplan für das Jahr 2012 zu verhandeln gehabt hätten. Unser Anspruch wäre es, uns darauf zu beschränken. Ein Haushaltsplan für das Jahr 2013 ist sehr viel Lyrik, ist sehr viel Vermutung und ist sehr viel Unsicherheit. Deswegen ist es falsch, heute hier über einen Doppelhaushalt zu beraten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehen wir uns die Dinge im Einzelnen an und sehen wir uns die großen Rahmendaten dieser Haushalte an. Diesbezüglich hörten wir von brachialen Einsparungen, die in den letzten Wochen und Monaten realisiert werden mussten. Wir hörten davon, dass es nur so knirscht im Gebälk, weil es keine Neuverschuldung gibt, weil der Solidarausgleich abnimmt, weil die Bevölkerungszahlen sinken.

Dann sehen wir uns die Zahlen in diesem Haushalt an und stellen verwundert etwas völlig anderes fest. Das Haushaltsvolumen steigt im Jahr 2012 gegenüber dem Jahr 2011 um beinahe 250 Millionen € und auch im Jahr 2013 liegt es um beinahe 230 Millionen € über dem Haushaltsvolumen des Jahres 2011. Daher kann der Einspardruck nicht kommen.

Es gibt allerdings genug erfahrene Haushälter, die sagen: Ja, man kann einen Haushalt trotz steigendem Volumen immer noch knapp auf Kante nähen, weil es innerhalb dieses Haushaltes Kostenexplosionen gibt, die man nicht auffangen kann. Eine normale Entwicklung.

Es gibt im Grunde genommen immer zwei Dinge, die man heranziehen muss, nämlich zum einen die Zinsen, die steigen können - das ist eine Fehl-anzeige; denn wir sparen in den nächsten beiden Jahren bei den Zinsen gegenüber dem Haushaltsansatz des Jahres 2011 111 Millionen €, die Zinsen sinken also -, und zum anderen die Personalkosten, der Klassiker in diesem Kontext. Ja, die Personalkosten steigen, aber die Personalkosten steigen in diesen beiden Jahren um insgesamt 90 Millionen €. Im Saldo haben wir also in diesem Haushalt zwischen den Zinsen und den Personalkosten sogar noch mehr Luft.

Gibt es Einsparungsdrücke? - Ja, die gibt es. Die globale Minderausgabe, die im Jahr 2011 ausge-

bracht wird, beträgt insgesamt ca. 180 Millionen €. Diese haben wir jetzt nicht mehr. Der Einspardruck ist nicht real, der muss sich nur in den Haushaltsansätzen realisieren; denn die Mittel sind vorher auch nicht ausgegeben worden.

(Minister Herr Bullerjahn: Der ist real!)

Jetzt haben wir keine globale Minderausgabe mehr und das muss man umsetzen. Nur ist die globale Minderausgabe, die wir jetzt sozusagen einsparen müssen, geringer als das Wachstum des Haushaltes. Daher kann der substanzielle Einspardruck auch nicht kommen.

Mal ehrlich: Der Verzicht auf eine globale Minderausgabe ist nicht nur etwas Gutes für das Parlament. Es ist auch eine exklusive Superlösung für den Finanzminister; denn der weiß genau, dass auch ohne Bewirtschaftungsmaßnahmen im Durchschnitt immer 1 % liegen bleibt. Für 180 Millionen € musste er Bewirtschaftungsmaßnahmen durchführen, für 100 Millionen € muss er das nicht. Deswegen sage ich: Gutes Polster in diesem Haushalt, darin ist noch Luft.

(Minister Herr Bullerjahn: Das wird in die nächsten Haushaltsjahre übertragen!)

Einen Punkt - das sage ich ganz ehrlich - sehen wir etwas kritischer, und zwar die stark galoppierende Entwicklung im Bereich der Titel der Eingliederungshilfe. Diese waren in den letzten Jahren stark gestiegen. In diesem Haushaltsplan steigen sie nicht weiter an. Ein wenig verwundert uns das vor dem Hintergrund der älter werdenden Bevölkerung, der demografischen Entwicklung schon, aber wir haben natürlich keinen Grund, an dieser Stelle an den Zahlen des Finanzministers zu zweifeln.

Woher kommt also der Einspardruck? - Das ist die große Frage. Bisher ist er uns noch nicht logisch erklärbar geworden. Deswegen haben wir den Haushaltsplan unter bestimmten Bewertungskriterien angesehen, und zwar unter dreien:

Erstens. Wie wird der Haushalt der Aufgabe der Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge in diesem Land gerecht, und zwar am Beispiel der kommunalen Finanzausstattung?

Zweitens. Wie reagiert der Haushalt auf die zentrale Herausforderung der Verbesserung der Bildungssituation in diesem Land Sachsen-Anhalt am Beispiel des Kinderförderungsgesetzes?

Drittens. Wie reagiert das Land auf den demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt am Beispiel der Personalpolitik im Landesdienst? - Das sind die drei Schwerpunkte, die ich jetzt erläutern will.

Kommen wir zuerst zu den Kommunalfinanzen und sehen uns das Finanzausgleichsgesetz an. Im Jahr 2012 ist ein Minus in Höhe von 70 Millionen € gegenüber dem Ansatz des Jahres 2011 zu verzeichnen. Im Jahr 2013 ist eine leichte Steigerung

zu verzeichnen, aber immer noch minus 50 Millionen €.

Jetzt kommen wir zu den Zahlen außerhalb des FAG, bei denen wir offensichtlich so wohlwollend gegenüber den Kommunen sind und bei denen wir ihnen so viel zusätzlich geben. Ein interessanter Blick in den Vorbericht des Landeshaushaltes offenbart eine völlig andere Wahrheit.

Außerhalb des FAG zahlten wir den Kommunen im Jahr 2010 noch 1,12 Milliarden €. Im Jahr 2011 sank die Summe um 120 Millionen €, im Jahr 2012 noch einmal um 10 Millionen € und im Jahr 2013 noch einmal um 65 Millionen €. - Sinkende Leistungen aus dem FAG, sinkende Leistungen an die Kommunen außerhalb des FAG bei insgesamt steigender Finanzmasse des Landes, das ist das, was die Leute vor Ort auf die Palme treibt, und zwar zu Recht.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun noch einmal zu der Geschichte, wie die Kommunen dazu kommen, Verschuldung zu realisieren. Man kann natürlich sagen: Die sind alle unfähig, die sind alle nicht in der Lage, das hinzubekommen. Wie kommt es denn sonst, dass sich sage und schreibe 85 % der Kommunen in Sachsen-Anhalt in der Konsolidierung befinden? - In 85 % der Kommunen in Sachsen-Anhalt ist die kommunale Selbstverwaltung radikal eingeschränkt. Die Kommunalaufsicht bestimmt im Wesentlichen den Haushaltsspielraum.

(Minister Herr Bullerjahn: Wir nehmen Schulden auf und sie auch!)

Haben wir in 85 % der Kommunen unfähige Bürgermeister, Landräte, Stadträte? - Das habe ich noch nicht gehört, zumindest nicht auf kommunalen Veranstaltungen, an denen die Landesregierung teilgenommen hat. Deswegen gehe ich davon aus, dass das falsch ist. Vielmehr ist die Situation in den Kommunen real extrem schwierig. Sie sehen sich die Haushaltsentwicklung an und fragen: Warum wieder wir, warum sind wir diejenigen, die die Lasten des Konsolidierungskurses des Landes tragen?

Die Frage ist natürlich berechtigt und die Argumentation, werter Herr Finanzminister, die Sie hier gebracht haben, ist in den Kommunen eigenartigerweise überhaupt nicht überzeugend angekommen, und zwar selbst bei den eigenen Parteimitgliedern nicht. So etwas kann vorkommen, manchmal regt sich auch Mitleid. Allerdings kenne ich so etwas an dieser Stelle nicht, Herr Bullerjahn; das sage ich ganz klar.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann verlange ich wenigstens, dass man zu den Konsequenzen in diesen Fragen steht und sagt: Jawohl, das ist eine Situation, die wir in den Kom-

munen herbeigeführt haben; wir tragen dafür die Verantwortung.

Da gibt es ein interessantes Beispiel vom Beginn des letzten Jahres: Im Stadtrat von Halle haben sich dessen Vertreter nach den Kürzungen im FAG, nach den Auflagen der Kommunalaufsicht und nach bestimmten Kürzungen im Bereich der Theatergeldzuweisungen hingesetzt und haben gesagt: Wir kommen nicht mehr umhin, eine Spielstätte innerhalb des Hallenser Theaterverbundes zu schließen, das Thalia-Theater.

(Minister Herr Bullerjahn: Um Stadien zu bauen!)

Dann haben sie das beschlossen, aber dann wehrten sich die Menschen. Dann wehrten sich die Menschen vor Ort, die davon betroffen sind, und führten eine Unterschriftenaktion durch. Die Ersten, die bei dieser Unterschriftenaktion unterschrieben haben - vielleicht nicht die Allerersten, aber mit die Ersten -, waren die zuständige Kultusministerin und der jetzige Ministerpräsident. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt Verbitterung in den Kommunen auf, und das ist doch verständlich.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von Herrn Felke, SPD)

Wie kann man denn die Konsequenzen der eigenen politischen Tätigkeit derart leugnen? - Das waren Ergebnisse von landespolitischen Entscheidungen, die in diese Richtung gingen. Da - das muss ich ehrlich sagen - hört für mich jedes Verständnis auf.

Unsere Alternative haben wir gestern vorgestellt. 1,7 Milliarden € sind nicht auskömmlich. Der Städte- und Gemeindebund hat eine Summe von 1,95 Milliarden € ausgerechnet. Wir haben im Wesentlichen keinen Zweifel daran, dass das stimmt. Wir sind aber nicht in der Lage, die Kommunen auskömmlich zu finanzieren, weil das die Kraft des Landes überdehnen würde. Aber wir brauchen einen vernünftigen Kompromiss. 1,7 Milliarden € sind in etwa eine Summe, mit der die Kommunen in der Lage wären, die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort zu garantieren, zu erhalten.

(Zuruf von Frau Niestädt, SPD)

Nicht auszubauen, sondern nur zu erhalten! Deswegen gehen wir dort so heran. In diesem Haushalt ist auch dies ohne eine Erhöhung der Netto-neuverschuldung möglich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Kommen wir zu weiteren Problemen der Kommunen vor Ort, zum Beispiel zu Stark III. Herr Bullerjahn, das Problem von Stark III ist nicht die Zielstellung, dass die Kommunen Schulen und Kindergärten mit diesen Mitteln sanieren sollen. Wer kann etwas dagegen haben? Das Problem bei

Stark III ist etwas anderes: Wenn 85 % aller Kommunen in Sachsen-Anhalt nur noch dann Kredite aufnehmen können, wenn sie von irgendwoher eine Ausnahmegenehmigung dafür kriegen, bedeutet das, dass das Land entscheidet, welche Investitionstätigkeit eine Kommune realisiert - mit Ausnahme der 15 %.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Deswegen finde ich den sanierten Kindergarten zwar immer noch klasse, aber die Situation ist in Sachsen-Anhalt wie folgt: Es gibt auf der einen Seite Stark III und auf der anderen Seite reduzierte Finanzuweisungen an die Kommunen, die verhindern, dass diese aus der Konsolidierung herauskommen. Das heißt, wir entscheiden im Landshaushalt über die kommunale Investitionstätigkeit. Das ist falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Entmachtung der kommunalen Selbstverwaltung, und deswegen sind wir dagegen.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Gehen wir weiter zu Stark III. Es gibt einen interessanten Haushaltsansatz - das ist der einzige, den ich jetzt einmal herausnehme -, in dem die Belastungen für dieses Stark-III-Programm aufgelistet sind. Nur für die Erstattung der Zinsen des kommunalen Anteils, der jetzt, wie ich hörte, auf 30 % gesenkt werden soll, und die Verwaltungskosten der Investitionsbank sind es im Jahr 2012 200 000 €, im Jahr 2013 1,6 Millionen €, im Jahr 2015 sollen es schon 4,3 Millionen € sein und in der Summe 167 Millionen € Zinserstattung für den kommunalen Anteil und für die IB. Ich frage mich: Bitte, was ist das für ein Programm? Welches Volumen steckt denn darin? Was soll denn die IB davon abkriegen?

Deswegen sage ich noch einmal ganz deutlich: Ein Programm in dieser Dimension muss in diesem Raum hier entschieden werden. Wir müssen als Landtag darüber entscheiden: Wie sind die Zugangsvoraussetzungen, wie sind die Kofinanzierungsbedingungen, wie ist die Ausführung dieses Programms?

Deswegen plädieren wir dafür, Stark III nicht nur in diesem Haushalt zu verankern. Für Stark III brauchen wir ein Gesetz - so wie wir schon für Stark II ein Gesetz gebraucht hätten und wie wir für Stark IV ein Gesetz brauchen. Dann haben wir unsere Haushaltshoheit verteidigt, sonst nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Angesichts dieser Zahlen wäre es für uns übrigens außerordentlich interessant, wieder eine Kostenaufstellung darüber zu bekommen, was die IB bei einer sinkenden Investitionsquote eigentlich aus dem Landshaushalt an Geld zu erwarten hat. Im letzten Jahr haben wir diese Übersicht noch bekommen, diesmal ist sie eigenartigerweise nicht

dabei. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Wir werden noch keine Rückschlüsse daraus ziehen, wir werden uns dann einmal anschauen, was aus dem Finanzministerium dazu kommt.

(Minister Herr Bullerjahn: Böswillig!)

- Ich habe gerade gesagt, dass ich an der Stelle mal nicht böswillig war, Herr Bullerjahn. - Das vielleicht dazu.

Noch ein kleiner Hinweis. Es mag sein, dass der Eckwertebeschluss der Landesregierung für die Haushaltsplanaufstellung wichtig war, und es mag auch sein, dass Anlagen für den Eckwertebeschluss wichtig waren. Aber jetzt ist der Haushalt hier bei uns, jetzt ist er im Parlament. Deswegen ist es falsch, in diesen Haushalt als Begründung für Ansätze „laut Eckwertebeschluss“ oder „laut Eckwertebeschluss Anlage 3“ zu schreiben. Das muss die Landesregierung verstehen.

Der Eckwertebeschluss hat jetzt keine Bedeutung mehr, deswegen gehört er nicht in den Haushaltsplan. Wir sind jetzt Herr des Verfahrens. Entweder Sie machen den Eckwertebeschluss Ihres Kabinetts zur Anlage dieses Haushaltsplans oder Sie legen uns einen Haushaltsplan vor, in dem solch ein Verweis nicht enthalten ist. Dann können uns die Leute das einmal richtig erklären. Das ist eine interessante Vorlage innerhalb der Landesregierung gewesen. Interessant, wie Sie sich intern abstimmen, aber uns interessiert es nicht.

(Zuruf von Minister Herrn Bullerjahn)

Wir wollen einen Haushalt haben und darin muss stehen, wie die Dinge dort hineinkommen. - Danke so weit.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum nächsten Problem. Wie orientiert sich das Land bezüglich der zentralen Herausforderung der Entwicklung einer Bildung, der zentralen sozialen Frage in diesem Land, die wir zumindest im Landeshaushalt realisieren können?

Beispiel Kindertagesstätten. Wir finden es zunächst einmal gut, dass der Ganztagsanspruch für alle Kinder, unabhängig von dem Status ihrer Eltern, sich inzwischen offensichtlich zumindest auf der Ebene der Überschrift zu einem politischen Konsens entwickelt hat. Herr Bullerjahn, Sie haben sich heute stark selbst gelobt. Ich fand das gut, das hat Ihre Redezeit ausgedehnt.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal sagen: Auch das ist ausdrücklich unser Erfolg. Wir standen einmal ziemlich allein. Wir haben es geschafft, die gesellschaftliche Mehrheit zu verändern und diesen Konsens herbeizuführen. Auch das ist Grund zur Freude, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber jetzt geht die Sache in die Realität und da ist die Frage der Überschriften nicht mehr entscheidend, sondern jetzt geht es an das Eingemachte. Erstens gab es folgende Vorstellung des Finanzministers: Ja, wir machen das, aber wir quetschen das - zum Teil zumindest - aus dem System heraus, da ist ja noch Luft. - Nein, in diesem System ist überhaupt keine Luft mehr. Das System Kindertagesstätte ist extrem auf Kante genäht.

Jetzt kommt das nächste Problem hinzu. Das sehe ich ausdrücklich mit gemischten Gefühlen. Es gibt erste Beschlüsse auf kommunaler Ebene, die besagen: Wenn ihr eine Ganztagsbetreuung wollt, könnt ihr das machen, aber bitte ohne uns, bezahlt uns das vollständig, mit 100 %.

Dazu sage ich: Dafür habe ich außerordentlich beschränkt Verständnis. Das kann ich nicht akzeptieren, denn das ist immer noch eine kommunale Aufgabe. Die Kommunen beschwerten sich, dass wir ihnen nun die Standards vorschreiben, aber es muss zwischen Land und Kommunen ein Miteinander geben. Zu sagen: „Uns geht die Kinderbetreuung nichts an“, ist aus kommunaler Perspektive falsch, aber wir haben das Problem auf dem Tisch.

Nun kommt etwas hinzu, was wir im Grunde alle schon seit Jahren wissen, über das aber außer uns kaum jemand gesprochen hat. Ich kenne auch die Erfolgsmeldung „die beste und schönste Kinderbetreuung weltweit“ - zumindest in der Bundesrepublik, um es nicht zu übertreiben.

(Herr Borgwardt, CDU: Das stimmt doch aber auch!)

- Das stimmt nur an einer Stelle, Herr Borgwardt, und zwar was die Quantität der Nutzung angeht. Schauen Sie sich einmal die letzte Bertelsmann-Studie an, die sich mit der Qualität in den Kindertagesstätten beschäftigt hat. Wissen Sie, was die Aussage darin ist, Herr Borgwardt?

Bei den qualitativen Standards in den Kindertagesstätten haben wir die rote Laterne innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben den schlechtesten Betreuerschlüssel, wir haben die schlechteste Personalausstattung, wir haben die schlechteste Rahmensicherstellung in den Kindertagesstätten.

(Widerspruch bei der CDU)

- Lesen Sie sich die Bertelsmann-Studie durch! Das ist doch kein Blatt von uns, Herr Daldrup.

(Zurufe von der CDU)

Das ist so. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den Kindertagesstätten den schlechtesten Betreuerschlüssel, wir haben die schlechtesten Rahmenbedingungen, um den Bildungsauftrag durchzusetzen. Das ist jetzt offenbar geworden. Diese Situation haben wir in Sachsen-

Anhalt, und deswegen sehen wir auf einmal, dass wir Handlungsbedarf haben.

Ich sage noch einmal ausdrücklich, wir haben mit starkem Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen, dass jetzt bei manchen solch eine Debatte einsetzt: Dann realisieren wir den Ganztagsanspruch mal nur ein bisschen und dann tun wir ein bisschen bei der Verbesserung des Betreuerschlüssels.

Dazu sage ich ausdrücklich Nein. Für uns existiert beides, und zwar unverhandelbar. Wir wollen den Ganztagsanspruch für alle Kinder, und zwar in Höhe von zehn Stunden - wir wissen, dass er in diesem Bereich gar nicht genutzt wird, aber vorbereiten müssen wir uns darauf -, garantiert ab dem Jahr 2013, spätestens aber ab dem Jahr 2016. Wir brauchen zusätzlich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten. Das sind unsere Forderungen. Sie stehen nebeneinander, sie sind gegeneinander nicht verhandelbar und das werden wir auch überall sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Schröder, CDU: Sparen lohnt sich ja nicht!)

Nun diskutieren Sie innerhalb der Koalition darüber, was das alles kosten wird. Das ist völlig legitim, denn die Dinge muss man sich ordentlich ausrechnen. Nur eines steht fest: 10 Millionen € für die letzten fünf Monate des Jahres 2013 reichen überhaupt nicht aus. Insofern können wir diesen Haushaltsansatz schon einmal völlig vergessen.

Kommen wir zu dem nächsten Punkt, der Frage der Herausforderungen des demografischen Wandels in unserem Land, der sich sehr stark in dem fehlenden Fachkräftenachwuchs abbildet. Es ist immer interessant, dass Politiker in unserem Land, vor allen Dingen der Landesregierung, dieses Thema permanent und andauernd artikulieren - mit einer Ausnahme: ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich, nämlich der Entwicklung des Fachkräftepersonals im Landesdienst.

Dazu ist es notwendig, noch einmal einen Blick zurückzuwerfen. Personalentwicklungskonzept 2009, Beschluss: 800 Neueinstellungen pro Jahr im Land Sachsen-Anhalt in dieser Legislaturperiode. - Kollege Bullerjahn, es ist wirklich grenzenlos zu sagen: Es ist doch absurd und illusorisch, wenn ihr uns damals geglaubt habt. - Wenn Sie diese Position vertreten, wer soll Ihnen denn dann heute glauben?

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Absurd und illusorisch, einem Kabinettsbeschluss zu glauben! Sich dann hier hinzustellen und zu sagen: „Ich habe euch aber gleich gesagt, dass der nicht ernst gemeint war“, das ist ein besonders

überzeugendes Argument eines Finanzministers, in dessen Zuständigkeit das Papier erstellt worden ist.

Nein, wir haben es hierbei mit einer dramatischen Entwicklung zu tun. Wir haben mit 800 Neueinstellungen gerechnet. Wir bleiben bei unserer Forderung von 1 000 Neueinstellungen bei einem jährlichen Abgang von 2 000 Menschen aus dem öffentlichen Dienst.

Das ist übrigens die Untergrenze, liebe Kollegen von der CDU, die Sie fordern müssten, wenn Sie Ihr Wahlprogramm ernst nehmen würden. Nach dem, was Sie dort alles über die Polizei oder über die Bildung hineingeschrieben haben, müssten Sie mindestens 1 000 Neueinstellungen realisieren. Aber das haben Sie den Leuten natürlich nicht gesagt. Deswegen haben Sie an dieser Stelle lieber gar keine Zahl genannt.

(Herr Borgwardt, CDU: Wenn man unter eures einen Strich zieht, können aber auch ein paar Nullen dran!)

Jetzt haben wir aber eine geänderte Situation. Für das Jahr 2012 haben wir einen Neueinstellungskorridor von etwa 400. Danach landen wir, weil die Aussage im Koalitionsvertrag nicht durchzuhalten gewesen ist, jetzt nicht bei maximal 400 Neueinstellungen im Jahr, sondern bei knapp 600. Diese Entwicklung war abzusehen.

Ich sage aber noch einmal deutlich: Es gibt nicht nur das Problem der numerischen Differenz zwischen unseren Forderungen und dem, was jetzt im Haushaltsplan steht. Wir haben noch ein völlig anderes Problem. Bei dem kleinen Einstellungskorridor, den wir vorher hatten, hatten wir tatsächlich die Situation, dass sage und schreibe 440 Stellen in der letzten Legislaturperiode nicht besetzt werden konnten. 440 Stellen schon bei dem kleinen Einstellungskorridor der letzten Legislaturperiode!

Jetzt gibt es einen Kabinettsbeschluss, der sagt: Ihr habt noch einmal die Chance, die Stellen zu besetzen, nämlich im Jahr 2012. Das hieße, wir hätten im Jahr 2012 einen Einstellungskorridor von etwa 850 Personen. Dazu sage ich: Hervorragend! - Wissen Sie, was das Problem ist? - Wir werden nie und nimmer in der Lage sein, ihn zu besetzen. Es gibt keine Nachausbildungsoffensive mehr, die Ausbildungskapazitäten innerhalb des Landesdienstes wurden radikal nach unten gefahren, es gibt keine qualifizierte Werbekampagne für Bewerber in unserem Land. Es reicht nicht, wenn man da irgendwann zu einem Stammtisch nach Baden-Württemberg fährt. Da braucht man eine qualifizierte Werbekampagne, wie andere es uns vormachen.

Wir werden nicht in der Lage sein, dieses Fachkräftepotenzial, das wir jetzt schon unbedingt brauchen, zu realisieren. Das ist das Problem. Das

sind die Sünden der letzten Jahre. Diese werden jetzt zuschlagen, und das Problem ist: Sie werden erst am Beginn der nächsten Legislaturperiode richtig sichtbar sein, und dann ist es zu spät.

Deswegen kämpfen wir wenigstens in dieser Legislaturperiode darum, dieses Delta aufzufüllen, mehr für die Werbung junger Leute zu machen, mehr für den Fachkräftenachwuchs zu tun. Denn das ist unsere Pflicht; ansonsten brauchen wir es den anderen nicht zu erzählen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es gibt in diesem Haushaltsplan einige andere Probleme. Unter anderem das Problem, dass Strukturentscheidungen mit Haushaltsansätzen getroffen werden sollen, ohne dass sie schon in der Strategie vorgesehen waren, zum Beispiel beim Wissenschaftszentrum Wittenberg. Möglicherweise muss das so sein, aber dann müssen wir es hier erst einmal inhaltlich diskutieren, bevor wir es im Haushaltsplan realisieren.

Ich komme zum Abschluss. Wir haben folgende Herausforderungen: die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Entwicklung der Bildung als Zukunftsaufgabe in unserem Land und die Gestaltung des demografischen Wandels. Auf diese drei Fragen gibt dieser Haushaltsplanentwurf keine befriedigende Antwort.

Dieser Haushaltsplanentwurf ist nicht in der Lage, die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in diesen drei Fragen nach vorn zu bringen. Deswegen kritisieren wir ihn grundsätzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden uns an den Haushaltsberatungen aktiv beteiligen. Hierbei haben wir folgende Ziele:

Wir werden die politischen Konsequenzen dieses Haushaltsplanentwurfes überall aufzeigen. Die Menschen müssen wissen, was hinter diesen Zahlen steht. Wir merken immer wieder, auch anhand der Äußerungen der Menschen, dass sie die Bedeutung zum Teil noch nicht kennen.

Wir werden alles daransetzen, die Rechte des Parlaments zu wahren. Wir werden alles daransetzen, die Kompetenzen, die zum Teil längst bei der Landesregierung oder der Investitionsbank gelandet sind, wieder in das Parlament zurückzuholen. Wir werden alles daransetzen, große Programme demnächst auch in Gesetzesform zu gießen.

Zudem, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir einen Prioritätenbeschluss fassen, in dem wir die soziale, gerechte und nachhaltige Gestaltung des Landes Sachsen-Anhalt verankern wollen. Wir sind uns diesbezüglich zurzeit noch nicht 100-prozentig sicher, aber wir sind uns sehr wohl der Möglichkeit bewusst, dieses Ziel in den nächsten bei-

den Jahren auch ohne Nettoneuverschuldung zu erreichen.

Es bestehen politische Handlungsalternativen und wir werden Sie Ihnen aufzeigen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön für den Debattenbeitrag.

Ich darf Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Halberstadt als Gäste der Landeszentrale für politische Bildung bei uns im Hause begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir fahren in der Debatte fort. Als Nächster spricht der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Schröder.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den Zeitaufschlag für mich nicht in Anspruch nehmen.

Gestatten Sie mir, mit einem sprachlichen Gleichnis zu beginnen: Die Bewohner einer dörflichen Gemeinschaft entnehmen aus ihrem Brunnen Wasser für den täglichen Bedarf. Es geht ihnen gut. Der Wasserbedarf steigt. Weil der Brunnen nicht genug Wasser liefert, wird einfach tiefer gebohrt.

So geht es immer weiter. Man wird langsam verschwenderisch. Um an Wasser zu kommen, wird immer tiefer gebohrt. Irgendwann aber versiegen die Adern des Brunnens.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das haben wir gerade gehört, wie die versiegen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur in Griechenland wird zu tief gebohrt. Das, was wir in der Rede des Kollegen Gallert gehört haben, ist eine sehr erstaunliche Botschaft. Ich versuche, sie zu interpretieren. Ich hoffe, dass ich das richtig mache.

In einer eloquenten Art und Weise führen Sie in die Vergeblichkeitsfalle. Sie argumentieren mit Blick auf Rating-Agenturen und ihr Abstufungsverhalten, obwohl Sie es besser wissen, dass sich Sparen nicht lohnt. Man sucht einfach nach finanzkräftigen und starken Staaten, die jedoch nichts zu verschleudern haben. Deswegen lohnt sich das Sparen nicht.

Sie sagen das, obwohl Rating-Agenturen Abstufungen vornehmen, weil man auf diesem Sparweg nicht konsequent genug vorgegangen ist. Sie verdrehen Ursache und Wirkung.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Sie pumpen die Brunnenlöcher immer tiefer aus, schielen nach den nächsten Brunnen in der Umgebung und nennen das Verteilungsgerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Unsere Botschaft sieht anders aus: Auch wir müssen verantwortungsbewusst mit unseren Finanzen umgehen und dürfen nicht verschwenderisch sein.

Der demografische Wandel ist zu Recht angesprochen worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Deutschland kommen auf 1 000 Einwohner noch acht Geburten. Das sind noch halb so viele wie im Jahr 1950.

Wenn man von der heutigen Bevölkerungszahl Sachsen-Anhalts ausgeht, dann werden in Sachsen-Anhalt in 15 Jahren 400 000 Sachsen-Anhalter weniger als heute leben und jeder Dritte wird älter als 65 Jahre sein. Bereits jetzt ist es jeder Vierte.

Die Schuldenlast des Landes verteilt sich auf immer weniger Schultern. Der Steuerkraftverlust beträgt jährlich 60 Millionen €. Selbst ohne neue Kredite würde die Schuldenlast pro Kopf weiter ansteigen.

Würden wir die Pro-Kopf-Verschuldung lediglich stabil halten wollen, müssten wir einen Tilgungsaufwand von mindestens 200 Millionen € leisten, um Altkredite abzustottern.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz neue Schulden spätestens ab dem Jahr 2020 verbietet, muss ein Haushaltsplan auch Sparziele vorgeben. Wir dürfen den finanziellen Brunnen nicht weiter ausgraben.

Die CDU war auf der Bundesebene einer der Vorreiter für die Schuldenbremse. Nun gilt es, mit dem neuen Haushaltsplanentwurf die Weichen für die Einhaltung dieses Bohrstopps zu stellen.

Die Steuerung im vorgelegten Haushaltsplanentwurf - Herr Gallert, Sie haben die wunde Stelle angestippt - erfolgt in der Tat im Wesentlichen über die Einnahmenseite. Das ist so. Ein Sparhaushalt müsste und wird in den nächsten Jahren noch stärker auf die Ausgaben schauen; denn ein Einnahmenplus ist nur eine kurzfristige Atempause.

Ich habe bisher wenig dazu von Ihnen gehört. Sie haben für die Haushaltsberatungen Alternativen angekündigt, heute aber hinsichtlich der Fragen Personal, KiFöG und Kommunalfinanzen keine genannt. Sie haben nur Zahlen angeführt, ohne die Gegenfinanzierung aufzuzeigen. Das bringt uns wieder zu Ihrer ersten Bemerkung: Sparen lohnt sich nicht.

Die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Steuerung über die Einnahmenseite ist kein risikoloses Unterfangen - das räume ich durchaus ein -, weil

sprudelnde Einnahmen einerseits und niedrige Zinsen andererseits dauerhaft selten zusammenkommen. Es geht darum, die Freiheit für eigene Entscheidungen zu erhalten. Versiegt der Brunnen, entscheiden andere für uns.

Als wenn diese Konsolidierungsaufgabe allein noch nicht groß genug wäre, muss es uns darüber hinaus gelingen,

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

unser Land mit nachhaltigen Investitionen weiterzuentwickeln. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist davon geprägt, die Grundsätze „Konsolidieren“, „Investieren“ und „Vorsorgen“ in eine richtige Balance zueinander zu bringen.

Ich möchte für unsere Fraktion hervorheben, dass es - zugegebenermaßen in einem informellen Prozess während der Haushaltseckwertedebatte im Vorfeld der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes - auch durch das Insistieren meiner Fraktion gelungen ist, alle Drittmittel des Bundes und der EU im investiven Bereich zu binden, ohne auf das Anlegen von Reserven verzichten zu müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land Sachsen ist Primus, aber in unserem Land stehen im Jahr 2012 für Investitionen nach dem Haushaltsplanentwurf immerhin Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden € zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit unser Brunnen nicht versiegt, müssen wir mit Bedacht und Weitsicht vorgehen. Das heißt, politisch übersetzt, dass man Prioritäten setzen und klare Prioritäten haben muss.

Wir als Union werden daran arbeiten, Sachsen-Anhalts Stärken auszubauen und die Schwächen unseres Landes zu beseitigen. Wir sind auf einem guten Weg. Ich kann die Einschätzung des Finanzministers zur Lage des Landes teilen.

Ich will Ihnen zu den Schwerpunkten der CDU-Fraktion etwas sagen. Am Anfang steht immer die Umsetzung unserer Sparziele. Dazu gehört der dauerhafte Verzicht auf neue Schulden

(Beifall bei der CDU)

und der Beginn der Tilgung von Altkrediten. Das muss spätestens im Jahr 2014 geschehen; denn, wie gesagt, mit dem derzeitigen Einnahmeplus haben wir uns nur eine Atempause verschafft. Unsere Sparziele dürfen nicht an Ehrgeiz verlieren.

Unser zweiter Schwerpunkt liegt eindeutig im investiven Bereich. Wir wollen mit dem Landeshaushalt die Möglichkeit erhalten, zielgerichtet und nachhaltig in die Landesentwicklung zu investieren.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Ich sage an der Stelle, dass Stark III ein sinnvoller Baustein dieser Strategie ist - nicht mehr und nicht weniger. Stark III braucht kein Gesetz. Stark III braucht Augenmaß.

(Beifall bei der CDU)

Unter Berücksichtigung der in der laufenden Periode zur Verfügung stehenden Mittel erhalten wir aus den Strukturfonds einen Betrag in Höhe von 72,4 Millionen €. Es kommt der kommunale Eigenanteil hinzu.

In diesem Zusammenhang wird immer wieder die ehrgeizige Zahl 600 Millionen € genannt,

(Minister Herr Bullerjahn: Das ist die Gesamtsumme!)

die auf die Gesamtsumme über die kommende Periode hinweg abstellt. Diese steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Verwaltungsbehörde.

Ich sage: Wir dürfen uns an dieser Stelle nicht überfordern, weder im Landeshaushalt noch auf der kommunalen Ebene. Auch das Gute muss sinnvoll umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die angemessene Finanzierung unserer Kommunen. Gegenüber den ursprünglichen Plänen ist die Koalition bereits einen großen Schritt auf die Kommunen zugegangen; denn ursprünglich waren im ersten Entwurf 140 Millionen € weniger vorgesehen.

Über die Frage der Auskömmlichkeit wird zu Recht strittig diskutiert. Wir werden das jetzige FAG sinnvoll ausgestalten. Ich kündige für meine Fraktion an, dass das Ziel verfolgt wird, die grundlegende Novelle zum FAG bereits ab dem Haushaltsjahr 2013 wirken zu lassen. Auch die Auswirkungen auf den Doppelhaushalt sind daraufhin zu prüfen.

Zudem unterstützen wir das Bündnis für starke Kommunen, das neben dem FAG weitere wichtige Punkte enthält. Ich gehe davon aus, dass jeder vierte Euro aus dem Landeshaushalt den Kommunen zugute kommen wird, wenn wir die Säulen dieses Bündnisses addieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Gallert hat gesagt, er setze mit den 1,7 Milliarden € eine politische Zahl. Er wisse selbst, dass das nicht auskömmlich sei. Woher das Geld kommt - - Ach so. Sparen lohnte sich ja nicht.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Durch Wiederholen wird es nicht besser!)

Es kommt hinzu, dass er sagt, es sei nicht richtig, dass das Land dafür Impulse gebe, dass auf der kommunalen Ebene investiert werde. Oder ich habe es falsch verstanden?

(Herr Gallert, DIE LINKE: Herr Schröder, ich habe gesagt, das Land entscheidet darüber,

was in den Kommunen noch passiert! Das ist das Problem!)

- Ach so. - Wenn das Land mitentscheidet und dafür Impulse setzt, dass auf kommunaler Ebene zukunftsfähige Investitionen stattfinden, dann halte ich das im Gegensatz zu Ihnen für richtig.

(Beifall bei der CDU - Frau Bull, DIE LINKE: Es geht um das Was!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für diese Schwerpunkte zahlen wir einen Preis; auch das sage ich deutlich. Wir als CDU-Landtagsfraktion werden allen Versuchen, neue Leistungsversprechen abzugeben, mit äußerster Zurückhaltung begegnen.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das werden wir sehen!)

Die CDU wird in den anstehenden Beratungen nicht nur die Einnahmenseite, sondern auch die Ausgabenseite nicht aus dem Blick verlieren.

In Bezug auf das KiFöG stehen wir vor einem Gesetzgebungsverfahren. Ich werbe auch hierbei für Augenmaß und Realismus, um den Landeshaushalt und die Kommunen nicht zu überfordern.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden im Grundsatz immer einer projektbezogenen Förderkulisse den Vorrang vor einer institutionellen Förderung einräumen. Wir werden Verbesserungen bei den Einnahmen zulasten Dritter generell nur vornehmen, wenn wir vorher Umschichtungsvorschläge ausgelotet haben.

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Wassercent und Co. allenfalls die Ultima Ratio und müssen, wenn überhaupt, immer für nachhaltige Investitionen eingesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion wird in den Haushaltsberatungen am Dreiklang „Konsolidieren, Investieren und Vorsorgen“ festhalten.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Personalbereich verlieren. Wenn jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt in den Personalbereich fließt, dann muss das auch ein Punkt sein, der zu hinterfragen ist.

Es stellt sich also die Frage, ob der Einstellungskorridor ausreicht. Es ist nicht sachgerecht, die Diskussion ausschließlich auf zusätzliche Personalkosten zu reduzieren. Die Erfüllbarkeit entsprechender Forderungen halte ich eher für unrealistisch. Allerdings müssen wir im Bereich der Landesverwaltung auch dafür sorgen, dass die Aufgaben des Landes dauerhaft erfüllt werden können. Vor diesem Hintergrund muss sich das Per-

sonalentwicklungskonzept an den aktuellen Realitäten messen lassen.

Die Landesregierung hat uns einen Haushaltsplanentwurf, die mittelfristige Finanzplanung, das Personalentwicklungskonzept sowie den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes und den Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vorgelegt. Sie wird uns, wie angekündigt, auch einen Nachtragshaushalt 2011 vorlegen.

Ich muss Ihnen sagen: Wenn man im Jahr 2011 noch Mittel in Höhe von 110 Millionen € bewegen will, dann braucht man dafür das Parlament. Deswegen ist es richtig, dass für das Jahr 2011 ein Nachtragshaushalt vorgelegt wird.

(Beifall bei der CDU)

Es wurde schon von meinen Vorrednern gesagt, dass das Parlament Herr des Verfahrens ist. Für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Bildung sowie für die Kommunen und die Bewältigung des demografischen Wandels werden wir Vorschläge machen. Wir wollen verlässliche Eckwerte für die Häuser und keine Haushaltssperre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Uns ist der Finanzminister lieb und wichtig,

(Minister Herr Bullerjahn: Ja, danke auch!
- Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD)

aber, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf: Da hat er die Kurve gekriegt!)

- lieb und teuer habe ich nicht gesagt; natürlich ist ein Finanzminister immer wichtig -, den Sparkommissar, den wir nach der Haushaltsverabschiedung haben, um den Parlamentswillen durch Bewirtschaftungsmaßnahmen wieder einzukassieren, können wir uns ersparen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Minister Herr Bullerjahn: Genau!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit dem sprachlichen Gleichnis vom Beginn meine Rede schließen. Gestatten Sie mir den lyrischen Ausflug:

Wer aus seinem Brunnen schöpfen will,
dessen Hände stehen niemals still.

Wer nur bohrt ohne Verstand,
dem fallen andere bald in die Hand.
Darum sorgt der Kluge vor,
schöpft nicht aus dem Vollen,
nur weil alle es wollen.

Was künftig Wohlstand bringt
und den Brunnen speist,
das soll führen Hand und Geist.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Gürth:

Das war der Debattenbeitrag der Fraktion der CDU. Vielen Dank, dass Sie es mit dem Sparen ernst meinen. Das sieht man schon an der Redezeit; Sie haben da erheblich eingespart.

Wir fahren in der Debatte fort. Als Nächste spricht die Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Dalbert.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dem Verlauf der Debatte bis hierher sehr genau zugehört,

(Frau Niestädt, SPD: Das sollte man auch machen!)

und ich möchte zunächst sagen, dass in der Tat auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sparen in Zeiten der Konsolidierung keine Marginalie ist.

Ich habe aber auch dem Finanzminister sehr genau zugehört. Sie haben gesagt: Politik braucht die Chance zur Entscheidungsfreiheit. Wir brauchen die Freiheit zum Regieren.

Ich muss Ihnen sagen: In diesem Haushalt hätte ich mir mehr Freiheit zum Regieren und zum Gestalten gewünscht als das, was Sie uns hier vorgelegt haben.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Denn gerade in Zeiten der Konsolidierung ist es doch die Anforderung an die Politik, dass Sie klar sagen, was Sie gestalten wollen, was Ihre Vision von Sachsen-Anhalt in den nächsten 10, 20 Jahren ist, und dass Sie dann eben über die Ressortgrenzen hinweg schauen, wie Sie das auf den Weg bringen können.

Warum das so wichtig ist, haben Sie, Herr Bullerjahn, heute Morgen schon gesagt, nämlich weil wir heute die Weichen stellen, nicht nur für die nächsten zwei Jahre, sondern für die Jahre bis 2020 und darüber hinaus.

Wenn ich nun schaue, was Sie hier an Visionen präsentiert haben, dann muss ich Ihnen sagen: Das finde ich unambitioniert und visionslos. Das schließt nahtlos an die Landesregierung unter Böhmer an. Das ist für mich Verwalten statt Gestalten.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Wir haben beim Ansatzpunkt eine Einigkeit. Sie sagen auch, Bildung ist wichtig. Ich glaube, das weiß jeder hier im Haus. Wenn Sie einen Volkswirt fragen, wird er Ihnen immer sagen: Die beste volkswirtschaftliche Rendite bekommt man, wenn man in Bildung investiert.

Wir sagen Ihnen: Wenn Sie in Bildung investieren, investieren Sie in Demokratie und soziale Gerech-

tigkeit. - Also: Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen.

Wir haben heute schon an mehreren Stellen gehört, dass Bildung in der Kita anfängt. Sehen wir uns den Kita-Bereich an. Hierbei geht es zum einen um den Ganztagsanspruch und zum anderen um die Qualitätsprobleme in den Kitas.

Seit ich in diesem Land politische Verantwortung trage - dies ist seit 2008 der Fall -, mahne ich nicht nur an, dass wir zum Ganztagsanspruch für alle Kinder in den Kitas zurückkommen müssen - dafür haben wir uns damals, in Zeiten der Volksbefragung, sehr stark eingesetzt -, sondern auch, dass es ein Qualitätsproblem gibt, das wir am Personalschlüssel festmachen können. Dabei geht es um die Gruppengrößen, um die Vorbereitungszeiten und um den Mehrbedarf für die Kinder mit Förderbedarf.

Ich sage Ihnen: Diesbezüglich ist Ihr Haushaltsplanentwurf unambitioniert. Mit den Summen, die Sie eingestellt haben, kommen Sie weder im Hinblick auf den Ganztagsanspruch noch im Hinblick auf die Lösung der Qualitätsprobleme weiter.

Ich habe Ihnen sehr genau zugehört, um in Erfahrung zu bringen, ob Sie eine Vision entwickelt haben, wie wir dahin kommen können, also was die Schritte sind. Denn wenn wir uns an internationalen Standards orientieren - diesbezüglich will ich einmal eine Prognose wagen -, werden wir wahrscheinlich irgendwann bei dreistelligen Millionensummen landen. Natürlich haben wir die jetzt und auch morgen nicht.

(Minister Herr Bullerjahn: Wir haben schon dreistellige Millionensummen!)

- Nicht für die Kitas.

(Herr Borgwardt, CDU: Natürlich! - Minister Herr Bullerjahn: Natürlich für die Kitas! - Unruhe)

- Nicht für den Zuwachs in den Kitas. Wir brauchen - -

(Zuruf von Minister Herrn Bullerjahn - Unruhe)

- Ja, eben. Das ist doch das Problem.

Deswegen möchte ich gern eine Vision haben: Was können wir uns leisten? Was können wir uns nicht leisten? Was leisten wir uns in den nächsten zwei, fünf, zehn Jahren?

Diese Vision sind Sie uns heute und in diesem Haushaltsplan schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Lassen Sie mich zu meinem nächsten Punkt kommen. Wenn wir über Bildung und die Verbesserung von Bildung als zentrale Zukunftsvision reden und

in Ihren Koalitionsvertrag schauen, dann sehen wir dort die richtige Aussage, dass wir einen Ausbau der Ganztagsschulen brauchen.

Wir wissen, wie Ganztagsschulen funktionieren. Es gibt im Land schon Ganztagsschulen. Also könnten wir morgen anfangen, ein Programm aufzulegen, um unsere Ganztagsschulen im Land auszubauen.

Auch das sehe ich in Ihrem Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt. Ich sehe auch keine Vision, wie wir schrittweise zum Ausbau von Ganztagschulen kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir einen dritten Punkt zu nennen, den ich in Ihrem Haushaltsplanentwurf vermisste und der für mich zu einer zentralen Vision für unser Land und die Stärkung unseres Landes gehört.

Wir alle haben uns unter dem Eindruck der letzten Landtagswahlen, bei denen die NPD 4,6 % der Stimmen bekommen hat, im Parlament für ein Landesprogramm für Demokratie stark gemacht, ein Programm, das die Demokratie stärken und das Land in seiner Abwehr gegen neonazistische Umtriebe wachsam machen soll.

Wir haben erst gestern im Zusammenhang mit den Vorgängen in Insel darüber debattiert, wie schnell sich die Rechten hier im Land Probleme zu eigen machen, um für ihre menschenverachtenden Ideologien zu werben. Wir stehen heute eine Woche vor dem Bundesparteitag der NPD, der vermutlich in Dessau stattfinden wird.

Die Stärkung der Demokratie und der Wachsamkeit gegenüber Rechtsradikalen hier im Land kostet Geld. Das kostet viel Geld. Auch das finde ich in Ihrem Haushaltsplanentwurf nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Natürlich haben wir dafür Geld drin! - Herr Borgwardt, CDU: Schauen Sie sich das doch einmal an! - Unruhe)

- Ja, minimal. - Auch die zweite Säule wurde heute schon mehrfach erwähnt. Ich will mich an dieser Stelle kurz fassen. Das ist natürlich die Baustelle der Kommunalfinanzen. Das ist der Posten, dessen Höhe nach dem Haushaltsplanentwurf gesunken ist.

Ich möchte wiederholen: Natürlich müssen die Kommunen auskömmlich finanziert werden, weil die Kommunen die Politik vor Ort gestalten. Die Kommunen sind die Träger von Kitas, von Schulen; sie entscheiden, ob Theater schließen oder Parks verwahrlosen.

Diesbezüglich muss ich mich aber auch über Ihre Ausführungen, Herr Gallert, wundern. Wenn wir im Landtag beschließen würden, dass wir die Qualität in den Kitas verbessern und den Personalschlüssel ändern, dann können wir die Last natürlich

nicht den Kommunen und ihren Haushalten auferlegen, sondern dann müssen wir - an dieser Stelle fühlen wir Grünen uns der Konnexität verpflichtet - den Kommunen auch mehr Geld geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in diesem Sinne finde ich Ihren Haushalt unambitioniert und visionslos.

Kreativ finde ich Sie allerdings, wenn es darum geht, das Parlament in Haushaltsfragen zu entmachten. Sie haben sich heute Morgen wieder hier hingestellt und haben gesagt: Das ist nicht der Fall. Das Parlament kann doch über den Haushalt entscheiden.

(Frau Niestädt, SPD: Ja!)

Wenn ich Ihr Haushaltsgesetz lese, dann habe ich davon einen ganz anderen Eindruck.

Erstens. In § 7 des Entwurfs eines Gesetzes über die die Feststellung des Haushaltsplans ist geregelt, dass die Ausgaben der Hauptgruppe 5 - sächliche Verwaltungsaufgaben und Ausgaben für den Schuldendienst - und die Ausgaben der Hauptgruppe 6 - Zuweisungen und Zuschüsse - übertragbar sind.

Das heißt, wir leisten uns mehr Forschungsförderung, wenn wir weniger Klopapier kaufen - oder umgekehrt. Ich sage Ihnen: Ich glaube, dass das gegen § 19 der Landeshaushaltsordnung verstößt, und bin gespannt, was der Landesrechnungshof dazu sagt.

Beispielsweise der Sächsische Landesrechnungshof hat sich - weil Sachsen heute so oft erwähnt wurde, erwähne ich Sachsen an dieser Stelle auch einmal - im Zusammenhang mit dem sächsischen Haushaltsplan kritisch zu der Übertragbarkeit solcher Mittel geäußert.

Zweitens. In § 9 des Entwurfes eines Haushaltsgesetzes sind sehr weitreichende Regelungen zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit nahezu aller wichtigen Posten innerhalb eines Einzelplans vorgesehen. Das ist doch ein Ermächtigungsgesetz für die Minister und Ministerinnen, die letztlich allein - eben ohne das Parlament - darüber entscheiden, welche politischen Ziele verfolgt werden und welche hinten runterfallen.

Die dritte Säule dieses Webmusters ist der § 18, in dem Sie die Umschichtung der Mittel zwischen den operationellen Programmen EFRE und ESF fordern, wenn die Gefahr eines mangelnden Mittelabflusses besteht.

Wir haben in diesem Parlament bereits mehrfach über die Gefahr eines mangelnden Mittelabflusses gesprochen. Unser Eindruck ist, dass diese Gefahr - gelinde gesagt - schlecht definiert ist; denn der mangelnde Mittelabfluss ist in sehr vielen Fällen darauf zurückzuführen, dass die Programme schlecht umgesetzt werden.

Etwa bei den EFRE-Mitteln für Programme zu Klimaschutz und regenerativen Energien sind bisher überhaupt keine Mittel bewilligt worden. Das heißt doch nicht, dass wir keine Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplung oder in sauberen ÖPNV brauchen, sondern das heißt, dass diese Programme schlecht verwaltet werden.

Oder wenn die ESF-Mittel zur Vermeidung von Schulversagen im Sozialministerium immerhin schon zu einem Viertel bewilligt wurden und im Kultusministerium noch gar nicht, dann heißt das doch auch nicht, dass wir die Mittel nicht brauchen, um etwas gegen Schulversagen zu tun.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Also, das, was Sie da wollen, ist ein Persilschein für Ihr Haus, dass Sie das allein entscheiden. Dazu sage ich Ihnen: Das geht so nicht. Bei der Umschichtung solcher Mittel muss doch mindestens der für den Haushalt zuständige Ausschuss beteiligt werden.

Das ist das Webmuster Ihres Haushalts: Sie wollen das Parlament entmündigen und Persilscheine für die Minister und Ministerinnen haben.

Die Personalpolitik wurde heute auch schon mehrfach angesprochen. In diesem Zusammenhang will ich nur auf einen Punkt eingehen. Hierzu finden wir im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes Ihren Vorschlag, die Altersantragsgrenze für den Ruhestand bei Landesbeamtinnen und -beamten vorzulegen.

Dazu sage ich Ihnen: Das ist die falsche Schraube, an der Sie in der Personalpolitik drehen. Denn welche Landesbeamten betrifft das denn? - Das betrifft die Polizei sowie die Lehrerinnen und Lehrer, die in Mangelfächern tätig sind und deswegen damals verbeamtet wurden.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen eine flexible, eine attraktive Teilzeitregelung. Wenn wir attraktive Teilzeitregelungen haben, dann können wir beides tun: In den Bereichen, in denen wir über diese Regelungen Mittel generieren, können wir Mittel einsparen, und in den Bereichen, in denen wir junge Menschen brauchen, nämlich in den Schulen und bei der Polizei, erlauben uns diese freiwerdenden Mittel, diese jungen Menschen an das Land zu binden; denn wir wollen doch nicht heute die Menschen gehen lassen, die wir morgen hier im Land brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Frau Kollegin Dalbert, es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schröder. Möchten Sie diese beantworten?

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Aber klar, Herr Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Ich mache es ganz kurz. Das ist nur eine Verständnisfrage.

Als Sie problematisiert haben, dass der Haushalts-gesetzgeber der Landesregierung gestattet, im Rahmen der Deckungsfähigkeit von Haushalts-titeln Spielräume zu eröffnen - wenn der Haushalts-gesetzgeber sich dazu entscheidet, diese Flexibili-tät innerhalb der Ressorts zu gestatten -, haben Sie das als „Ermächtigungsgesetz“ bezeichnet. Ist das richtig? Oder wollen Sie das an dieser Stelle anders ausdrücken?

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Ich nehme den Ausdruck zurück. Das tut mir leid.

Herr Schröder (CDU):

Okay. Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Gehen wir weiter auf der Seite der Einsparungen und Einnahmen. Zu den möglichen Einsparungen im Bereich des Personals habe ich bereits etwas gesagt.

Es gibt eine für Grüne ganz interessante Stelle in dem Entwurf des Haushaltsgesetzes, nämlich § 17. Darin reden Sie von Energieeinsparungen, die Sie ermöglichen wollen, und zwar auch durch eine Vorfinanzierung durch Dritte, sofern die entstehenden Kosten aus den Einsparungen an Betriebskosten innerhalb von zehn Jahren getragen werden können. Die Mittel, die aufgewendet werden, sollen sich also innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren amortisieren.

Dazu muss ich Ihnen Folgendes sagen: Das sieht zwar grün aus, das ist aber nicht grün, weil sich nämlich Investitionen nennenswerter Art in die Energieersparung innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren überhaupt nicht amortisieren können.

Ich möchte einen weiteren Punkt im Hinblick auf die Einnahmen ansprechen. Es gibt auch Stellen, über die wir uns freuen und die wir prima finden. Es freut uns, dass Sie eine alte grüne Forderung aufnehmen, nämlich die Erhebung eines Wasser-cents. Das finden wir richtig gut. Das ist gut im Sinne eines schonenden Umgangs mit den Ressourcen des Landes und das tut dem Landeshaushalt gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings muss ich sagen, dass ich mir auch an dieser Stelle eine konsequentere Ausgestaltung des Umgangs mit Ressourcen gewünscht hätte. Ich hätte mir eine Diskussion über die Erhebung der Förderabgabe nach dem Bundesbergbau-gesetz vorstellen können oder auch eine intensive Debatte zu der Frage, ob wir die Infrastruktur im-

mer weiter ausbauen müssen oder ob wir nicht vielmehr in den Erhalt der Infrastruktur investieren müssen. Aber das ist an dieser Stelle leider nicht passiert.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Schluss. Im Zusammenhang mit Ihren Vorschlägen zum Was-sercent und zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 4,5 % auf 5 % erwarten Sie Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 21 Millionen € im Jahr 2013. Dieser Betrag in Höhe von 21 Millionen € muss von den Menschen in Sachsen-Anhalt direkt oder indirekt aufgebracht werden.

Ich sage Ihnen: Sagen Sie den Menschen, was sie dafür bekommen. Nehmen Sie nicht dieses Geld von den Menschen im Land und stecken es ein-fach in die Haushaltskonsolidierung, sondern sa-gen Sie ihnen konkret, was sie dafür bekommen. Werden dafür pro Jahr 20 Schulen zu Ganztags-schulen ausgebaut? Werden die Kitagruppen ver-kleinert? Was passiert mit diesem Geld?

Ich glaube, die Akzeptanz der Politik in unserem Land hängt davon ab, dass Sie den Menschen sa-gen, welche Zukunftsprojekte Sie für sie gestalten und in welcher Weise Sie ihr Geld für diese Zu-kunftsprojekte verwenden wollen. Gestatten Sie den Menschen, Sie und Ihre Politik an der Antwort auf genau diese Frage zu messen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dalbert. - Für die Frak-tion der SPD spricht nun die Fraktionsvorsitzende Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte sagen, den Letzten oder - ich möchte das einmal anders formulieren - die Letzte beißen die Hunde. Interessant ist, dass sich die Themen, die die Fraktionen in ihren Haushaltsreden angespro-chen haben, ähneln. Das zeigt zumindest, dass wir alle sehr genau wissen, welche Themen für unser Land wichtig sind.

Herr Gallert, natürlich kann man nicht oft genug wiederholen, dass das Haushaltsrecht das vor-nehmste Recht des Parlaments ist und dass die Haushaltsdebatten natürlich zu den wichtigsten Ereignissen des Hohen Hauses gehören.

Frau Dalbert, über das Haushaltsbegleitgesetz wird auch in den Ausschüssen beraten. Wenn es dazu Nachfragen oder Erklärungsbedarf gibt, dann sind die Ausschüsse der richtige Ort, um das so lange miteinander zu besprechen, bis man sich entweder einig ist oder bis die Mehrheit durchschlägt - auch das wird passieren.

Ich möchte zum Thema EU-Strukturfonds sagen, dass man sehr sorgsam mit den Umschichtungen

umgehen muss, dass man aber auch darüber reden muss, dass Mittel bisher nicht abgeflossen sind und möglicherweise auch nicht mehr zum Abfluss kommen werden, aus welchen Gründen auch immer. Auch meine Umweltpolitiker hegen ab und zu den Verdacht, dass das eine oder andere Programm so geschrieben worden ist, dass die Mittel gar nicht abfließen können.

Aber es ist gut, zumindest die Mittel, die aufgelaufen sind, für bestimmte Bereiche, die auch sinnvoll sind, zu verwenden, zum Beispiel für Stark III und für Investitionen, die zur Energieeffizienz beitragen. Man muss aber genau und sorgsam schauen, wie die Förderprogramme neu aufgestellt werden und wie mit den noch vorhandenen Mitteln umgegangen wird.

Die Haushaltsdebatten in unserem Hohen Hause unterliegen einem gewissen Ritual. Der Finanzminister bringt den Haushaltsplanentwurf ein. Im Übrigen hat er seine Rede nicht nach meinen Vorgaben geschrieben, sondern er hat sie allein geschrieben. Er ist ein sozialdemokratischer Finanzminister - das nur, falls jemand irgendwann einmal Zweifel daran gehegt haben sollte.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich war es nicht; ich bin nicht schuld. Aber meine Rede ist ähnlich. Sie sehen, unsere Ideen sind gleich.

Die Regierungsfractionen werden natürlich in einem bestimmten Maße applaudieren. Das wird bei uns eher die bayerische Maß sein. Vielleicht ist der Krug bei anderen etwas kleiner. Die Opposition wird nach Kräften kritisieren und das Lob eher in der Größe eines Kölsch - das ist mit 0,1 l etwas kleiner - ausfallen lassen.

Das ist aber nicht nur ein bewährtes Ritual in einer funktionierenden Demokratie, sondern es ist auch gut, dass diese unterschiedlichen Auffassungen deutlich gemacht werden. Denn mit dem Haushaltsplan verbindet sich nichts Geringeres als die konkreten Gestaltungsmöglichkeiten für die nächsten zwei Jahre und - bei manchen Themen - darüber hinaus.

Nach den Regeln der Mediengesellschaft wäre es also folgerichtig, den Regierungsentwurf in den Himmel zu loben und ihn mit Superlativen zu bedenken. Das möchte ich nicht tun. Das möchte ich deshalb nicht tun, weil es gar nicht nötig ist. Denn wir liegen - das ist richtig gesagt worden - nach den Berechnungen des Instituts für die Deutsche Wirtschaft mit unserer Konsolidierungsquote auf Platz 3. Die Ampel steht für Sachsen-Anhalt auf grün.

Das ist Lob für den Haushalt an sich und das ist gut so. Deshalb müssen wir es nicht noch zusätzlich mit Superlativen bedenken. Das schafft die

Voraussetzungen dafür, dass wir in den nächsten Jahren überhaupt noch Handlungsfähigkeit in unserem Haushalt haben. Das bewahrt die haushaltspolitischen, die finanzpolitischen und auch die finanziellen Handlungsoptionen für die kommenden Jahre in unserem Bundesland.

Wir reden auch nicht nur über diesen Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2012 und 2013. Wir reden nicht nur über die Haushaltsjahre 2012 und 2013. Wir reden nicht nur über die Projekte, die kurz vor uns liegen. Wir reden vielmehr über die langfristige finanzpolitische Strategie unseres Landes. Diese Strategie beinhaltet in der Tat auch die Konsolidierung des Haushaltes, die Gesundung der Finanzen und - das ist heute lediglich in der Rede des Finanzministers zum Ausdruck gekommen - die Entwicklung der Wirtschaft. Oder habe ich nicht richtig zugehört?

(Herr Schröder, CDU: Nicht richtig zugehört!
- Herr Borgwardt, CDU: Investitionen!)

Wir wollen, dass wir in einigen Jahren sagen können: Sachsen-Anhalt steht nicht nur früher auf, sondern es steht auch auf eigenen Beinen. Und natürlich: Hier bleiben nur noch ganz wenige sitzen; dafür bleiben sie aber im Land und arbeiten hier.

(Beifall bei der SPD)

Wie die Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen ablaufen, wissen wir. Der Haushaltsplanentwurf wird zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Das Parlament taucht in die Tiefen der Titelgruppen ein und die Ausschüsse übernehmen das Feintuning des Haushalts. Die Technik ist also klar.

Die Situation des Landes ist ebenfalls bekannt. Wir haben ein Haushaltsvolumen von 10 Milliarden € pro Jahr. Wir haben Schulden in Höhe von 20 Milliarden € angehäuft. Wir wissen, dass der Solidar-pakt bis zum Jahr 2020 ausläuft. Es gibt wohl kaum eine Chance, einen neuen zu bekommen; das heißt, wir werden uns damit abfinden müssen. Wir als Parlament haben ein Verschuldungsverbot in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen. Zudem gibt es eine Schuldenbremse im Grundgesetz. - Das sind die Rahmenbedingungen.

Wir wissen auch, was der Landesrechnungshof möglicherweise zu diesem Haushaltsplan sagen wird: Es wird nicht genug gespart; das ist kein Sparhaushalt, es wird an den falschen Stellen gespart und das ist überhaupt kein guter Haushalt. So war zumindest das Ritual der letzten Jahre.

Dem, meine Damen und Herren, möchte ich widersprechen, und zwar schon heute bei der Vorlage des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes. Denn ein Haushaltsplan ist nicht nur dann gut, wenn er sich den Titel „Größter Sparhaushalt aller Zeiten“ auf den Aktendeckel kleben kann, und er ist nicht nur dann gut, wenn möglichst viel gestrichen oder ein-

gespart wird. Er ist dann gut, wenn er ausgeglichen ist und wenn mit den vorhandenen Mitteln das Beste für das Land Sachsen-Anhalt und seine Entwicklung getan wird und wenn er trotzdem vorausschauend in die Zukunft gerichtet ist.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Schröder, CDU)

Auch ich möchte einige Schwerpunkte des Haushaltes ansprechen. Der Schwerpunkt des Haushaltes ist das Thema Bildung. Das ist aus unserer Sicht auch das nachhaltigste Instrument zur Bekämpfung der Armut in unserem Land, zur Verbesserung der persönlichen Lebenschancen, zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und zum Erhalt der Innovations- und Wirtschaftskraft in Sachsen-Anhalt.

Ich möchte dazu drei Beispiele nennen. Erstens. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2013 sind zumindest vorausschauend schon einmal mehr Mittel für die Ganztagsbetreuung in den Kindertagesstätten eingestellt worden. Unser Ziel ist es, dass alle Kinder wieder die Möglichkeit haben, an allen Angeboten in den Kindertagesstätten teilzunehmen, unabhängig von dem sogenannten Status ihrer Eltern.

Wir wissen, dass es drei große Gruppen gibt, die um den Einsatz der Mittel ringen: die Träger, die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Kinder. Natürlich wissen wir noch nicht, ob die Mittel ausreichen werden oder nicht. Es scheint momentan so zu sein, dass von diesen drei Gruppen die Kinder die kleinste Lobby in der öffentlichen Diskussion haben. Die Träger und die Erzieherinnen und Erzieher sagen sehr genau, was sie wollen. Wir als Parlament sollten genau darauf achten, dass das Thema Kinder nicht zu kurz kommt. Bei der Gestaltung des Gesetzes sollten wir als Lobbyisten der Kinder auftreten.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich weiß ich, dass wir uns noch sehr intensiv darüber streiten werden, wie das neue Kinderförderungsgesetz ausgestaltet werden soll. Das, liebe Frau Dalbert, ist aber die Aufgabe des Gesetzgebungsverfahrens. Das kann eine Debatte über das Haushaltsgesetz auch gar nicht leisten. Ich unterstelle allen nur gute Absichten und das Streben, im positiven Streit miteinander eine positive Lösung zu finden.

Ich möchte ein zweites Beispiel des Schwerpunktes Bildung ansprechen. Die Hochschulen haben in der Tat eine besondere Funktion. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung, aber auch zur Forschung in Sachsen-Anhalt. Sie sind Anziehungspunkt für Studierende aus anderen Bundesländern - auch das ist wichtig, um frisches, junges Blut nach Sachsen-Anhalt zu holen. Deshalb ist es ein gutes Signal, dass der Mittelansatz für die Hochschulen fortgeschrieben wird. Das begrüßen

wir ausdrücklich. Zudem ist es ein gutes Omen für die neuen Zielvereinbarungen.

Ein drittes Beispiel: Stark III. Natürlich ist dies vordergründig ein kommunales Investitionsprogramm. Es geht schließlich um bauliche Verbesserungen und um die energetische Modernisierung von Gebäuden. Aber diese Gebäude sind Schulen und Kitas; sie sind kommunale Gebäude. Es ist eine kommunale Aufgabe, dass dort eine ordentliche Situation herbeigeführt wird. Aber mit den Investitionen in Schulen und Kitas werden eben auch Bildungsvoraussetzungen geschaffen.

Wir schlagen mit dem Programm Stark III gleich drei Fliegen mit einer Klappe: Wir ermöglichen unseren Kindern eine gute Umgebung, wir geben der Wirtschaft im Land valide Aufträge und wir entlasten die Kommunen. Bei einer Förderquote von 70 % ist das, so glaube ich, ein sehr gutes Angebot, auch wenn wir wissen, dass wir natürlich zusätzlich die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass die Kommunen dieses Angebot annehmen können.

(Zustimmung von Frau Reinecke, SPD)

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, alle Fraktionen hätten die gleichen, übergreifenden Themen auf der Agenda. Ich komme nun auf ein Thema zu sprechen, auf das meine Vorredner bereits eingegangen sind. Natürlich werden wir in den nächsten Wochen insbesondere über diejenige Seite unseres Landeshaushaltes diskutieren, die wir direkt beeinflussen können, nämlich die Ausgabenseite.

Wir reden allerdings, so glaube ich, viel zu wenig über die Seite des Haushaltes, bei der wir dem Wohl und Wehe der wirtschaftlichen Entwicklung und den steuerpolitischen Vorstellungen der jeweiligen Bundesregierung ausgesetzt sind. Ich meine die Einnahmenseite. Hierzu lautet die ungeschminkte Wahrheit: Wir in Deutschland nehmen zu wenig ein und das geht schon seit Jahren zulasten der Substanz.

Wir können in der Tat nur das ausgeben, was wir einnehmen, aber das, was wir einnehmen, ist einfach zu wenig, um alle Aufgaben erfüllen zu können. Das geht zulasten dringend benötigter Investitionen in die Infrastruktur und in die Bildung. Das öffnet die Schere zwischen Arm und Reich und das stürzt öffentliche Haushalte zum Teil in immer höhere Schuldenstände. Ich möchte an dieser Stelle nicht nur über die Kommunen reden; denn das lastet auch auf dem Land und auf der Aufstellung eines Landeshaushaltes.

Dazu kann man sagen, dass - Fakt 1 - über die letzten Jahrzehnte hinweg die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer geworden sind. Das gilt leider in erster Linie für die Einkommen aus Arbeit, deren Verteilung sich erheblich auseinanderentwickelt hat.

Noch extremer ist die soziale Unwucht bei den Vermögen. Herr Gallert hat es angesprochen. 10 % der Bevölkerung in Deutschland verfügen gemäß einer Berechnung des DIW über zwei Drittel des Vermögens. Wenn man das einmal umdreht, dann verfügen zwei Drittel der Bevölkerung lediglich über einen Anteil von weniger als 10 % am Gesamtvermögen. Das ist schlecht.

Deutschland ist - Fakt 2 - ein Niedrigsteuerland. Das stellt im Übrigen selbst das Bundesfinanzministerium in seinem Monatsbericht vom Mai 2011 fest. Das mag uns persönlich vielleicht manchmal anders vorkommen, aber im europäischen und im internationalen Vergleich ist das so.

Die deutsche Steuerquote ist im internationalen Vergleich niedrig. Im Vergleich der OECD-Länder haben nur die USA, Japan, die Slowakei, Griechenland, Spanien und Tschechien eine niedrigere Steuerquote. Bei der Abgabenquote ist es, auch wenn es gefühlt anders ist, faktisch ähnlich.

Das war eine Entwicklung, die sich über mehrere Jahre, über Jahrzehnte so vollzogen hat. Das Ergebnis ist die stetige Schwächung der öffentlichen Einnahmenbasis. Wenn man sich die nackten Tatsachen anschaut, stellt man fest, dass wir einen Teil dessen, was wir als Wettbewerbsfähigkeit in der deutschen Wirtschaft zu Recht feiern und von dem wir auch profitieren, mit einem Substanzverlust in der Gemeinschaft bezahlen.

Das war eine Entwicklung, die jahrelang so gewollt war - nicht in ihren Auswirkungen, aber mit ihren Instrumenten. Das war politischer Mainstream, auch bei den Sozialdemokraten.

Deshalb kann sich auch die Sozialdemokratie der Verantwortung in diesem Bereich nicht entziehen. Wir müssen allesamt aus den Fehlern lernen und die richtigen Lehren ziehen. Wir brauchen ein vernünftiges, ein gerechtes und ein zumindest substanzerhaltendes Steuersystem.

Das ist übrigens ein ganz anderer Satz als der von Herrn Westerwelle, der ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem wollte. Auch die Ergebnisse werden anders sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Das heißt dann auch - darin muss man ehrlich sein -: nicht weniger Steuern für alle - das ist ein nicht erfüllbares Versprechen -, sondern mehr Steuern auf hohe Vermögen und Einkommen. Das heißt auch, meine Damen und Herren: Abbau von Subventionen. Abbau von Subventionen wiederum heißt zuallererst und in der Breite: Mindestlöhne. Denn Niedriglöhne sind einer der größten Subventionstatbestände in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN und von Herrn Striegel, GRÜNE)

Wenn man etwas verändern möchte, dann bedeutet das konkret: Anhebung des Spitzensteuersat-

zes, Erhebung einer Finanztransaktionssteuer zum Einbremsen der Finanzmärkte, Erhebung einer Vermögensteuer, ohne dass sie an die Substanz der Unternehmen geht, Reformierung der Erbschaftsteuer, Entrümpelung der Mehrwertsteuer und, meine Damen und Herren, Umgestaltung des Ehegattensplittings.

(Zustimmung bei der SPD)

Übrigens freue ich mich schon auf die Diskussion innerhalb unserer jetzigen Koalition. Denn der Arbeitskreis Finanzen der CDU insgesamt - nicht der Arbeitskreis der Fraktion - hat dazu diskutable Vorschläge gemacht, die in eine ähnliche Richtung gehen. Auch wenn Herr Tullner nicht mehr Abgeordneter ist, so ist er auch als Staatssekretär bei dieser Diskussion sicherlich sehr willkommen.

Was man zum Ehegattensplitting auf jeden Fall deutlich aussprechen sollte - darauf möchte ich einige Minuten mehr verwenden - ist Folgendes: Das Ehegattensplitting ist ungerecht, weil es alte Rollenbilder zementiert,

(Oh! bei der CDU)

weil es - spätestens bei diesem Punkt dürften Sie nicht mehr „Oh“ sagen - eine Sondersubvention für die alten Bundesländer ist.

Warum ist das so? - Das Ehegattensplitting belohnt große Einkommensunterschiede in der Ehe. Da im übergroßen Teil der Ehen insbesondere in Westdeutschland immer noch die Männer mehr verdienen, heißt das im Klartext: Wenn die Frau zu Hause bleibt, gibt es die höchste Steuergutschrift. Das ist nicht 21., das ist nicht 20., das ist 19. Jahrhundert.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Oh! bei der CDU)

Ein Anteil von - das sollten wir uns alle einmal auf der Zunge zergehen lassen - ungefähr 93 % des Splittingvolumens fließt in die alten Bundesländer. Die Gründe dafür liegen deutlich auf der Hand. Es gibt, auch wenn sie vorkommen, in Ostdeutschland geringere Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern im Erwerbsleben. Es gibt insgesamt große Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Wir sind insgesamt im niedrigeren Einkommensbereich. Das heißt, die Menschen im Osten verdienen weniger und die Menschen im Westen werden steuerlich belohnt.

Ich glaube, das sollten wir im dritten Jahrzehnt nach der Einheit abschaffen. Es würde jedenfalls dem Land insgesamt volkswirtschaftlich gut tun.

(Zuruf von der CDU - Zustimmung von Herrn Erdmenger, GRÜNE)

Lassen Sie mich zum Schluss - vielleicht werden Sie dann wach - einmal etwas Politisches zu die-

sem Thema sagen. Womit natürlich nicht Schluss sein darf, das ist der Kampf für die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der wirtschaftspolitischen Vernunft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Natürlich kommt eine Haushaltsdebatte in diesen Tagen nicht ohne einen Blick nach Berlin oder einen Blick nach Europa, nach Griechenland aus. Es ist nicht so, dass wir die Geschehnisse dort von hier aus merklich beeinflussen könnten; es sei denn, die Länder bekämen mehr Mitspracherecht, was im Sinne der europäischen Regionen angebracht wäre. Aber alles, was wir hier in unserem kleinen Land Sachsen-Anhalt tun oder tun können, ist in der Tat immer abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt und insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa.

Wir hatten in den letzten Jahren eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung. Wir sind wieder auf dem Niveau der Vorkrisenzeit angelangt. Aber es ist eine sehr trügerische Sicherheit, die vor uns liegt. Denn die Probleme in Griechenland sind nicht nur strukturelle Probleme in der Europäischen Union oder hausgemachte Probleme der Griechen, sie sind auch Nachwirkungen der Krise.

Deshalb ist es, glaube ich, richtig, dass es einen Rettungsschirm für Griechenland gibt. Den wirtschaftlich größten Verlust hätte Deutschland, wenn es diesen Rettungsschirm nicht geben würde. Wir sind der größte Profiteur des Euro und der Europäischen Union. Zwei Drittel der Exporte aus Deutschland gehen in die Europäische Union.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dies sei festgestellt, unabhängig von allen anderen politischen Themen, die mit der Europäischen Union zu tun haben, wie Frieden und Sicherheit, nur auf dieses Thema fokussiert.

Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika sind gut geratet, obwohl sie eine extrem hohe Verschuldung haben. Das liegt daran, dass die wirtschaftliche Stärke beider Staaten von den Ratingagenturen sehr hoch eingeschätzt wird. Aber beide stehen auf sehr unterschiedlichen Füßen.

Die USA hat 70 % Binnenmarkt; es ist ja auch ein riesiges Land. Deutschland hat 70 % Export; uns fehlt der Binnenmarkt. Wenn der Export abbricht, weil die Europäische Union kein Abnehmer mehr ist, und der Binnenmarkt, der in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern von der Kaufkraft her dramatisch gesunken ist, fehlt, dann haben wir ganz schnell ein Problem und werden von den Ratingagenturen nicht mehr so eingeschätzt, dass wir uns für eineinhalb oder ein Prozent finanzieren können.

Dazu kommt - auch das müssen wir uns immer wieder einmal klar machen -, dass die Reallöhne in der Bundesrepublik seit 1996 gesunken sind. Das ist Statistik. Das sage ich hier nicht nur so als Sozialdemokratin, sondern das ist pure Statistik.

Diese Entwicklung - auch das müssen wir hier offen aussprechen - muss ein Ende haben. Denn wenn die größte Volkswirtschaft des Kontinents auch der größte Billigproduzent des Kontinents ist, dann gehen natürlich irgendwann alle anderen krachen. Das ist für uns auch schlecht.

Deshalb brauchen wir den Rettungsschirm, und mehr noch: Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung. Das wird sehr schwer sein. Wir brauchen eine neue nationale und regionale Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. Und wir brauchen - ich sage es noch einmal - gerade in Deutschland einen Mindestlohn als Lohnuntergrenze.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir brauchen auch eine höhere Tarifbindung sowohl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch von Unternehmen. Damit bin ich sofort wieder in Sachsen-Anhalt. In Sachsen-Anhalt ist nur ein Drittel der Unternehmerinnen und Unternehmer tarifgebunden. Das ist nicht gut.

(Herr Schröder, CDU: Das stimmt!)

Herr Haseloff, Sie haben vor einem Jahr als damaliger Wirtschaftsminister mit den Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Tarifpartnerschaft im Land Sachsen-Anhalt unterzeichnet. Darin steht, dass die Anwendung der Flächentarifverträge ein Gütezeichen für eine zukunftsorientierte Personalpolitik in den Unternehmen ist. Sie haben damals gesagt: Wir werben für eine stärkere Tarifbindung als ein wirksames Instrument der Fachkräftesicherung und bekennen uns zum Grundsatz der Tarifautonomie.

Dem stimmen wir ausdrücklich zu. Wir würden uns freuen, wenn wir jetzt gemeinsam den nächsten Schritt gehen und das auch mit Leben erfüllen könnten. Denn ich halte dies in der Tat für existenziell. Dafür ist jetzt dringend der Zeitpunkt gekommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich noch das Thema Wirtschaftspolitik ansprechen. Dieses Thema ist mir heute in den Debatten in der Tat ein wenig zu kurz gekommen.

Wir waren vorgestern Abend beim Verband der Chemischen Industrie. Dieser hat eingefordert, es müsste für Deutschland wieder eine Industriepolitik geben. Das ist richtig so, und zwar nicht nur für die chemische Industrie, sondern für alle Branchen. In Sachsen-Anhalt ist eine ganze Menge strukturbestimmender Branchen wieder ansässig gewor-

den. Ja, wir brauchen in Deutschland und ganz konkret in Sachsen-Anhalt auch eine industriepolitische Strategie.

Dabei geht es uns nicht, wie uns vielleicht manche vorwerfen würden, um die Abschottung von Märkten. Es geht uns dabei vielmehr um einen fairen Wettbewerb, bei dem wir unsere Unternehmen unterstützen. Denn wir sind wieder so etwas wie ein Industrieland, in dem aber noch viele Potenziale zu entwickeln sind. Es geht dabei um Rahmenbedingungen, die die Politik mitgestalten muss. Dabei geht es um Energie, Rohstoffe, Infrastruktur und Fachkräfte.

Ich habe neulich abends auch gesagt: Ich hätte es mir nicht träumen lassen, dass die Sozialdemokraten, auch auf der Bundesebene, einmal die letzte große Partei sein werden, die für niedrigere und vertretbare Strompreise wirbt und beim Atomausstieg von der CDU und der FDP rechts und links überholt wird. Das hätte ich mir vor einem Dreivierteljahr wirklich nicht träumen lassen.

Fakt ist: Wir müssen bei dem Thema Energie in der Tat am Ball bleiben, damit Deutschland nicht abgehängt wird. Und auch das Thema Wasser spielt eine Rolle. Selbstverständlich ginge die Industrie in Sachsen-Anhalt nicht pleite, wenn wir einen Wassercent erheben würden. Ich glaube, darum geht es denjenigen, die sich inzwischen dazu artikulieren, auch gar nicht.

Ich habe von einem meiner Vorgänger im Ministeramt, von Dr. Klaus Schucht, dem wir - das darf man, glaube ich, ab und zu einmal sagen - einen Großteil der Privatisierungserfolge in Sachsen-Anhalt und damit die Basis für eine mögliche industrielle Entwicklung zu verdanken haben, viel gelernt. Ich habe von ihm gelernt, dass Wirtschaftspolitik auch sehr viel mit Psychologie zu tun hat.

Deshalb müssen wir als Land Sachsen-Anhalt, als vertretende Fraktionen und auch als Landesregierung gut abwägen und uns gut überlegen, ob und auf welche Weise wir den Wohlfühlfaktor der Industrie verschlechtern sollten.

(Zustimmung bei der SPD - Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Lassen Sie mich noch vier Dinge zusammenfassen. Erstens. Eines der wichtigsten Ziele nicht nur der Bundesrepublik, des Staates, sondern auch des Landes Sachsen-Anhalt ist es, Wohlstand und Beschäftigung der Bürger zu sichern und zu fördern. Die Grundvoraussetzung dafür ist eine gesunde und dynamische Wirtschaft. Dazu gehört eben nicht zuletzt eine wettbewerbsfähige industrielle Basis.

Das verarbeitende Gewerbe wird nach meiner festen Überzeugung auch in Zukunft eine zentrale Bedeutung für eine positive gesamtgesellschaftliche Entwicklung haben.

Zweitens. Aufgrund der zentralen Bedeutung der industriellen Produktion für unsere Wirtschaft ist die Politik und damit wir alle aufgerufen, ein günstiges Umfeld und eine gedeihliche Entwicklung für die heimischen Standorte zu schaffen. Damit haben wir in Sachsen-Anhalt noch eine große Aufgabe vor uns.

Drittens. Um gute Standortbedingungen zu schaffen, muss die Industriepolitik als Querschnittsaufgabe in die verschiedenen Politikbereiche hineinwirken.

Viertens. Politik für Sachsen-Anhalt muss darüber hinaus - das ist mein Schlusssatz - insgesamt eine Querschnittsaufgabe sein. Wie wir dies mit Zahlen, mit Geld untersetzen, darüber werden wir in den nächsten Wochen zu diskutieren haben. - Ich wünsche uns allen viel Spaß dabei und gute Erfolge.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Budde. - Damit ist die Debatte zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs abgeschlossen. Wir treten nunmehr in das Abstimmungsverfahren ein.

Wir stimmen zunächst über den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes für die Jahre 2012/2013 in der Drs. 6/444 ab. Ich schlage vor, diesen Gesetzentwurf an alle ständigen Ausschüsse mit Ausnahme des Petitionsausschusses zu überweisen. Federführend soll der Finanzausschuss beraten. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist der Gesetzentwurf an die Ausschüsse überwiesen worden.

Wir stimmen nun über Überweisung des Entwurfes des Haushaltsgesetzes 2012/2013 in Drs. 6/445 ab. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an alle ständigen Ausschüsse mit Ausnahme des Petitionsausschusses zu überweisen. Federführend soll der Finanzausschuss beraten. Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist das so beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt 1 ist erledigt.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Erste Beratung

Anerkennung der Taubblindheit als Behinderung eigener Art

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/438**

Änderungsantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/469**

Einbringerin des Antrages ist die Abgeordnete Frau Zoschke.

Frau Zoschke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Ihnen vorliegenden Antrag wollen wir für die amtliche Anerkennung einer Behinderung werben, die für Betroffene und ihre Umwelt eine besondere Herausforderung bedeutet. Diese Anerkennung soll im Rahmen der Gewährung eines speziellen Merkzeichens auf dem Schwerbehindertenausweis erfolgen und bedarf einer Verankerung im SGB IX. Deshalb wollen wir eine Bundesratsinitiative unterstützen.

Eine große Anzahl von Behinderungen wird von der Mehrheit der Menschen nicht wahrgenommen. Nur wenn ein Mensch auf die Hilfe anderer angewiesen ist, wird der Zustand unübersehbar.

Taubblindheit ist nicht einfach die Summe aus Blindheit und Gehörlosigkeit. Sie ist eine spezifische Behinderung, die mit besonderen Benachteiligungen einhergeht und besondere Aufwendungen und Hilfen zur Teilhabe an der Gesellschaft erfordert. Dies wird auch in einer Erklärung des Europäischen Parlaments vom 12. April 2004 zu den Rechten von Hör- und Sehbehinderten - Taubblinden - festgehalten.

Als „taubblind“ werden Menschen bezeichnet, die eine doppelte Sinnesschädigung haben. Dabei sind die Einschränkungen des Hör- und Sehvermögens so stark, dass das Fehlen des einen Sinnes nicht durch andere kompensiert, sondern nur mit Hilfe Dritter ausgeglichen werden kann.

Treffender als mit dem folgenden Satz, kann es nicht beschrieben werden: Ein gehörloser Mensch sieht ein vorbeifahrendes Auto, ein blinder Mensch hört es, ein taubblinder Mensch nimmt es nicht wahr.

Die wohl bekannteste Taubblinde ist Helen Keller. Sie hat es in einem unwahrscheinlichen Lebenskampf geschafft, die Schwelle zur akzeptierten Mitbürgerin zu überschreiten.

Vieles an ihr und ihrem Lebensweg ist faszinierend. Im Alter von 18 Monaten verliert sie ihr Hör- und Sehvermögen, jahrelang lebt sie ohne wirklichen Kontakt zur Außenwelt. Siebenjährig erlernt sie mit Hilfe einer Lehrerin und Freundin das Fingeralphabet. Sie lernt zu sprechen, studiert und versteht mit 20 Jahren mehrere Sprachen. Sie schreibt Bücher, hält Vorträge, bereist die Welt und setzt sich überall für die Emanzipation Unterdrückter ein. Damit wurde sie zum Vorbild für Behinderte in aller Welt.

Sie wollte den selbsternannten Nichtbehinderten ihre Welt und die ihrer Mitmenschen, die im Land des Dunkels leben, verständlicher machen. In einem ihrer Werke beschrieb sie ihre Einschränkung so - ich zitiere -:

„Ob blind oder sehend, wir unterscheiden uns voneinander nicht durch unsere Sinne, sondern durch den Gebrauch, den wir von ihnen machen, durch die Einbildungskraft und den Mut, womit wir Weisheit jenseits unserer Sinne suchen.“

Helen Keller war in ihrer Zeit - und wäre es vielleicht auch heute noch - eine Ausnahmerecheinung, aber gleichzeitig ein Beispiel dafür, was möglich ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch heute noch ist Taubblindheit nicht als eigenständige Behinderung im Verwaltungsverfahren anerkannt. Nach wie vor fehlen deshalb bedarfsgerechte Leistungsverzeichnisse und kommen die betroffenen Menschen nicht problemlos an mögliche Hilfen. Festzustellen bleibt: Taubblindheit ist nicht einfach die Summe aus Blindheit und Gehörlosigkeit.

Gehörlose, blinde, geistig oder körperlich behinderte Menschen sind bereits in den Hilfesystemen oder per Merkzeichen durch den Staat erfasst. Die Zahl taubblinder Menschen kann in keinem Bundesland auch nur annähernd benannt werden. Man weiß nicht genau, wie viele es sind und wo oder wie sie leben. Man weiß nur, dass es wenige sind.

Die Folge dieses Nichtwissens ist, dass viele betroffene Menschen ohne Beratung, ohne Hilfsmittel und ohne Schulungsmöglichkeiten im Umgang mit der eigenen Behinderung leben oder als Angehörige damit umgehen müssen. Ohne Hilfen - das haben wir hier bereits mehrfach erörtert - sind ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe aber nicht möglich.

Der Minister für Arbeit und Soziales Norbert Bischoff hat in seinem Redebeitrag beim sechsten behindertenpolitischen Forum zum Thema „Inklusion“ vor wenigen Tagen von der Akzeptanz der Vielfalt der Menschen gesprochen, die uns allen neue Chancen des Miteinanders eröffnet, wenn wir miteinander kommunizieren. Aber was ist, wenn Kommunikation ohne Hilfsmittel unmöglich ist?

Bislang werden taubblinden Menschen zwei Merkzeichen zugewiesen: „Gl“ für „gehörlos“ und „Bl“ für „blind“. Ob das tatsächlich geschieht, ist allerdings vom Grad der jeweiligen Schädigung abhängig. Es kann zum Beispiel sein, dass eine Hörschädigung gegeben ist, die für das Merkzeichen „Gl“ nicht ausreicht, ohne dass die Blindheit oder Sehschädigung durch das Resthörvermögen ausgeglichen werden kann. Die Behinderung beider Hauptsinne führt zu einem erheblichen spezifischen Bedarf an Hilfen und ist eben nicht in der Summe aus „Gl“ und „Bl“ zusammenzufassen.

Wie alle anderen behinderten Menschen benötigen Taubblinde spezifische Leistungen, keine pauschale Anerkennung von der Stange, sondern Maßanzüge für ihre Behinderung.

(Zustimmung von Frau Tiedge, DIE LINKE)

Das Fehlen des spezifischen Merkmals und daran gebundener klarer Ansprüche erschwert die ohnehin hindernisreiche Lebenssituation taubblinder Menschen.

Ein paar Beispiele zur Illustration des Problems:

Als gehörloser Mensch erhält der Taubblinde anstandslos eine Lichtklingel. Die hilft ihm aber nicht; er benötigt eine Vibrationsklingel. Ist doch einleuchtend, aber nicht Realität.

Ein taubblinder Mensch benötigt ein Lesesystem mit Braillezeile. Da ein blinder Mensch unterwegs problemlos über die Lautsprache kommunizieren kann und ein gehörloser Mensch keine optischen Hilfsmittel benötigt, ist es schwierig, eine solche Braillezeile zu bekommen. Einfacher ist es, ein Lesesystem mit Sprachausgabe zu erhalten, was dem Taubblinden wiederum wenig nützt.

Hinzu kommt, dass ein taubblinder Mensch sowohl zuhause als auch unterwegs Kommunikationshilfe benötigt, um mit vollsinnigen Menschen in Kontakt treten zu können. Neben dem stationären Lesegerät benötigt der taubblinde Mensch also auch noch ein mobiles Lesegerät oder je nach Grad der Sehbehinderung eine mobile Braillezeile.

Die Gruppe taubblinder Menschen ist klein, zugegebenermaßen sehr klein, aber dies sollte uns nicht davon abhalten, Erleichterungen für ihre konkrete Lebensqualität politisch zu organisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet - ich zitiere -, „wirksame und geeignete Maßnahmen zu treffen, ... um Menschen mit Behinderungen in die Lage zu versetzen, ein Höchstmaß an Unabhängigkeit, umfassende körperliche, geistige, soziale und berufliche Fähigkeiten sowie die volle Einbeziehung in alle Aspekte des Lebens und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu erreichen und zu bewahren“.

Neben dem Fehlen bzw. der schweren Zugänglichkeit zu konkreten Hilfsmitteln gibt es keinen klaren Anspruch taubblinder Menschen auf Assistenz. Ohne Assistenz ist aber weder Teilhabe an der Gesellschaft noch ein relativ selbstbestimmtes Leben möglich: Einkaufen, Arzt- oder Behördenbesuche, Teilnahme an gesellschaftlichen Ereignissen oder das einfache Überqueren einer Straße lassen sich ohne Assistenz nicht bewerkstelligen. An die Einführung eines eigenständigen Merkmals für Taubblinde muss deshalb auch der Anspruch auf Assistenz gekoppelt sein.

Die meisten Anträge von taubblinden Menschen auf bestimmte Hilfsmittel werden zunächst aus Unkenntnis der spezifischen Situation taubblinder Menschen abgelehnt. Viele geben dann bereits auf. Antragstellung und das Durchfechten der spezifischen Ansprüche sind ohne Beratung kaum zu

schaffen. Beratungsstellen gibt es sehr wenige. Die Anreise zu den wenigen kommt erschwerend hinzu.

Für ein eigenes, spezifisches Merkmal spricht überdies die Möglichkeit, die Anzahl taubblinder Menschen darüber zu erfassen und bereits zu einem frühen Zeitpunkt Beratung und Hilfe zu ermöglichen und zu organisieren, die genau dort ansetzt, wo sie gebraucht wird.

Wir wollen, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, dass Taubblindheit als Behinderung eigener Art anerkannt wird und, damit verbunden, das besondere Merkmal „TBI“ in den Schwerbehindertenausweis aufgenommen werden kann.

Eine Behinderung, die nicht formal anerkannt ist, existiert für amtliche Entscheidungen meist nicht. Damit wird das strukturelle Problem für Taubblinde deutlich. Wenn wir hieran nichts ändern, dann wird die Diskriminierung weiter erhalten bleiben und zu neuen Fehlentscheidungen führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bitte unterstützen Sie die bundesweite Initiative der Betroffenen und stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir beantragen Direktabstimmung, weil wir meinen, dass im Rahmen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Worte genug gewechselt sind und nun Taten folgen müssen. Die Bundesratsinitiative zur Einführung des Merkmals wäre eine solche Tat. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Erdmenger, GRÜNE, und von Herrn Striegel, GRÜNE)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr für die Einbringung. - Wir haben die Freude, Schülerinnen und Schüler der - - O je. Jetzt haben Sie mich ins Stottern gebracht.

Wir haben die Freude, Schülerinnen und Schüler der Borlach-Sekundarschule Bad Dürrenberg begrüßen zu dürfen. Deshalb bekommen Sie jetzt einen besonderen Beifall.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Landesregierung spricht Minister Bischoff.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Zoschke! Das Problem - darüber haben wir gestern ganz kurz geredet - leuchtet mir ein, ist von mir aber nicht ganz einfach zu lösen. Von daher will ich dazu ein paar Bemerkungen machen. Ich halte es für richtig, dass wir uns damit im Ausschuss beschäftigen. Ich glaube, dass ein oder zwei Monate für die Dinge unschädlich sind, über die vielleicht schon seit Jahren diskutiert wird.

Die Taubblindheit als eine eigene Art der Behinderung kenne ich, aber die Frage, dafür eine eigene Kennzeichnung einzuführen, war mir so nicht geläufig.

Sie haben Recht, dass man die Ansprüche von Blinden und Gehörlose nicht einfach addieren kann. Sie haben an Ihrem Beispiel deutlich gemacht, dass die Kommunikationsmöglichkeiten gerade bei dieser Art der Behinderung sehr eingeschränkt sind. Schon Gehörlose haben große Probleme mit der Kommunikation, und wenn dann noch Blindheit hinzukommt, dann ist man fast gänzlich ausgeschlossen. Das kann man nicht einfach summieren, sondern muss man in Gänze betrachten.

Die Mitarbeiter, die Fachleute meines Hauses haben mir aber versichert, dass das schon gemacht werde. Taubblinde hätten einen Anspruch auf spezielle Hilfen. Es gibt zum Beispiel ein in die Hand geschriebenes Alphabet, die Lormen, das Fingeralphabet, geführte Gebärden, Blindenschrift oder barrierefreie Kommunikationen. - Das Letzte kennen wir schon, aber manches wusste ich auch noch nicht.

Sie haben aufgrund ihrer schwierigen Lebenssituation auch einen Rechtsanspruch auf ein persönliches Budget und auf eine persönliche Arbeitsassistenz. Das haben Sie jetzt infrage gestellt. Ich möchte schon wissen, ob das tatsächlich nicht gemacht wird, wie Sie sagen, oder ob das doch schon umgesetzt wird.

An den Sonderschulen in Sachsen-Anhalt ist der Bildungsgang für Taubblinde mit der besonders niedrigen Mindestschülerzahl von vier Schülern abgesichert.

Die Frage ist, ob zum Beispiel spezielle Dolmetscherleistungen, die Hilfeversorgung und die Finanzierung ambulanter und stationärer Betreuungs- und Beratungsleistungen nicht doch umgesetzt werden.

Ich hätte im Ausschuss gern noch einmal darüber beraten, bevor wir auf Bundesebene eine Initiative starten, wobei ich, was eine neue Kennzeichnung angeht, auf Arbeitsebene erfahren habe, dass das in den Ländern eher kritisch gesehen wird. Es geht nicht darum, die Hilfeleistung für Taubblinde infrage zu stellen.

Es wird auch gesagt, dass das Europäische Parlament, die Organe der EU aufgefordert haben, die Rechte der Hör- und Sehbehinderten besser zu bewerkstelligen, also ihnen mehr Geltung zu verschaffen. In diesem Zusammenhang wurde allerdings nicht gefordert, dass ein neues Merkzeichen eingeführt werden soll.

Man muss sich einmal damit beschäftigen, ob das tatsächlich ein Vorteil ist; denn Menschen mit Behinderung - übrigens auch Menschen im Alter - haben manchmal eine Vielzahl von Behinderungen

und im Laufe des Lebens kommt noch eine Behinderung hinzu. Von daher muss man sich überlegen, ob man sozusagen eine Reihung von neuen Merkzeichen bringt.

Ich will mich dem Ganzen absolut nicht verschließen, auch nicht den Dingen, die dahinter stehen; denn ich weiß, dass das Menschen sind, die besonders benachteiligt sind.

Erst wenn man mit diesen Menschen zu tun hat, weiß man: Man kann jahrelang mit Menschen, die taub sind, reden und merkt trotzdem, dass sie viele Dinge einfach nicht verstehen, wahrscheinlich ein Leben lang nicht verstehen können, weil besonders diejenigen, die von Geburt an taub sind, die Zusammenhänge gar nicht verstehen. Deshalb ist es manchmal so schwierig, sich mit ihnen zu verständigen.

Gut finde ich zum Beispiel - das hat mir Staatsminister Robra gerade gesagt -, dass im Rahmen des Rundfunkstaatsvertrags, der geschlossen worden ist, relativ geräuschlos und einfach geregelt worden ist, dass das Taub- und Blindsein eine besonders schwierige Form der Behinderung ist und dass die entsprechenden Menschen von den Gebühren ausgenommen sind. Das ist pragmatisch geregelt worden, ohne dass dabei über ein neues Merkzeichen diskutiert worden ist.

Lassen Sie uns im Ausschuss darüber reden - dann können die Fachleute Stellung dazu nehmen - und danach entscheiden, ob es sinnvoll oder vielleicht sogar erfolgversprechend ist, eine solche Initiative zu starten. Das Anliegen selbst sollten wir schon im Auge behalten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Gorr.

Frau Gorr (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In dem Redebeitrag von Herrn Minister Bischoff ist bereits das Wesentliche zu diesem Antrag gesagt worden. Ich bin inzwischen schon darauf eingestellt, Herr Minister; denn ich habe schon eine ganze Reihe von Reden nach Ihnen halten dürfen und weiß, dass Sie die inhaltlichen Komponenten umfänglich darstellen.

Zu dem Antrag selbst ist anzumerken, dass es sich - ohne dass damit eine Wertung verbunden sein soll; denn die Beeinträchtigung „taubblind“ ist in der Tat eine sehr spezifische und sehr schwere Behinderung - um eine relativ kleine Gruppe betroffener Menschen handelt. In Sachsen-Anhalt haben wohl ungefähr 34 Menschen diese entsprechend anerkannte Schwerbehinderung, habe ich mir sagen lassen.

In Halberstadt befindet sich unser spezialisiertes Wohnheim, welches Menschen aus drei Bundesländern aufnimmt und dort versorgt. Zusätzlich verfügt der Standort über ein spezielles Angebot „Werkstatt für Menschen mit Behinderungen“ mit den zugehörigen Wohngruppen.

Würde man dem ursprünglichen Antrag folgen, dann könnten unter Umständen weitere Gruppen und Untergruppen eigene Merkzeichen beantragen. Die Initiatoren dieses Antrags gehen davon aus, dass es in dem vorliegenden Fall der taubblinden Menschen in Deutschland mindestens 10 000 Betroffene gibt. Wenn ich nun gleichermaßen Seh- und Gehöreinschränkungen dazuzähle, dann mag das stimmen.

Aber ich würde diese Menschen nicht immer gleich zum Personenkreis der Taubblinden zählen. Um keine Ausweitung des Behindertenbegriffs zu erhalten, müsste man daher sehr genau schauen. Wenn wir Inklusion wollen, dann sollten wir der Exklusion keinen Vorschub leisten.

Die mir bekannten Problemlagen dieses Personenkreises würden nicht durch ein zusätzliches Merkzeichen geändert, sondern liegen nach meiner Einschätzung eher darin begründet, wie die Gesellschaft mit ihnen umgeht, das heißt, wie sie sich den betroffenen Menschen zuwendet. Minister Bischoff hat schon einige Beispiele genannt, wie schwierig die Kommunikation ist. Dies bezieht auch ausdrücklich Konzepte der Eingliederungshilfe mit ein. Werden Betroffene nämlich fehlplatziert betreut, dann werden sie innerhalb ohnehin ausgrenzender Strukturen noch zusätzlich isoliert.

In Sachsen-Anhalt bieten wir schwerer Betroffenen speziell auf sie zugeschnittene Hilfen - wie schon genannt, in Halberstadt - mit hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vermutlich fehlen diese Angebote in anderen Ländern, sodass die Sache dort zu einem Problem wird.

Zusätzlich könnte man im Rahmen einer ambulanten Leistungserbringung über die Frage der Assistenten nachdenken. Aber auch dort wäre es hilfreich zu wissen, wer solche Hilfen in welchem Umfang benötigt, um danach konkret handeln zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Vor diesem Hintergrund würde ich mir wünschen, dass die Landesregierung zunächst das Problem und seinen tatsächlichen Umfang mit den Auswirkungen für unser Land Sachsen-Anhalt darstellt, bevor sich das Parlament bzw. ein Ausschuss - bis hin zur Bundesebene - weitergehend damit befasst.

Aus meiner Sicht empfiehlt es sich, da es sich gerade um eine bundesweite Problematik handelt, im Vorfeld unbedingt den Landesbehindertenbeauftragten in diese Debatte einzubeziehen und ihn zu bitten, sich der Frage anzunehmen und dem Landtag nach Meinungsfindung mit seinen Länderkolle-

ginnen und -kollegen über deren Erkenntnisse und Vorschläge zu berichten. Dann läge hoffentlich ein umfassenderes Bild vor, das es uns ermöglicht, die in Rede stehende Problematik angemessen weiterzuverfolgen.

Der Antrag könnte aus meiner Sicht jedoch zum Anlass genommen werden zu prüfen, ob es nicht einen grundlegenden Bedarf zur Überarbeitung des Schwerbehindertenausweises gibt. Damit sollten wir uns beschäftigen. Von daher heißt es in dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, der Landtag wolle - - Oh, Ende der Redezeit. Ich brauche das nicht vorzulesen; denn das alles liegt Ihnen vor.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Sie haben noch eine Redezeit von 50 Sekunden.

Frau Gorr (CDU):

Gut. - Ich bitte um Zustimmung zu dem Änderungsantrag der Regierungsfractionen.

Abschließend muss ich noch loswerden, dass mich damals die Geschichte von Helen Keller außerordentlich berührt hat. Jeder im Parlament sollte sich einmal mit ihrer Biografie beschäftigen, um ein anderes Gefühl für die Problematik von Behinderungen zu bekommen, als man es als normaler Mensch hat. - Ich hoffe, Sie verzeihen mir diesen Schlusssatz. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Frau Lüddemann.

Frau Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag zeigt uns ziemlich deutlich, wie ich finde: Wenn man die Behindertenrechtskonvention ernst nimmt, wird man zahlreiche Gesetze umstricken bzw. neu stricken müssen.

Der vorliegende Fall ist ein sehr spezifischer Fall; das sehe auch ich so wie die Vorrednerinnen. Wir haben es hierbei mit einer sehr spezifischen Art der Behinderung zu tun. Die große Tragik dieser Menschen liegt darin, dass sich wohl niemand auch nur annähernd vorstellen kann, wie diese Menschen leben. Ich behaupte, dass sich auch in diesem Saal niemand vorstellen kann, wie es ist, ohne jeglichen Fernsinn zu leben, wenn es nicht möglich ist, das Fehlen des einen Sinnes durch den anderen Sinn auszugleichen. Ich denke, das Beispiel, dargestellt durch die Kollegin Zoschke, war da sehr deutlich.

Deswegen ist es nicht möglich, die Leistungen für Blinde „einfach“ mit den Leistungen für Taube zu-

sammenzuwerfen, zu summieren und zu denken, man habe dann eine adäquate Hilfe geleistet.

Die taubblinden Menschen leben völlig ohne optische und akustische Wahrnehmung. Dies ist in diesen Fällen auch nicht durch technische Hilfsmittel ausgleichbar. Nichtsdestotrotz haben sie nicht zuletzt durch die Anerkennung der Behindertenrechtskonvention ein Recht auf Teilhabe am Leben in allen Bereichen. Dies sollte zunächst durch einen Bedarf an Assistenz ausgeglichen werden - zugegeben ein sehr hoher und spezifischer Bedarf an Assistenz, die eine Zusatzausbildung benötigt. Denn diese Menschen - ich habe versucht, es zu verdeutlichen - sind grundlegend kommunikationseingeschränkt.

Deswegen sind die Anerkennung als eigenständige Art der Behinderung und ein Eintrag in den Schwerbehindertenausweis aus unserer Sicht ein erster Schritt in Richtung adäquate Hilfe.

Neben dieser speziellen Assistenz sind Dolmetscherleistungen, beispielsweise durch qualifizierte Taubblindendolmetscher, nötig. Hilfsmittel - ich glaube, auch hierbei können wir uns noch nicht genau vorstellen, was es alles gibt - wie Blindenschriftdrucker und Vibrationswecker sind nur die Spitze des Eisberges.

Wir müssen diesen Menschen auch Zugang zu Medien verschaffen, beispielsweise zu Blindenschriftbibliotheken. Dort müssen wir Braillelesegeräte für Screenreader vorhalten. Wir müssen sie im Rahmen der Bildung, der Rehabilitation und der Förderung unterstützen.

Das alles sind zugegebenermaßen sehr hohe Ansprüche. Auch die Betroffenenverbände wissen, dass der Weg, um das alles zu erreichen, sehr lang ist.

Auch müssen wir mit den Ärzten reden. Wir brauchen in diesem Bereich mehr Fortbildung, um sowohl die Früherkennung leisten als auch den Menschen auf ihrem weiteren Lebensweg adäquat helfen zu können.

Ich denke, das, was in diesem Antrag wirklich in Rede steht, nämlich die Anerkennung der Taubblindheit als eigenständige Behinderungsart und das Merkzeichen „TBl“ im Schwerbehindertenausweis einzuführen, dürfte an dieser Stelle unstrittig sein, weil dies nicht zwangsläufig ein automatisiertes Hilfeverfahren nach sich zieht. Jedenfalls hat die Linke keines beschrieben.

Wenn wir Inklusion tatsächlich wirkungsvoll gestalten und uns ernsthaft auf diesen Weg machen wollen, müssen wir vorher wissen, auf welche besonderen Spezifika wir uns einzustellen haben.

Es ist grundlegend nötig, dass wir in der Gesellschaft insgesamt ein neues Selbstverständnis entwickeln, nämlich dass in der Tat alle Menschen,

so schwerwiegend die Behinderungen auch sein mögen, die gleichen Rechte in dieser Gesellschaft haben. Im Zweifel kann das in der Praxis bedeuten, dass man zum Beispiel auf einem Empfang auf das zweite oder dritte Glas Wein verzichtet, um das Geld für einen Gebärdendolmetscher oder Brillekommunikationsgeräte zu haben.

In diesem Sinne sehen wir diesen Antrag als einen ersten Schritt auf dem Weg zu Inklusion und werden ihm zustimmen.

Ich möchte Ihnen abschließend noch etwas sagen, Herr Minister: Ich finde es schön, dass Sie im Ausschuss dazu berichten und Hilfe erreichen wollen. Aber dann verstehe ich den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen nicht. Sie haben gesagt, Sie würden sich gerne auf diesen Weg machen. Dann hätte man aber nicht diesen Änderungsantrag einbringen müssen, sondern man müsste zumindest den Antrag der LINKEN in den Ausschuss überweisen. Dem würden wir uns nicht widersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Herr Borgwardt, CDU: Sie wollten doch direkt abstimmen lassen! Oder habe ich das falsch verstanden?)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Späthe.

Frau Dr. Späthe (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Antrag der LINKEN beinhaltet die Forderung nach einer Bundesratsinitiative für den Personenkreis der Taubblinden. Wir sollen uns dafür einsetzen, dass die Taubblinden als Behinderte eigener Art anzuerkennen sind und in logischer Konsequenz ein eigenes Merkzeichen in den Schwerbehindertenausweis einzutragen ist. Warum wird diese Forderung der Betroffenenverbände sowie des Blinden- und Sehbehindertenverbands, die dem Antrag der LINKEN zugrunde liegt, erhoben?

Taubblind wird vom gemeinsamen Fachausschuss „Taubblind“ beim Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband durch drei Aspekte definiert, die schon erwähnt worden sind und die ich nicht noch einmal erläutern möchte. Der gravierendste Punkt dieser Definition ist der dritte Punkt, der gerade in den Amtsstuben, den Bewilligungsbehörden der unterschiedlichsten Art und in der alltäglichen Praxis noch nicht ausreichend angekommen ist.

Dieser Punkt beinhaltet den Aspekt, dass - ich zitiere - „ein natürlicher wechselseitiger, für eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft verwertbarer Ausgleich durch Sinnesreste nicht stattfindet und auch nicht entwickelt werden kann“. Das heißt, dass Menschen, die einen ihrer Sinne einbüßen - hier: Sehen oder Hören -, durch die Schärfung

des verbleibenden Sinnes für die Teilhabe am Leben im weitesten Sinne einen gewissen Ausgleich erreichen können, aber eben nicht, wenn sie blind und taub sind.

Im Klartext: Was nützt einem Menschen, der nicht sehen kann, die Bewilligung eines elektronischen Hilfsmittels, das die Schrift in die Lautsprache übersetzt, also es ihm quasi vorliest, wenn er auch nicht hören kann?

Oder anders: Ein hochgradig Schwerhöriger, dem ein Faxgerät als Kommunikationsmittel bewilligt wird, muss das als Zynismus empfinden, wenn er blind ist.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das sind keine Überspitzungen, meine Damen und Herren. Das sind Fälle aus der Praxis, die deutlich machen können, dass die Behindertenmerkmale „taub“ oder „blind“ bzw. „hochgradig seh- oder hörbehindert“ als separat erteilte Merkzeichen die Hilfebedarfe von taubblinden Menschen eben nicht adäquat widerspiegeln, aber dennoch noch immer die Grundlage für Bewilligungsentscheidungen bilden.

Die Forderung nach einem Merkzeichen im deutschen Schwerbehindertenrecht - geregelt in der Schwerbehindertenausweisverordnung von 1981 - wird in der Erklärung der EU aus dem Jahr 2004, die eine Förderung der taubblinden Menschen zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zum Inhalt hat, nicht erhoben. Diese Forderung wird, wie erwähnt, von den Verbänden erhoben, die die bisherige Umsetzung als unzureichend und nicht zielführend einschätzen, wie gerade dargestellt.

Folgende Problemfelder tun sich auf:

Erstens. Es sind verschiedene Sichtweisen und vor allen Dingen auch sehr verschiedene Einschätzungen der Lage zu verzeichnen. Dies wurde auch in den Ausführungen des Ministers deutlich.

Zweitens. Die in der Literatur zu findenden Zahlen von betroffenen Personen schwanken erheblich. So ist von 2 000 bis 6 000 die Rede. Aber auch bis zu 20 000 Betroffene werden erwähnt. Wie hoch ist hier die Dunkelziffer?

Drittens. Welche Konsequenzen soll nach Erwartung der Antragsteller die Eintragung des besonderen Merkzeichens „taubblind“ in den Behindertenausweis konkret haben? Bekanntermaßen sind die Merkzeichen mit Vergünstigungen und Rechten für die betroffenen Ausweisinhaber verbunden.

Viertens. Welche Gründe gibt es dafür, dass die Länder die Einführung eines besonderen Merkzeichens „taubblind“ bisher nicht befördert haben, und welche Position bezieht Sachsen-Anhalt dazu?

Dies sind nur einige der offenen Fragen. Deshalb halten wir es für geboten, uns im Ausschuss noch einmal umfassend mit dem Thema zu beschäftigen, bevor wir das Instrument einer Bundesratsinitiative ergreifen.

Eine letzte Anmerkung. Viele von Ihnen waren gestern Abend auf dem Empfang des Deutschen Bibliotheksverbandes. In einer sehr einprägsamen Präsentation wurden uns die Bibliotheken des Landes vorgestellt.

Sie erinnern sich vielleicht an das Bild, auf dem eine Studentin in einem hochmodernen Bibliotheks-saal mit Kopfhörern vor einem riesigen Bildschirm saß. Die Unterschrift zu diesem Bild lautete: „Recherchieren mit Augen und Ohren“. Denken Sie einmal darüber nach.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dr. Späthe. - Frau Zoschke hat noch einmal das Wort.

Frau Zoschke (DIE LINKE):

Sie eilt herbei. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich kann zum Teil verstehen, dass Sie dafür plädieren, sich noch viel eingehender damit beschäftigen, weil die Taubblindheit tatsächlich eine Welt ist, die sich niemand von uns vorstellen kann. Das ist auch gut so, sonst wären wir nämlich Betroffene.

Aber es geht hierbei nicht darum, festzustellen, wie viele Menschen im Land Sachsen-Anhalt taubblind sind. Frau Gorr, ich habe auch die Zahl 34 gehört. Ich weiß, dass es eine kleine und beschränkte Zahl ist. Es geht mir also nicht um die Größe der Gruppe der Betroffenen, sondern es geht mir darum, dass wir das Signal aussenden, dass Betroffenen tatsächlich Hilfe gewährt wird. Das wäre dieses Merkzeichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Dr. Späthe, mit dem Merkzeichen verbunden wäre ein ganz konkreter Leistungskatalog, der den Menschen tatsächlich bei der Teilhabe helfen kann. Auch das wäre eine Botschaft, die Sachsen-Anhalt aussenden könnte.

Ich wünsche mir, dass wir heute dieses Signal einfach aussenden und sagen: Wir sind auf der Seite dieser kleinen Gruppe. Es wird wahrscheinlich nicht so sein. Diese Botschaft habe ich vernommen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr. - Damit ist die Debatte beendet und wir treten in das Abstimmungsverfahren ein.

Frau Lüddemann, haben Sie den Antrag gestellt, dass beide Anträge in den Ausschuss überwiesen werden?

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Ich würde den Antrag stellen!)

Dann ist zunächst über den Überweisungsantrag, der natürlich beide Anträge betrifft, abzustimmen. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Mehrheit des Hauses. Wer stimmt dagegen? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit sind beide Anträge in den Ausschuss überwiesen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 13.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Beratung

Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/439**

Änderungsantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/468**

Einbringerin ist die Abgeordnete Frau Dirlich.

Frau Dirlich (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben am 3. Oktober 2011 den 21. Jahrestag der deutschen Einheit gefeiert. Noch immer gilt in Ost und West ein unterschiedliches Rentenrecht. Auch 21 Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit wird gleiche Lebensleistung in Ost und West nicht in gleicher Weise bei der Rente anerkannt. Der Bundesverband der Volkssolidarität nennt das einen Anachronismus.

Damals, in der Euphorie des Einheitsprozesses, war man von einer relativ schnellen Angleichung der Lebensverhältnisse ausgegangen und hatte deshalb eine Übergangsregelung eingeführt, die schnell überflüssig werden sollte. Diese Annahme hat sich als Trugschluss erwiesen.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse verläuft schleppend. Sie ist seit 1999 weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Einkommensunterschiede werden sogar wieder größer. Die Angleichung der Rentenwerte stagniert. Die Differenz liegt immer noch bei 11 %.

(Herr Borgwardt, CDU, und Herr Weigelt, CDU, unterhalten sich - Herr Gallert, DIE LINKE: Das hilft nichts! Er sieht nicht, dass du ihn anschaust!)

- Ich weiß es nicht. Aber ist das vielleicht die Sorte von Verhandlungen, die man nicht im Plenarsaal führen müsste? - Ich frage es nur.

Der aktuelle Rentenwert beträgt zurzeit 24,37 € im Osten und 27,47 € im Westen. Die sogenannte Eckrente - das ist die Rente, die man bekommt, wenn man 45 Jahre gearbeitet und den Durchschnittsverdienst erhalten hat - weist eine Differenz von immerhin 139 € auf. Das ist bei gleichen Preisen und Lebenshaltungskosten eine echte Einbuße an Lebensqualität. Das wird niemand bestreiten.

Auch dürfte kaum jemand bestreiten, dass die Überführung der ostdeutschen Renten in das bundesdeutsche Rentenrecht für eine große Mehrheit der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner ein bedeutender Schritt zur Verbesserung ihrer materiellen Lebenssituation war. Ebenso unbestritten haben wir es nach wie vor mit zwei Rechtsgebieten zu tun. Zweigeteiltes Rentenrecht ist eine Realität. Es wird als ungerecht empfunden. Das ist kein Phantomschmerz der LINKEN.

Zu welchen Anachronismen das führt, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass Menschen, die lange nach der Wende geboren wurden und die jetzt in das Erwerbsleben eintreten, auf ihrem Rentenbescheid noch immer die Tatsache unter die Nase gerieben bekommen, dass sie einmal Ossis waren.

Die Fortführung des jetzigen Angleichungsprozesses hätte zur Folge, dass die Angleichung der Rentenwerte Ost an West nicht vor dem Jahr 2030 und damit mehr als 40 Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit erreicht werden könnte. Viele Rentnerinnen würden die Vollendung der deutschen Einheit im Rentenrecht nicht mehr erleben. Die Bundespolitik hat das Problem inzwischen begriffen. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP steht auf Seite 84 der Satz:

„Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.“

Es war die Kanzlerin selbst, die auf dem neunten Seniorinnentag im Juni 2009 - das war übrigens drei Monate vor der jüngsten Bundestagswahl - den dort Anwesenden eine Lösung für die Angleichung der Ostrenten noch in der ersten Hälfte der Legislaturperiode versprochen hat. Sie hat von einem Zeitraum von zwei Jahren gesprochen.

Die sind jetzt um, und was haben wir erreicht? - Mit liegt kein Vorschlag der Bundesregierung vor. Aber vielleicht habe ich ja etwas übersehen. Der Regierungsdialog Rente ist es wohl nicht.

Und dass man die Ankündigung von Herrn Dr. Bergner, dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, ernst nehmen kann, dass ein Vorschlag Ende des Jahres kommen wird, darf wohl bezweifelt werden angesichts der Tatsache, dass immer wieder betont wird, wie schwierig diese Materie ist, wie schwierig das zu lösen ist.

Man beginnt jetzt, wo die Frist abgelaufen ist, einen Regierungsdialog Rente - immerhin jetzt schon. Das war der Anlass für uns, vom Landtag ein Votum einzufordern und die Landesregierung zum Handeln aufzufordern. Wir schlagen gleichzeitig einen Lösungsweg vor.

Aus unserer Sicht muss eine gerechte Lösung drei Kernforderungen erfüllen: Sie muss erstens für die Bestandsrentnerinnen echte Verbesserungen bringen mit der Perspektive der Anerkennung gleicher Lebensleistungen, und das natürlich ohne Verschlechterungen für die Rentnerinnen im Westen.

Sie muss zweitens der Tatsache Rechnung tragen, dass nach wie vor ein Ausgleich der Lohnunterschiede notwendig ist.

Sie muss drittens als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen und deshalb aus Steuern finanziert werden.

Dazu greifen wir heute einen Vorschlag auf, der von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften wie Verdi, GEW, Transnet, der Gewerkschaft der Polizei und von Sozialverbänden wie der Volksolidarität, dem Sozialverband Deutschland und dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentnerinnen und Hinterbliebenen entwickelt wurde und der in der Lage ist, diese Anforderungen zu erfüllen.

Wenn Ihnen aufgefallen sein sollte, dass unser Antrag denselben Text hat, wie der Antrag unserer Bundestagsfraktion, dann ist das kein Zufall und es soll auch nicht verschwiegen werden; das war selbstverständlich Absicht.

Wir wissen, dass es gegen diese Vorschläge diverse Einwände gibt, vor allem gegen die Beibehaltung der Höherwertung bis zur tatsächlichen Angleichung der Einkommensverhältnisse. Schauen wir uns die Fakten an.

Die Höherwertung war richtigerweise eingeführt worden, um die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West, die ja enorm waren, auszugleichen. Wir übersehen übrigens nicht, dass es in tariflich geregelten Bereichen eine positive Lohnangleichung gibt.

Die tarifliche Grundvergütung lag schon Ende 2009 im Durchschnitt bei 96 % des Westniveaus. Aber etwa die Hälfte der Arbeitnehmerinnen im Osten profitieren davon leider überhaupt nicht, weil sie in Unternehmen ohne Tarifvertrag tätig sind. 40 % der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnbereich. Der Anteil der Arbeitnehmer im Teilzeit- und Leiharbeitsbereich ist im Osten etwa doppelt so hoch wie im Westen. Die durchschnittlichen Gehälter liegen damit nach wie vor etwa ein Viertel, also 25 %, unter denen des Westens.

Außerdem müssen die Leute im Osten, wenn sie denn einen fast gleichen Lohn erhalten, auf im Westen übliche Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten. Das heißt, die Hin-

weise auf eine Tarifangleichung sagen überhaupt nichts aus über die tatsächliche Ungleichbehandlung.

Das einkommensstärkste Land im Osten - das ist Brandenburg - liegt bei einem Vergleich immer noch weit abgeschlagen hinter dem einkommensschwächsten Land im Westen - das ist Schleswig-Holstein.

Verlierer des Wegfalls der Höherwertung wären im Übrigen nicht die Alten, sondern die Jüngeren, die zukünftigen Rentnerinnen, die heute in Branchen arbeiten, deren Löhne bei Weitem noch nicht das Westniveau erreicht haben, die im Niedriglohntor arbeiten.

Sie haben außerdem auch kein Geld für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge übrig und sind allein auf die gesetzliche Rente angewiesen. Das bedeutet, dass dieses Problem auch vor dem Hintergrund drohender Altersarmut betrachtet werden muss.

Das ist übrigens die größte Fehlstelle in dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, dass er zu dieser Höherwertung eben keine Aussage trifft. Sie lassen das offen. Sie wissen sehr wohl, dass diese Höherwertung in sehr vielen Bereichen infrage steht. Und Sie wissen sehr wohl, dass das zu Renteneinbußen für viele Rentnerinnen und Rentner, vor allem für die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner führen wird.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Überhaupt nicht zielführend ist in diesem Zusammenhang der Hinweis auf die im Durchschnitt höheren Zahlbeträge im Osten. Auch wenn wir hier nicht im Westen sind, wo man das offensichtlich niemandem erklären kann, wo man das überhaupt nicht verstehen will, will ich es auch hier noch einmal deutlich sagen, damit wir nicht wieder mit dieser albern Diskussion anfangen.

Diese im Durchschnitt höheren Zahlbeträge im Osten beruhen in der Regel auf durchgehenden Erwerbsbiografien insbesondere bei Frauen, was sich im deutschen Rentenrecht mit seinem Äquivalenzprinzip positiv auf die Rentenhöhe auswirkt.

Vor allem aber verzerrt dieser einseitige Blick auf die gesetzliche Rente das tatsächliche Bild der Alterseinkünfte in Deutschland. Im Zuge der Einheit wurden nämlich alle Berufsgruppen der DDR - alle, also auch die Berufsgruppen mit vergleichsweise höheren Einkommen - in die gesetzliche Rente überführt.

In der Bundesrepublik ist das anders. Da sind besser verdienende Berufsgruppen häufig in anderen Versorgungssystemen. Ich denke an die Beamtenversorgung. Die Ärzteschaft hat eine eigene Versorgung usw. Sie gehen mit ihrem Alterseinkommen überhaupt nicht in die Statistik der gesetzlichen Rente ein.

Folgendes Beispiel macht das deutlich: Etwa die Hälfte der Männer, die mit einer monatlichen Rente von 300 € in die Rentenstatistik eingehen, bezieht gleichzeitig eine Beamtenpension. Über 30 % der Männer haben eine betriebliche Altersvorsorge. Im Westen kommen Einkünfte aus Vermögen, aus Vermietung und Verpachtung oder aus privaten Renten- und Lebensversicherungen dazu.

Sie wissen, dass die heutigen Rentnerinnen und Rentner im Osten nicht die Möglichkeit hatten, solche privaten Renten- und Lebensversicherungen aufzubauen, weil es das einfach nicht gab.

Das heißt, die Rentnerinnen und Rentner im Osten sind ausschließlich auf ihr Einkommen aus der gesetzlichen Rente angewiesen. Das kann also auch kein Argument dafür sein, die verbliebenen Ungerechtigkeiten im Rentenrecht beizubehalten.

Natürlich muss eine Lösung auf zwei Ebenen erfolgen. Wir brauchen auf der einen Seite verstärkte Anstrengungen für die Lohnangleichung in Ost und West. Ein Schritt dazu wäre - das muss immer wieder gesagt werden - der immer wieder eingeforderte gesetzliche Mindestlohn.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Auf der anderen Seite brauchen wir eine beschleunigte Angleichung des Rentenwertes in Ost und West, indem - wie von uns vorgeschlagen wird - zeitweise steuerfinanzierte Zuschläge gezahlt werden.

Je schneller im Übrigen die Lohnangleichung erfolgen würde, desto geringer würden die Kosten für einen befristeten steuerfinanzierten Zuschlag. Billig wird es natürlich nicht. Das ist jedem klar. Umso eher würde sich auch eine spezielle Höherbewertung der Einkommen in den neuen Ländern, zumindest für die Zukunft, erübrigen. Es würde also auch Druck im Hinblick auf eine schnellere Angleichung der Einkommensverhältnisse in Ost und West entstehen, wenn man eine solche Lösung anstreben würde.

Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dirlich, für die Einbringung. - Wir können jetzt Damen und Herren der Volkssolidarität Blankenburg bei uns begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Landesregierung spricht Minister Bischoff.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Frage nach der eigenen Rente beschäftigt nicht

nur diejenigen, die kurz vor dem Renteneintritt stehen, sondern auch Jüngere. Manchmal habe ich Bedenken, wenn ich höre, dass schon 40- oder 45-Jährige darauf warten, bald in Rente gehen zu können; denn ich denke, es sind bis dahin noch viele Jahre, in denen es sich zu leben lohnt, statt darauf zu warten, dass man endlich in Rente gehen kann.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

- Das habe ich schon öfter mitgekriegt, auch bei meinen Freunden. Ich dachte, das dauert doch noch ein bisschen, und es stimmte mich nachdenklich, dass das offenbar die einzige Perspektive ist.

Aber es ist trotzdem eine wichtige Frage, was man bekommt und wie man lebt, wenn man nicht mehr berufstätig ist oder sein kann.

Richtig ist auch, was Frau Dirlich angemahnt hat, dass es 21 Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit immer noch nicht gelungen ist, die Renten in Ost und West, was Lebensleistung und Ähnliches angeht, anzugleichen. Mittlerweile haben das alle Parteien in ihrem Wahlprogramm - ich kenne keine, bei der es nicht so ist -; alle Parteien verfolgen dieses Ziel.

Ich will dann auf etwas eingehen, was Sie am Ende gesagt haben; sonst kann ich mich hier relativ kurzfassen. Ein solches Thema geht ja jeder aus der eigenen Betroffenheit heraus an.

Mich hat immer die Frage beschäftigt, ob es eine Gerechtigkeit gibt, wenn man die Renten in Ost und West betrachtet. Dann stellt man immer fest, dass es eine solche nicht gibt. Wir haben immer noch die zu DDR-Zeiten Geschiedenen, die nicht gut behandelt werden. Wir haben manche Künstlerversicherungen.

Wenn ich mich selbst betrachte, dann muss ich sagen: Ein Glück, dass ich seit 1994 im Landtag bin. Ich hatte nach 22 Jahren Rentenanwartschaft bis zu dem Zeitpunkt Ansprüche von umgerechnet 210 € erworben; denn als kirchlicher Mitarbeiter hat man nur ein geringes Einkommen bezogen und konnte sich auch nicht zusätzlich versichern.

Dass ich Glück hatte, will ich nicht in Abrede stellen; denn ich kenne Kollegen, die aus dem kirchlichen Dienst ausgeschieden sind und zurzeit eine Rente beziehen, die noch weit unter dem von mir genannten Betrag liegt; sie sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen.

Meines Erachtens wird es keine Gerechtigkeit in dem Sinne geben können, dass man alles ausgleichen kann, was vorher an Lebensleistung erbracht worden ist oder auch verhindert worden ist; das weiß man ja gar nicht. Das größere Glück ist trotzdem die Einheit gewesen. Zumindest war der Weg richtig, auch was die Höherbewertung an-

geht, damit man mit der Rente einigermaßen leben kann.

Die Angleichung aber ist eine Herausforderung. Nach 20 Jahren sind diese Unterschiede nicht mehr hinnehmbar. Daher denke ich, wir sollten uns das nach wie vor auf die Fahnen schreiben.

(Zustimmung von Frau Mittendorf, SPD)

Nun hat die Koalition in Berlin tatsächlich gesagt - das haben Sie auch ausgeführt -, in dieser Wahlperiode soll ein einheitliches Rentensystem in Ost und West geschaffen werden.

Von der Idee, man könne das in einem Handstreich umstellen, hat man Abstand genommen, weil alle festgestellt haben, dass wir hier dann erst richtig benachteiligt wären. In der Zwischenzeit sind sehr viele Vorschläge gemacht worden, die mehr oder weniger ausgereift ist.

Der letzte Vorschlag, den Sie auch genannt haben, kam von den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, von Fachpolitikern, teilweise auch von Arbeitgebern - es haben sich dem nicht alle angeschlossen - und sah eine steuerfinanzierte Angleichung vor. Aber auch dagegen gibt es Bedenken, die ich nennen will.

Die Bundesregierung hat am 7. September 2011 den Regierungsdiallog Rente als breit angelegten offenen Diskussionsprozess initiiert, an dem alle Vertreter, die Sie eben genannt haben, beteiligt werden sollen, nämlich die Fachpolitiker, die Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und auch anlassbezogene weitere Institutionen und Akteure, die Menschen vertreten, die außerhalb des Wirtschaftsprozesses ihre Arbeitsleistung erbracht haben.

Ziel dieses Diskussionsprozess ist es, bis Anfang 2012 ein Gesetzgebungsverfahren zur Rentenangleichung in Gang zu bringen und ein Inkrafttreten der Regelung zum 1. Januar 2013 zu bewerkstelligen.

In Vorbereitung auf die Arbeits- und Sozialministerkonferenz, die am 23. und 24. November 2011 stattfindet, liegt ein Antrag aller Länder vor, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, auch die Länder in den Regierungsdiallog mit einzubeziehen. Das ist bisher nämlich nicht vorgesehen.

Ich will erst einmal abwarten, in welcher Weise die Länder einbezogen werden, und dann sehen, ob man den Vorschlag, den Sie jetzt mit Ihrem Antrag unterbreiten, in dieser Art mitgehen kann.

Im Übrigen hat die SPD eine Große Anfrage unter der Überschrift „20 Jahre Rentenüberleitung - Perspektiven für die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in Deutschland - an die Bundesregierung gerichtet. Die Anfrage stammt vom April dieses Jahres und die Antwort der Bundesregierung soll in Kürze vorliegen.

Kurz zu dem vorliegenden Antrag, der einen steuerfinanzierten stufenweisen Zuschlag als Ausgleich vorsieht. Man kann es ja so machen, wie Sie es vorschlagen. Aber es gibt Bedenken, die darin bestehen, dass dieser Vorschlag nicht die Heterogenität, also die Unterschiedlichkeit der Entgelt- und Einkommensstrukturen in Ost und West berücksichtigt. Insoweit spielt auch die Steuer eine Rolle. Wie sind die Einkommensverhältnisse in Ost und West? Sind sie regional unterschiedlich und wird das berücksichtigt?

Vor allen Dingen ist nicht ersichtlich, wie die Anpassung des aktuellen Rentenwertes erfolgen soll; denn wenn das weiterhin auf der Basis des Wertes im Westen berechnet wird, sind die Ungerechtigkeiten in ein paar Jahren erneut vorhanden.

Man muss sich also mit dem System genauer auskennen. Ich habe es, ehrlich gesagt, aufgegeben, mich persönlich da tief hineinzubegeben; denn das ist viel zu differenziert. Aber die Abkoppelung der Rentenangleichung - man könnte das ja in einer kürzeren Zeit machen - von der Lohn- und Einkommensentwicklung würde im Hinblick auf die unterschiedliche Leistung auch wieder zu sozialen Ungerechtigkeiten gegenüber Erwerbstätigen führen.

Man kann das für eine gewisse Zeit machen. Aber man muss es dann wieder an die Lohn- und Einkommensentwicklung koppeln. Oder man müsste generell auf eine Steuerfinanzierung umstellen, die wir bisher nicht so kennen.

Ich sage zu, dass wir am Ball bleiben. Ich werde, wenn es gewünscht wird, auch regelmäßig im Ausschuss berichten. Eine gesamtdeutsche Lösung, bei der niemand in Ost und West benachteiligt wird, ist Voraussetzung dafür, dass man eine Mehrheit findet.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Daher glaube ich, dass ich mit dem Änderungsantrag besser leben kann. Er versetzt uns doch in die Lage, als Land aktiv an dem Prozess des Regierungsdiallogs Rente teilzunehmen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Es ist eine Debatte mit fünf Minuten Redzeit je Fraktion vereinbart worden.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ich hatte mich gemeldet, weil ich eine Frage stellen wollte!)

Es gibt eine Nachfrage, Herr Bischoff. - Frau Dr. Klein, bitte sehr.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Minister, Ihr letzter Satz, dass Sie mit dem Änderungsantrag der

Koalitionsfraktionen besser leben können, verleitet mich dazu nachzufragen. Ich habe die konkrete Frage: Wie stehen Sie zu dem Satz - das ist der zweite Punkt in dem Änderungsantrag -:

„... sich dafür einzusetzen, dass Niedrigverdiener, die ihr Leben lang gearbeitet und vorgesorgt haben, im Alter besser gestellt werden als diejenigen, die wenig gearbeitet und sich nicht um ihre Alterssicherung gekümmert haben.“

Es gibt sehr unterschiedliche Gründe dafür, dass Menschen manchmal nicht arbeiten und auch keine Alterssicherung aufbauen können. Ich würde gern wissen, wie Sie dazu stehen.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Die generelle Aussage ist erst einmal richtig. Aber ich halte es auch für richtig, es differenziert zu betrachten. Ich bin zunächst bei dem ersten Punkt hängen geblieben, weil das eher mit Ihrem Antrag in Zusammenhang steht, bei dem es um eine Angleichung durch ein steuerfinanziertes Modell geht.

Mit dem zweiten Punkt muss man sich auch intensiver beschäftigen. Vom Grundansatz her ist es richtig, dass man auch diejenigen nicht benachteiligen darf, die gearbeitet und Vorsorge betrieben haben.

Es gibt natürlich auch andere Lebensumstände, die berücksichtigt werden müssen. Ich denke daran, dass wir im Osten zurzeit eine Altersarmutsfalle haben. Vor ein paar Wochen wurde eine statistische Zahl veröffentlicht, die ich mitkommentiert habe.

Bei der Rentenberechnung liegt der Osten zurzeit über dem Rentendurchschnitt des Westens. Wir waren da sogar besser dran. Aber das ändert sich in den nächsten 20 Jahren rasant, weil die Bevölkerungsgruppe in Rente geht, die durch Langzeitarbeitslosigkeit, Ein-Euro-Jobs und Ähnliches geprägt war und für die wir keine Lösung haben, durch die wir das ausgleichen können. Das war eher das Thema für mich. Unter diesem Aspekt hatte ich das gesehen.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Darf ich eine Nachfrage stellen? - Es geht hier um die Angleichung der Ost- und Westrenten. Man muss auch im Blick haben, dass bestimmte Ausbildungszeiten und Ähnliches nicht für die Rente anerkannt werden. Es gibt natürlich auch Leute, die durchaus gearbeitet haben, aber denen allein zehn Jahre fehlen, weil sie eine Ausbildung gemacht haben. Da konnten sie nicht für die Rente vorsorgen. So etwas gab es zu DDR-Zeiten halt nicht. Die werden bei solch einer Sichtweise bestraft. Ich glaube, man muss sehr differenziert her-

angehen, wenn in der Koalition eine solche Formulierung gewählt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Ich will das jetzt nicht kommentieren. Wenn ich meinen eigenen Lebensweg betrachte, dann, denke ich, wird es ähnlich sein.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Rotter. Die Landesregierung hat ihre Redezeit um fast zwei Minuten überzogen. Diese stehen Ihnen zusätzlich zur Verfügung; das muss aber nicht genutzt werden.

Herr Rotter (CDU):

Ich werde mich bemühen, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Titel „Gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland“ liegt uns ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor, der auf eine schnelle und gerechte Angleichung der Renten in Ost und West abzielt. Dass eine Angleichung von Ost und West gebraucht wird und nach mehr als 20 Jahren nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes längst überfällig ist, darin sind sich die Vertreter aller auch im Bundestag vertretenen Parteien einig.

Es besteht Handlungsbedarf, um die deutsche Einheit endlich auch im Rentenrecht zu vollenden. Ich glaube sagen zu dürfen, auch hier in diesem Hohen Haus wird dies so gesehen. Ausdruck dafür sind auch die Verankerung des Vorhabens einer zeitnahen Angleichung der Ostrenten an die Westrenten und die Festschreibung eines einheitlichen und zukunftsfesten Rentenrahmens im Koalitionsvertrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass dies nicht so einfach zu erreichen sein wird. Die Rentenangleichung zwischen Ost und West ist eine sehr komplexe Materie, bei deren Behandlung konsensorientiert und sehr sensibel vorgegangen werden muss. Auch wenn es ziemlich abgedroschen klingt: Auch hierbei muss die Qualität der Ausführungen vor Geschwindigkeit gehen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Das merken wir seit 20 Jahren! - Herr Czeke, DIE LINKE: Gut Ding will Weile haben!)

- Leute! - Es darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue Gerechtigkeitsverwerfungen im System entstehen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Keine Hektik!)

- Ich sollte mich beeilen. - Es darf auf keinen Fall dazu führen, dass Rentnerinnen und Rentner im

Osten unseres vereinten Vaterlandes schlechter gestellt werden. Würde man den Vorschlägen der LINKEN folgen, würde aber genau das eintreten.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Ach!)

Herr Minister Bischoff sieht das ähnlich, wenn ich seine Ausführungen annähernd richtig verstanden habe.

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam übrigens mehrheitlich auch der Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages. Daraufhin lehnte der Bundestag den Antrag der Bundestagsfraktion der LINKEN mit der Überschrift „Für eine gerechte Angleichung der Renten in Ostdeutschland“ mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE ab.

Frau Kollegin Dirlich, Sie hatten den Antrag Ihrer Bundestagsfraktion vorhin zwar angesprochen, aber ich glaube, Sie hatten vergessen, das Abstimmungsverhalten zu erwähnen.

(Herr Höhn, DIE LINKE: Gut, dass Sie das getan haben! - Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE - Unruhe bei der LINKEN)

- Sehen Sie! - Aus diesem Grund sollten wir den inhaltsgleichen Antrag der Fraktion DIE LINKE ablehnen. Denn wir müssen - das sollte man einmal sagen - unsere Landesregierung nicht dazu auffordern, sich für etwas einzusetzen, das bereits bei einer Abstimmung in der Vergangenheit nachweislich keine Mehrheit gefunden hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für absolut begrüßenswert halte ich den Anfang vergangenen Monats begonnenen Regierungsdialog Rente, den Bundesarbeitsminister Frau von der Leyen in Gesprächen mit Rentenversicherern, Fachpolitikern, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern gestartet hat. Der Minister hatte ihn bereits erwähnt.

In einem breit angelegten offenen Diskussionsprozess werden Entwicklungen in der Arbeitswelt und gesellschaftliche Veränderungen daraufhin untersucht, ob und gegebenenfalls welche Risiken sie für mehr Bedürftigkeit im Alter bergen. Arbeitsgruppen sollen Vorschläge für mögliche Änderungen im Rentenrecht daraufhin untersuchen, ob sie die Lebensleistung gerecht belohnen und Bedürftigkeitsrisiken wirksam entgegenwirken.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat sich entschlossen, offen in diesen Dialog einzusteigen. Die Ministerin wird eigene konkrete Vorschläge einbringen und sie zur Diskussion stellen. Alternative Vorstellungen werden gründlich geprüft und bewertet werden. Bis zum Ende des Jahres soll es dann eine Entscheidung geben im Hinblick auf die Fragen: Was wird gleichgesetzt? Was braucht länger?

Meine Damen und Herren! Erste konkrete Vorschläge liegen vor und werden bereits breit und intensiv diskutiert. Umso wichtiger ist die zeitnahe Beteiligung der Länder an diesem Regierungsdialog. Deshalb ist ein gemeinsamer Antrag auf Beteiligung wichtig und absolut unterstützenswert. Denn versehen mit einem Mandat und einem ganz konkreten Verhandlungsauftrag sind es Länder, die der Forderung nach einer Angleichung der Renten in Ost und West innerhalb dieses Regierungsdialogs Rente Nachdruck verleihen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Renten waren bisher das Spiegelbild des Erwerbslebens und das sollen sie auch bleiben. Darum ist Ministerin Frau von der Leyen zuzustimmen, wenn sie sagt - ich zitiere -:

„Es muss einen Unterschied machen, ob jemand etwas geleistet, Beiträge gezahlt und vorgesorgt hat oder nicht. Insbesondere Frauen, die lange Kinder erzogen haben und für andere Menschen da waren, müssen wir nach einem arbeitsreichen und verantwortungsvoll geführten Leben besser absichern.“

(Beifall bei der CDU)

„Auch Geringverdiener, die ein Leben lang gearbeitet haben, müssen eine Rente bekommen, die deutlich über der Grundsicherung liegt.“

(Herr Höhn, DIE LINKE: Ach!)

„Wir wollen die Leistung und den Einsatz dieser Menschen in der Rente gerechter als bislang belohnen.“

(Herr Höhn, DIE LINKE: Das wird aber Zeit!)

Dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Rotter. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Frau Lüddemann.

Frau Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte gleich vorweg sagen, dass wir keinem der beiden vorliegenden Anträge zustimmen, weil wir eine etwas andere Position haben.

Unser oberstes Ziel ist es - ich denke, darüber besteht Einigkeit -, 20 Jahre nach der politischen Wende, nach der friedlichen Revolution einheitliche Rechtslagen in ganz Deutschland zu schaffen, auch im Rentenrecht. Unser Ziel ist es dabei,

alle existierenden Ungleichheiten zu beseitigen. Als gesamtdeutsche Partei sehen wir uns auch Gesamtdeutschland verpflichtet.

Dabei ist es uns wichtig, alle bisherigen Rentenansprüche unverändert bestehen zu lassen, keine neuen Ungerechtigkeiten zu schaffen und alle Geringverdiener in Ost und West vor Altersarmut zu schützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es uns wichtig, eine grundsätzliche Vereinheitlichung aller maßgeblichen Bezugsgrößen herzustellen, die zur Entstehung und Berechnung der Rente in Ost und West herangezogen werden.

Dazu schlagen wir vor, den aktuellen Rentenwert Ost und die Beitragsbemessungsgrenze Ost auf das Niveau des aktuellen Rentenwertes West bzw. des Beitragsbemessungswertes West anzuheben, und zwar nicht erst in fünf Jahren, sondern schon innerhalb der nächsten zwei Jahre.

Die Berechnungsfaktoren für die Hochgewichtung der in den neuen Ländern in der Vergangenheit erworbenen Entgeltpunkte sollen so reduziert werden, dass sich daraus resultierende Rentenansprüche nicht ändern. Künftige Entgeltpunkte sollen bundeseinheitlich berechnet werden. Auf eine gesonderte Hochwertung der Entgeltpunkte in den neuen Ländern soll verzichtet werden.

Um die Nachteile - das ist der Kern des Antrages der LINKEN -, die für Geringverdiener bestehen, auszugleichen, schlagen wir eine Garantierente in Ost und West als Teil der Rentenversicherung vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für langjährig Versicherte in allen Teilen Deutschlands, die lediglich geringe Rentenansprüche erwerben konnten, soll ein Mindestniveau eingeführt werden, dass über dem durchschnittlichen Zahlungssatz der Grundsicherung liegt. Das muss dann aus Steuermitteln gezahlt werden. Die damit hergestellte Bundeseinheitlichkeit macht aus unserer Sicht eine Hochwertung in den neuen Ländern überflüssig.

Natürlich müssen wir - das möchte ich zum Abschluss sagen - alle gemeinsam an den Ursachen arbeiten, die dazu führen, dass manche Renten so gering sind. Die Branchentariflöhne, über die wir gestern gesprochen haben, sind ein erster Schritt, aber auch diesbezüglich - das müssen wir auch den Gewerkschaften immer wieder sagen - müssen wir darauf achten, dass diese nicht getrennt nach Ost und West verhandelt werden; auch dort benötigen wir Einheitlichkeit. Darüber hinaus soll, um niedrige Renten zu vermeiden, eine bundeseinheitliche Lohnuntergrenze als Mindestlohn eingeführt werden.

Wie bereits gesagt, können wir keinem der beiden Anträge zustimmen. Wir werden demnächst einen eigenen Antrag dazu vorlegen. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Lüddemann. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Frau Dr. Späthe.

Frau Dr. Späthe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Natürlich ist es naheliegend, nach 20 Jahren Bilanz zu ziehen und vor allen Dingen in der Mitte der Berliner Legislaturperiode nachzufragen, was in Bezug auf die Rentenüberleitung und eine Rentenangleichung in Ost und West erreicht wurde.

So sehen auch wir die Notwendigkeit, den Prozess der Angleichung nach 21 Jahren endlich voranzutreiben, zumal Anfang der 90er-Jahre davon ausgegangen wurde, dass der Angleichungsprozess bis zum Jahr 2010 abgeschlossen sei.

Es gibt natürlich Gründe dafür, dass der Angleichungsprozess ins Stocken geraten ist. Der Hauptgrund ist die Lohnentwicklung. Die Löhne und Gehälter sind Anfang der 90er-Jahre rasant gestiegen; Ende des Jahrzehnts verlangsamte sich der Angleichungsprozess zusehends.

Zu Beginn der Rentenüberleitung waren die sich in den letzten Jahren ergebenden Probleme so nicht absehbar. Die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, die Ausbreitung der prekären Beschäftigung, die stagnierende Lohnangleichung und der Reallohnverlust verringern das Beitragsaufkommen und werden für einen Teil der Rentnerinnen und Rentner niedrigere Renten als heute zur Folge haben.

Viele Lösungsansätze sind bereits mehrmals hin und her diskutiert worden, so auch der Ansatz, ob es eine von der Lohnentwicklung abgekoppelte Angleichung der Renten geben kann. Auch muss geklärt werden, wie in Zukunft mit der gegenwärtig praktizierten pauschalen Höherwertung der Arbeitsentgelte Ost verfahren werden soll.

Ich muss bei allem Verständnis für den sehr berechtigten Wunsch nach einer Gleichstellung der Renten in Ost und West deutlich sagen: Eine Ungleichbehandlung kann eben nicht durch eine andere Ungleichbehandlung ausgeglichen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Tatsache ist, dass die Beitragszahler im Osten nach wie vor niedrigere Löhne und Gehälter als ihre Westkollegen beziehen. Erst wenn wir an dieser Stelle eine Angleichung haben, dann werden wir in der Diskussion um die natürliche Angleichung der Rente weiterkommen.

Zu dem ver.di-Modell möchte ich jetzt nichts mehr sagen; denn es wäre nur eine Wiederholung.

Einen Aspekt möchte ich noch aufgreifen - der Minister hat es erwähnt -: Weitere Änderungen im Rentenrecht, mögen sie auch noch so gut sein, werden nicht alle Ungerechtigkeiten beseitigen können, die durch das Rentensystem der DDR entstanden sind.

Ich erinnere nur an die ungleiche Wertschätzung der Leistung der Arbeiterschaft und der sogenannten nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Intelligenz, zum Beispiel im Hochschulwesen. Bei uns war es so, dass der Arbeiter in den Buna-Werken das Doppelte von dem verdiente, was ein Wissenschaftler an der 5 km entfernten Hochschule bekommen hat. Auch das wirkt sich auf die Renten, die wir einmal bekommen werden, aus.

Wir brauchen - das ist unser Kernsatz - im Interesse unseres Landes endlich eine Lohnangleichung und einen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle ist aber auch festzustellen, dass sich für keine andere Bevölkerungsgruppe nach der Wende der Lebensstandard im Durchschnitt so stark verbessert hat wie für diejenigen, die am Anfang der 90er-Jahre in Rente gegangen sind. Natürlich gibt es Ausnahmen. Dazu hat die „Mitteldeutsche Zeitung“ - Sie erinnern sich - vor nicht allzu langer Zeit eine ganze Serie von Problemsituationen in auffallend sachlicher Weise veröffentlicht.

Die Koalitionsfraktionen Sachsen-Anhalts haben sich in der Koalitionsvereinbarung für die Schaffung eines einheitlichen zukunftsfesten Rentenrechts ausgesprochen. Dafür setzen wir uns auch ein. Ich bitte Sie um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, der die aktive Beteiligung unseres Landes am „Regierungsdialog Rente“ vorsieht, um die besonderen Aspekte der Rentenentwicklung in unserem Bundesland in diesem Dialog nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Dr. Späthe. - Frau Dirlich, Sie können erwidern.

Frau Dirlich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Wort „schnell“ finde ich im Zusammenhang mit der Rentenangleichung inzwischen wirklich nicht mehr witzig. 21 Jahre?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Natürlich muss man sich die Frage stellen, warum es so lange gedauert hat. Es hat unter anderem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auch

deshalb so lange gedauert, weil in den letzten Jahren ein Niedriglohnsektor besonders im Osten etabliert worden ist, und es hat auch mit Hartz IV zu tun. Wir sind also wieder bei der Frage: Wer hat's erfunden?

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Rotter, wir hatten keinen Grund, das Abstimmungsverhalten im Bundestag zu feiern. Wir hatten diesen Grund vor allem deshalb nicht, weil nicht ein Vorschlag der LINKEN abgelehnt worden ist. Es ist nämlich ein Vorschlag - ich habe es hier noch einmal deutlich gesagt - von der GEW, von ver.di, von den Sozialverbänden, von der Volkssolidarität usw. abgelehnt worden. Es ist nicht ein Vorschlag der LINKEN abgelehnt worden. Und ich sage Ihnen ehrlich: Ich finde das traurig.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Frau Lüddemann, wenn wir nämlich unseren eigenen Vorschlag dort eingebracht hätten, dann hätte sich in diesem auch der Vorschlag für eine garantierte Mindestrente gefunden. Das ist also durchaus kein Alleinstellungsmerkmal der GRÜNEN.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Frage ist: Wo bleibt bei der Ablehnung im Bundestag die Logik?

(Zuruf: Taktik!)

Ich habe schon über die Gründe gesprochen: Es ist nicht verstanden worden, worum es geht, es wird ein falscher und einseitiger Blick auf die gesetzliche Rente geworfen, es werden Birnen und Äpfel miteinander verglichen und es wird gesagt, die Renten im Osten seien viel höher als die im Westen - eine alberne Vorstellung - und es sind Sparvorstellungen im Hinterkopf, die dadurch realisiert werden sollen, dass man die Höherwertung abschafft. All das waren Gründe für die Ablehnung.

Ich halte die Gründe für falsch. Deshalb finde ich das Abstimmungsverhalten falsch und deshalb sage ich: Der Landtag hat immer die Möglichkeit, anders zu entscheiden.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Czapke, CDU)

Es ist eine komplizierte Materie und wir haben nicht sehr viel Zeit. Aber ich möchte eine Sache herausgreifen, die ich an dem Vorschlag der GRÜNEN gefährlich finde. Was passiert, wenn Sie die Beitragsbemessungsgrenze auf das Westniveau anheben, ohne dass sich bei den Löhnen etwas tut? - Ich erläutere das an einem einfachen Beispiel; denn Rechnen ist nicht unbedingt meine Stärke.

Wir nehmen eine Beitragsbemessungsgrenze von 4 000 € an und bestimmen den Durchschnitt auf ungefähr 3 000 €. Was passiert, wenn jemand ein Einkommen von 1 500 € hat? - Er bekommt 0,5 Entgeltpunkte, also einen halben Entgeltpunkt;

denn die Entgeltpunkte werden nach dem Durchschnittseinkommen berechnet. Jemand, der das Durchschnittseinkommen hat, bekommt einen Entgeltpunkt, wer darunter ist, bekommt weniger, wer darüber ist, bekommt mehr.

Wenn Sie nun die Beitragsbemessungsgrenze auf 5 000 € anheben und der Durchschnittsverdienst nicht steigt, dann passiert Folgendes: Wenn jemand dann dasselbe Einkommen hat, bekommt er noch weniger Entgeltpunkte. So ist das, wenn Sie die Beitragsbemessungsgrenze erhöhen und nicht gleichzeitig etwas für eine Anhebung der Löhne tun. Ich halte das für eine sehr gefährliche Geschichte. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir uns über diese Geschichte einmal in Ruhe unterhalten.

(Zustimmung von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Heute sage ich: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Den Antrag der Koalitionsfraktionen lehnen wir ab.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Debatte beendet. Wir treten in das Abstimmungsverfahren ein. Es ist kein Ansinnen in Bezug auf eine Überweisung deutlich gemacht worden. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drs. 6/468 ab. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Der Änderungsantrag ist angenommen worden.

Wir stimmen jetzt über den Ursprungsantrag, den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/439, in der soeben geänderten Fassung ab. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die Oppositionsfraktionen. Damit ist der Antrag in der geänderten Fassung angenommen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 14.

Wir treten in die Mittagspause ein. Ich schlage Ihnen vor, dass wir uns um 13.45 Uhr hier wieder treffen.

Unterbrechung: 12.50 Uhr.

Wiederbeginn: 13.45 Uhr.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Es ist 13.45 Uhr oder dreiviertel zwei für Andersgläubige.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Beratung

Vorsorge gegen Schlammfluten, für mehr Landschaftsschutz und Artenvielfalt, Gemeinsame

Europäische Agrarpolitik (GAP) ökologisch und sozial gestalten

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/446**

Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/461**

Die Einbringerin für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist Frau Frederking. Bitte schön.

Frau Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Jahr 2014 beginnt die neue Förderperiode für die EU-Agrarbeihilfen. Es handelt sich um Gelder von mehr als 40 Milliarden €, die zurzeit jährlich durch die flächengebundenen Direktzahlungen der ersten Säule in die landwirtschaftlichen Betriebe fließen.

12 Milliarden € stehen in der zweiten Säule als ELER-Mittel für verschiedene Programme zur Verfügung. Es ist gut, dass es diese Gelder gibt, damit die Landwirtschaft eine finanzielle Unterstützung erhält, um die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen, die an sie gestellt werden, erfüllen zu können.

Nun besteht die Frage, wie die gemeinsame Agrarpolitik so reformiert werden kann, dass diese Aufgaben nachhaltiger, gerechter und ökologischer wahrgenommen werden können. Es geht nicht allein um die Sicherstellung von gesunden und nachhaltig erzeugten Nahrungsmitteln. Auch die Aufgaben und die gesellschaftlichen Anforderungen wie stoffliche und energetische Bereitstellung, Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz, Tierschutz, Erhalt der Artenvielfalt und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum gehören zur Landwirtschaft.

Obwohl mit den EU-Agrarbeihilfen viel Geld an die landwirtschaftlichen Betriebe gezahlt wird, kommt es zu Fehlentwicklungen, die zum Großteil auf eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft zurückzuführen sind. Monokulturen auf großen Schlägen verringern die Tier- und Pflanzenvielfalt. Es existieren auch zu wenige Schlagränder, an denen sich seltene Pflanzenarten entwickeln können, die wiederum die Nahrungsquelle für andere Arten sind.

Mittlerweile ist ein Viertel unserer heimischen Pflanzenarten und sogar ein Drittel der heimischen Tierarten vom Aussterben bedroht.

(Unruhe)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Einbringerin bitten? - Danke.

Frau Frederking (GRÜNE):

Auf stärker erodierenden Böden, wie es zum Beispiel beim Mais der Fall ist, werden Düngemittel besonders schnell ausgewaschen und gelangen ins Grundwasser und auch in offene Gewässer. Zirka 50 % des Wassers aus dem ersten Grundwasserleiter ist heute schon so stark mit Nährstoffen belastet, dass dieses Wasser nicht einmal zum Tränken des Viehs genutzt werden kann. Das waren jetzt zwei Beispiele.

Wir meinen trotzdem, dass die Direktzahlungen auch weiterhin zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen beitragen sollen. Die geleisteten Zahlungen werden inzwischen jedoch kritisch hinterfragt, da die Agrarintensivierung nicht zu den Ergebnissen führt, die gesellschaftlich erforderlich und gewollt sind. Die Zahlungen müssen deshalb neu legitimiert werden. Beim Einsatz von europäischen Geldern in der Landwirtschaft muss für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar sein, welche öffentlichen Leistungen dafür erbracht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist das Prinzip der EU-Kommission und des EU-Parlaments begrüßenswert, öffentliche Gelder für öffentliche Güter bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehören nun die Überlegungen, dass Direktzahlungen an konkrete Umweltleistungen geknüpft werden. Wir schlagen folgendes ökologisches Anforderungsprofil als Voraussetzungen für die Direktzahlungen vor: Auf den Ackerflächen soll eine verbindliche dreigliedrige Fruchtfolge zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit realisiert werden. Diese Maßnahme wird zurzeit auch schon beim Cross Compliance als Option angeboten. Aber das kommt in der Praxis nicht umfangreich zum Tragen. Zu denken ist zum Beispiel an den Mais, der mehrere Jahre hintereinander auf derselben Fläche angebaut wird.

Wir schlagen vor, dass in einer Vegetationsperiode mindestens drei Hauptfrüchte angebaut werden. Dabei soll keine der Hauptkulturen einen Anteil von 50 % der Ackerfläche überschreiten und jede der drei Hauptkulturen muss auf mindestens 10 % der Fläche angebaut werden.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Frederking, wollen Sie eine Frage des Kollegen Daldrup beantworten? - Dann haben Sie das Wort, Herr Daldrup.

Herr Daldrup (CDU):

Ich frage Sie einmal, ob Sie mir einen sachsen-anhaltischen Betrieb nennen können, der weniger als drei Früchte bestellt und der das von Ihnen ge-

rade propagierte Modell der Fruchtfolge nicht praktiziert?

Frau Frederking (GRÜNE):

Mir ist kein Betrieb bekannt, der weniger als drei Früchte in einer Vegetationsperiode anbietet. Aber mir ist sehr wohl bekannt, dass auf einer Fläche hintereinander Mais angebaut wird. Es geht hier um die EU-Gelder. Das ist eine Reform, die für die ganze EU gilt.

Ich denke auch, dass es für die sachsen-anhaltischen Betriebe - der Minister dreht sich gerade um - kein Problem sein sollte, das zu realisieren. Trotzdem sind die Vorschläge aus den Gründen, die ich eben genannt habe, sinnvoll. Warum soll es dieses Fruchtartenverhältnis geben? Das soll natürlich auch zur Artenvielfalt beitragen.

Wir haben in unseren Antrag auch hineingeschrieben, dass verstärkt Leguminosen angebaut werden sollen. Darauf kann ich auch eingehen. Wir haben einen massiven Import an Futtermitteln. Gerade der aus Südamerika ist auch unter den globalen Aspekten wie Klimaschutz und Schutz des Regenwaldes nicht nachhaltig. Außerdem werden für den Anbau Menschen vertrieben. Das ist wirklich nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Deshalb sollten Futtermittel wieder verstärkt bei uns angebaut werden. Die Leguminosen sollten ein Bestandteil einer Eiweißversorgungsstrategie sein, die den Anbau von Futtermitteln hierzulande fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus sollten 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu ökologischen Vorrangflächen werden. Auf diesen Vorrangflächen soll eine besondere umwelt- und naturschutzgerechte landwirtschaftliche Nutzung stattfinden, zum Beispiel die Anpflanzung von Büschen und Hecken. Aber auch besondere Bewirtschaftungen, bei denen zum Beispiel der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduziert wird, könnte dazu zählen.

(Unruhe)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Darf ich um eine Reduzierung des Redeflusses im Plenum bitten, damit wir Frau Frederking weiterhin zuhören können?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Frederking (GRÜNE):

Schließlich möchte ich mit meiner Rede das Parlament überzeugen, damit wir dem Landwirtschaftsminister gute Vorschläge mit auf den Weg geben, wenn er Ende des Monats bei der AMK verhandelt.

Deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie meinen Argumenten zuhören und letztlich dem Antrag zustimmen.

(Herr Borgwardt, CDU: Das müssen wir uns noch überlegen!)

Deshalb führe ich noch ein paar Gründe aus. Die Bodenerosion ist ein Thema. Man könnte sich natürlich auch vorstellen, dass im Bereich der Vorrangflächen, die einen Anteil von 10 % an der landwirtschaftlichen Fläche haben sollen, verstärkt solche Maßnahmen wie Untersaaten zum Einsatz kommen.

Das Dauergrünland darf nicht umgebrochen werden. Das war ein weiterer Vorschlag. Beim Umbruch würden große Mengen an CO₂ frei. Außerdem stellen die Flächen auch das Grünfutter bereit.

Ich komme nun zur Gentechnik. Es ist eine Technik, die niemand braucht und keiner will. Mit der Agrogentechnik gehen wir unnötigerweise hohe Risiken ein und haben keinen Nutzen davon. Es handelt sich bei der Anwendung auf dem Acker um offene biologische Systeme, die man nicht einfach unter Kontrolle hat, wie es zum Beispiel in einem Fermenter der Fall wäre. Beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verbreitet sich das Pflanzenmaterial immer in irgendeiner Form, sei es durch den Wind, eine Auskreuzung oder eine Übertragung durch Tiere.

Das jüngste Beispiel des Urteils des Europäischen Gerichtshofs zum Honig zeigt auch, welche weitreichenden negativen Folgen die Anwendung der Gentechnik hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist vom EuGH klargestellt worden, dass Honig, der Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen enthält, eine Zulassung braucht und dass die Honigsorten, die keine Zulassung haben, also die, die nicht gekennzeichnet sind, aus dem Regal verschwinden müssen.

Das würde dann natürlich nicht nur deutsche Produkte betreffen, wie zum Beispiel die eines Imkers aus Bayern, dessen Honig durch ein Versuchsfeld verunreinigt war. Das betrifft auch die Importware. Die wird bei uns in Deutschland ganz umfangreich angeboten. 80 % des Honigs werden gerade aus Ländern wie Südamerika und Kanada importiert, in denen in großem Umfang gentechnisch veränderte Pflanzen eingesetzt werden. Die Frage nach Schadensersatz besteht noch und natürlich auch das Thema der aufwendigen Untersuchungen.

Daran sieht man schon einmal, dass wir mit einem ganzen Strauß an negativen Folgen zu tun haben. Wir haben gesagt, das schreiben wir in den Antrag hinein, damit die Politik sich wirklich frühzeitig oder noch rechtzeitig auf den Weg macht, damit in Europa die Gentechnik nicht Einzug hält, wie es in

anderen Teilen der Welt der Fall ist. Ich werde das jetzt nicht weiter ausführen.

Wir wissen, dass das in Südamerika angebaut wird. Man baut Futtermittelpflanzen oder Baumwolle an. Das Argument, dass wir etwas gegen den Hunger in der Welt tun wollen, ist damit eigentlich auch unzulässig. Wir kaufen dieses Futter aus den Ländern. Damit ist unser Steak gesichert und in anderen Teilen der Welt hungern die Menschen weiterhin. Das kann wirklich nicht gewollt sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass Soja und Raps auch gegen den Herbizid-Wirkstoff Glyphosat resistent sind, sich immer mehr Pflanzen ausgekreuzt haben und Resistenzen breit machen. Deshalb muss immer mehr von diesem Wirkstoff eingesetzt werden, so dass dieser Wirkstoff letztlich in großen Mengen auf dem Futter, das wir importieren, zu finden ist. Man geht auch schon davon aus, dass es dadurch zu einer deutlichen Erhöhung der Zahl an Fehlgeburten und Missbildungen bei Menschen in den Erzeugerländern kommt.

Für uns sind das Gründe, aus denen die Gentechnik bei uns nicht Einzug halten soll. Unsere gentechnikfreie Landwirtschaft und unsere gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft müssen geschützt werden. Deshalb darf es gar keine Agrogentechnik geben. Hierbei sollte die EU aus den schlechten Erfahrungen von Übersee lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All diese von mir dargestellten Maßnahmen fallen unter den Begriff „Greening der ersten Säule“. Wir wollen damit über die Cross-Compliance-Kriterien hinausgehen und einen hohen Anreiz zur Ökologisierung schaffen.

Ein Bestandteil der GAP ist aber auch die Subventionierung von Agrarexporten in Länder außerhalb der EU. Dadurch haben seit den 70er-Jahren die europäischen Exporte insbesondere - -

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Es gibt eine Zwischenfrage. Wollen Sie die gleich beantworten?

Frau Frederking (GRÜNE):

Ich habe Bedenken, dass meine Zeit nicht ausreicht.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Nein, das schlage ich Ihnen drauf. Ich verspreche Ihnen das. Wollen Sie sie beantworten oder erst am Ende?

Frau Frederking (GRÜNE):

Dann beantworte ich sie jetzt.

Herr Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Frau Frederking, ich bedanke mich ganz herzlich. Ich wollte nur einmal auf das Thema zurückkommen. Vielleicht nützt das auch der Zeit und uns allen. Wenn ich es richtig verstehe, reden wir jetzt über Vorsorge gegen Schlammfluten?

Frau Frederking (GRÜNE):

Ich gehe auf die einzelnen Punkte des Antrages ein.

Herr Borgwardt (CDU):

Ach, darauf gehen Sie noch ein? Weil Sie die ganze Zeit über gentechnikverseuchten Honig reden.

Frau Frederking (GRÜNE):

Das sind doch die Forderungen, die wir gestellt haben, was umgesetzt werden soll. Ich gehe jetzt die einzelnen Punkte durch.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Fahren Sie bitte fort.

Frau Frederking (GRÜNE):

Die Vorsorge gegen Schlammfluten und Erosion war das Thema. Ich bin ein bisschen schnell drüber hinweggegangen, dass man auch da etwas machen soll, beispielsweise durch Untersaaten beim Maisanbau.

(Zurufe von der CDU)

Ich komme wieder zum Antrag. Zum Greening der ersten Säule habe ich Ausführungen gemacht.

Der nächste Punkt, um die im Parlament Anwesenden mitzunehmen, betrifft die EU-Exportsubventionen. Wir schlagen vor, diese unabhängig von den WTO-Verhandlungen abzuschaffen, weil es durch diese Exportsubventionen in den Empfängerländern zu Strukturen kommt, die nicht gewollt sind, zur Zerstörung landwirtschaftlicher Strukturen in den Entwicklungsländern.

(Zuruf von der CDU)

- Ich verstehe Sie nicht. Wir haben doch den Antrag gestellt. Haben Sie den nicht gelesen? Offensichtlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich führe in den Antrag ein. Vielleicht kann ich das noch einmal kurz erläutern und lege Ihnen noch einmal etwas ausführlicher dar - anders als es in der Begründung hieß -, was die Hintergründe für diese konkreten Vorschläge sind. Offensichtlich ist Ihnen das Problem hinreichend bekannt. Ich führe jetzt keine Beispiele mehr an.

Das Problem ist - zumindest international - so hinreichend bekannt, dass die Doha-Runde der WTO dazu seit zehn Jahren verhandelt. Sie verhandeln

seit zehn Jahren darüber, den Entwicklungsländern eine gerechtere Teilhabe am Welthandel zu ermöglichen, aber bisher ohne Erfolg.

Deshalb sagen wir an dieser Stelle: Wir können und dürfen nicht länger auf die WTO warten. Es ist höchste Zeit, dass die EU ihre Verantwortung gegenüber den Menschen in den Entwicklungsländern wahrnimmt und eine nachhaltige Agrarexportpolitik verfolgt, die die landwirtschaftlichen Strukturen vor Ort stärkt, statt sie zu zerstören.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Ich gebe Ihnen noch eine Minute zusätzlich, weil Sie so nett waren, die Fragen aktuell zu beantworten.

Frau Frederking (GRÜNE):

Gut. - Unsere letzte Forderung, unser Vorschlag ist, dass die Programme der zweiten Säule, die unter den Begriff „Neue Herausforderungen“ fallen, weiterhin mit einem EU-Kofinanzierungsanteil von 90 % ausgestattet werden. Dann müssen das Land bzw. Land/Bund nur 10 % bezahlen, um damit einen hohen Anreiz zu schaffen, weil diese Dinge, die dort erledigt werden, nämlich Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, Ausbau erneuerbarer Energien und verbessertes Wassermanagement für uns ganz wichtige Punkte sind.

Die Diskussionen zur GAP laufen noch. Sie laufen jetzt auf Hochtouren. Sie werden auch nicht kurzfristig beendet werden. Uns war es wichtig, heute den Antrag einzubringen, um Ihnen, Herr Minister, noch einige Punkte mit auf den Weg zu geben. Ich hoffe, das Parlament konnte meinen Ausführungen folgen, damit Sie das dann auch auf Bundesebene verhandeln können. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Frederking. - Herr Minister Dr. Aeikens wird jetzt für die Landesregierung sprechen. Während er nach vorn kommt, will ich noch einmal an Folgendes erinnern - wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt -: Zwei Hände hoch bedeuten einen Geschäftsordnungsantrag, eine Hand hoch bedeutet: „Ich will am Ende der Rede eine Frage stellen“, und eine Karte hoch bedeutet: „Ich will jetzt gleich fragen“. - Habe ich mir das richtig gemerkt?

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Dann haben wir uns jetzt gemeinsam erinnert. Wir verbessern uns. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vermischt vieles. Das geht schon bei der Überschrift los: „Vorsorge gegen Schlammluten“. Ich gehe davon aus, Sie meinen Erosionserscheinungen in einigen Teilen des Landes. Ich glaube, wir tun gut daran, die EU-Agrarpolitik nicht für Witterungserscheinungen verantwortlich zu machen, die letztlich der liebe Gott zu verantworten hat.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von den GRÜNEN)

- Dass Sie Ihre Probleme damit haben, ist mir bekannt. - Es handelt sich um Erosionserscheinungen aufgrund der spezifischen Witterungsverhältnisse in einigen Teilen unseres Landes. Das ist der Tatsache geschuldet, dass es vier Jahre nacheinander erhebliche Niederschlagsüberschüsse gab und dass es in einigen Regionen Starkniederschläge gab, die dazu geführt haben, dass es zu diesen Ereignissen gekommen ist.

Aber ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren: Wir werden als Landesregierung dieses Thema genauso systematisch aufarbeiten, wie wir das Thema Vernässung aufarbeiten. Die ersten Besprechungen dazu haben stattgefunden, und ich bin sehr dankbar, dass aus dem 30-Millionen-€-Fonds sowohl für Vernässung als auch für Erosion Mittel zur Verfügung stehen, damit derartige Ereignisse nicht wieder diese gravierenden Folgen haben wie in einigen Dörfern des Landes.

(Zustimmung von Frau Brakebusch, CDU)

Sie sprechen in einem weiteren Teil Ihres Antrags von dramatischen Fehlentwicklungen in der Landwirtschaft - dramatische Fehlentwicklungen. Wir sprechen hier im Landtag von Sachsen-Anhalt. Ich sehe in Sachsen-Anhalt - wo Deutschland hinguckt, wo Europa hinguckt, wie sich unsere Landwirtschaft, wie sich unsere Ernährungsindustrie entwickelt haben - wirklich nirgendwo dramatische Fehlentwicklungen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir können stolz auf das sein, was unsere Landwirte leisten. Wir können stolz auf unsere Ernährungswirtschaft sein, eine Branche, die jährlich steigende Umsatz- und Beschäftigtenzahlen hat. Aus anderen Teilen Deutschlands, aus Europa kommt man hierher, schaut sich unsere Betriebe an, und man ist ein gutes Stück neidisch, wie sich der Agrarsektor seit der Wende hier entwickelt hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wäre denn die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft nach Bernburg gekommen, wenn es hier dramatische Fehlentwicklungen gegeben hätte? - Ich glaube nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Der Agrarsektor ist ein Hort der Stabilität im Vergleich zu vielen anderen Branchen unseres Landes, und er braucht sich in keiner Weise zu verstecken; Fehlentwicklungen sehe ich hier in keiner Weise.

Was die Frage der Umweltwirkungen der Landwirtschaft angeht, so dürfte allen bekannt sein, dass die Zahlungen der EU nur erfolgen, wenn bestimmte Auflagen in der Art der Bewirtschaftung, in der Art der Tierhaltung - Cross Compliance genannt - eingehalten werden. Darüber hinaus beteiligt sich unsere Landwirtschaft mit etwa einem Viertel der Fläche an Agrarumweltprogrammen. Wir haben aufgeschlossene Landwirte, die mit daran arbeiten, damit unsere Landwirtschaft noch umweltgerechter wirtschaftet. Das heißt also, wir haben uns hier nichts vorzuwerfen, sondern unsere Landwirtschaft wirtschaftet umweltgerecht.

Sie beklagen in weiteren Formulierungen Ihres Antrags das Thema Kostendruck. Wenn wir Ihren Antrag und Ihre politischen Intentionen umzusetzen versuchen würden, dann hätten Sie keine Reduzierung des Kostendrucks, dann hätten Sie steigenden Kostendruck. All das, was Sie fordern, führt dazu, dass weniger in der Kasse der Landwirte ist als beim jetzigen Zustand.

Das fängt mit dem Greening an. Greening bedeutet: weniger Produktivität, mehr Kosten, weniger Arbeitsplätze. Das geht weiter über die bürokratischen Auflagen, die Sie verhängen wollen. Auch das bedeutet mehr Bürokratie, weniger Produktivität, mehr Kosten, weniger Arbeitsplätze.

Zum Thema Exportsubventionen. Natürlich sind Exportsubventionen nicht die reine Lehre. Aber sollen wir, wenn andere Staaten auch mit Exportsubventionen arbeiten, dann sagen: Wir zahlen als EU keine Exportsubventionen, mit der Folge, dass die intensiven Bemühungen, die dazu geführt haben, dass Deutschland drittgrößter Agrarexporteur geworden ist, wieder zunichte gemacht werden?

Was glauben Sie, wie viele Arbeitsplätze eine Aufhebung der Exportsubventionen in Molkereien, in Fleischereien, in Brotfabriken kostet, wie viele Arbeitsplätze da in der Urproduktion, im Verarbeitungsbereich gefährdet sind, auch in Sachsen-Anhalt, wo es erste gute Erfolge unserer Ernährungswirtschaft auf den Drittlandsmärkten gibt? - Das können wir doch nicht kaputtmachen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich fand sehr interessant, dass Sie in Ihrem Papier keine Aussage zum Thema Kappung gemacht haben, ein Thema, das die EU-Kommission auf die Tagesordnung gehoben hat. Das würde, sollte es wie vorgesehen realisiert werden, gerade für die neuen Länder, wo es aus historischen Gründen eine Massierung größerer Betriebe wie in keinem anderen Teil Europas gibt, zu gravierenden Einbußen

im mindestens zweistelligen Millionenbereich - bei gewissen Konstellationen im dreistelligen Millionenbereich - in den neuen Ländern führen.

Ihre Kollegen aus den Ländern, in denen Grüne Regierungsverantwortung tragen - aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz -, haben dazu eindeutig Stellung bezogen. Sie haben nämlich in einem agrarpolitischen 20-Punkte-Papier definiert: Es ist erforderlich, die Direktzahlungen in Abhängigkeit von der Betriebsgröße degressiv auszugestalten. Da hätte ich mir gewünscht, dass Sie sich von den Äußerungen Ihrer Kollegen im Interesse der Landwirtschaft der neuen Bundesländer distanzieren und dieses Thema nicht verschweigen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der LINKEN)

Ihre Kollegen von der grünen Fraktion sind es auch, die mir und den anderen Kollegen aus den neuen Bundesländern große Schwierigkeiten machen, in den Agrarministerkonferenzen das zu verhindern, was die EU zulasten der neuen Bundesländer durchsetzen möchte.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich zu etwas Grundsätzlichem kommen, was mir eigentlich am meisten Sorge bereitet, wenn ich die grünen Philosophien höre und darüber lese, nämlich zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik, zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft auf unserem Globus. Es leben jetzt ca. sieben Milliarden Menschen auf dieser Erde - sieben Milliarden. Eine Milliarde hungert - jeder siebte.

(Herr Striegel, GRÜNE: Aufgrund unserer Agrarsubventionen!)

Es werden, da die Bevölkerung auf dieser Welt täglich um die Einwohnerzahl Magdeburgs wächst, 2050 etwa neun Milliarden Menschen auf dieser Welt sein. Das heißt, wir müssen, wenn die Zahl der Hungernden, die wir uns eigentlich gegen Null wünschen, nicht weiter steigen soll, für zwei Milliarden Menschen mehr Nahrungsmittel auf dieser Erde erzeugen, und das in einer Situation, in der sich die Ernährungsmuster in den bevölkerungsreichen Staaten ändern - die möchten nämlich mehr Fleisch essen, dann braucht man mehr Fläche pro Einwohner für die Nahrungsmittelsicherung -, in einer Situation, in der wir nicht noch großartig zusätzliche Flächen erschließen können, in einer Situation, in der die Steigerung der Naturalerträge auch nur noch geringfügig möglich ist, in der die Ansprüche an die Landwirtschaft zur Energieerzeugung deutlich steigen.

Meine Damen und Herren! Mit Ihren Konzepten, die weniger Produktivität bedeuten, die eine Einschränkung der Produktivität bedeuten, bekommen wir dieses weltweite Thema nicht in den Griff.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die große Aufgabe der kommenden Generationen: Wie bekommen wir neun Milliarden Menschen auf dieser Erde satt?

(Zustimmung bei der CDU)

Dafür brauchen wir Konzepte. Darauf brauchen wir eine hochproduktive Landwirtschaft. Dafür brauchen wir eine intensive Agrarforschung, über die wir Gott sei Dank in Sachsen-Anhalt noch verfügen.

Meine Damen und Herren! Frau Frederking, deshalb leistet mir Ihr Antrag, den Sie mir für die nächste Agrarministerkonferenz mit auf den Weg geben möchten, nach meiner Auffassung keine Hilfestellung. Deshalb bin ich den Regierungsfractionen außerordentlich dankbar, dass sie einen Alternativantrag formuliert haben, der die Probleme herausarbeitet, der die richtigen Fragen stellt und der auch die richtigen Wege weist.

Deshalb wäre ich dem Parlament außerordentlich dankbar, wenn es zur Verabschiedung dieses Alternativantrags käme. Den würde ich als Rückenstärkung für die nächste Agrarministerkonferenz empfinden. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. Der Kollege Erdmenger würde Ihnen gern eine Frage stellen. Ihre Rückkehr zeigt, Sie wollen sie auch beantworten?

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Das ist als Bereitschaft zu deuten.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wunderbar. - Herr Kollege.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Ich würde gern an den Anfang Ihrer Rede zurückkehren, Herr Minister. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie dargestellt haben, dass die Erosionserscheinungen - wir nennen es Schlammfluten -, die wir erlebt haben, sowohl in den Ortschaften als auch auf den Autobahnen, Ihrer Meinung nach nur mit der Wetterlage und nichts mit der Bewirtschaftung der Felder zu tun hatten, die dort abgeschwemmt wurden?

Zweitens. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Ihrer Meinung nach die Ursache im Anstieg des Grundwassers gefunden werden kann? Versprechen Sie sich deswegen aus dem Grundwasserfonds, über den wir gestern hier gesprochen haben, Abhilfe? Wie hängt das bitte zusammen?

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Sie haben mich richtig verstanden. Ich habe dargelegt, dass es primär das Wetter ist und dass es das Wetter früherer Zeiten war, das zu diesen Erscheinungen geführt hat.

Im Fall Riestedt - dieser Fall ist auch in den Medien sehr ausführlich betrachtet worden - haben unsere Fachleute geprüft, ob dem landwirtschaftlichen Betrieb eine Schuld zuzuschreiben ist. Das ist eindeutig nicht der Fall. Der Betrieb hat entsprechend der guten landwirtschaftlichen Praxis gewirtschaftet. Die Recherchen haben ergeben, dass es solche Vorfälle dort auch schon in früheren Jahrhunderten gegeben hat.

(Zustimmung von Herrn Daldrup, CDU)

Das deutet zumindest darauf hin - in früheren Jahrhunderten gab es noch nicht die Agrarpolitik der Europäischen Union -, dass das, was dort passiert ist, nicht primär von der EU-Agrarpolitik abhängt.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir treten in eine Fünfminutendebatte ein. Der Minister hat allen Abgeordneten etwas Redezeit geschenkt. Man muss das Geschenk nicht annehmen. Als Erste spricht für die SPD Frau Schindler. Bitte schön.

Frau Schindler (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Die Grünen kommen mit ihrem Antrag über Schlammfluten zur landwirtschaftlichen Praxis, zur Agrarpolitik und schließlich zur Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist also in gewissem Sinne ein Generalantrag zur Landwirtschaft im Allgemeinen.

Mit diesem Antrag legt die Fraktion ihre Positionen zu wichtigen agrarpolitischen Themen dar. Das ist legitim und keineswegs zu beanstanden. Es ist aber höchst bedauerlich, dass wir dazu jetzt lediglich eine Fünfminutendebatte führen.

(Zustimmung von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Sie haben gesehen, dass wir in diesem Haus durchaus unterschiedliche Ansichten zur Agrarpolitik haben. Deshalb wäre es aus unserer Sicht angemessener gewesen, dieses Thema im Landwirtschaftsausschuss auf die Tagesordnung zu setzen und darüber ausführlich zu diskutieren. Darauf zielt unser Alternativantrag ab.

Denn bei der Agrarpolitik - dies ist auch in anderen Politikfeldern der Fall - steckt der Teufel bekanntlich im Detail. Ich möchte versuchen, in einem Zeit-

fenster von fünf Minuten und vielleicht einer geschenkten Minute unsere Beweggründe für die differenzierte Haltung zu Ihrem Antrag im Einzelnen und zu unserem Alternativantrag im Besonderen darzustellen.

Sehr geehrte Frau Frederking, die Neuausrichtung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik ist, wie Sie es auch ausgeführt haben, natürlich ein Thema für Europa, vielleicht für den Bund, aber natürlich auch für unser Land Sachsen-Anhalt, das stark von der Landwirtschaft geprägt ist. Uns sollte dieses Thema auch besonders interessieren.

Daher ist es wichtig, dass wir unsere Standpunkte darüber austauschen und auch zu einer intensiven Diskussion darüber kommen. Diese Diskussion sollte - das wurde bereits ausgeführt - nicht nur hier und heute im Rahmen einer Fünfminutendebatte geführt werden, sondern im Rahmen einer Beratung im Ausschuss.

Auch wir unterstützen das europäische Agrarmodell einer flächendeckend wirtschaftenden und multifunktional ausgerichteten Landwirtschaft, die dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips verpflichtet ist.

Wir möchten starke und lebenswerte ländliche Räume, in denen vielfältig strukturierte landwirtschaftliche Unternehmen eine der wirtschaftlichen Säulen im Land darstellen. Für uns sind lebendige ländliche Räume und eine nachhaltige Landbewirtschaftung zwei Seiten einer Medaille der zukünftigen Agrarpolitik.

Landwirte werden auch in Zukunft primär Nahrungsmittel produzieren und dazu beitragen, unsere vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten. Sie werden aber auch dazu beitragen, die umwelt- und klimapolitischen Ziele zu erreichen, und sich als Dienstleister in den ländlichen Räumen verstehen, wie es auch in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Darüber, wie dieses umgesetzt wird, gehen unsere Vorstellungen, wie wir es gerade gehört haben, teilweise auseinander.

Ich kann heute nur kurz auf einige der von Ihnen in dem Antrag formulierten Vorschläge eingehen.

In Ihrem Antrag fordern Sie unter anderem, dass jeder Betrieb einen Anteil von 10 % seiner Fläche für Agrarstrukturelemente und für den Naturschutz zur Verfügung stellen soll. Inhaltlich bedeutet dies, dass nach Ihren Vorstellungen die Landwirte auf betrieblicher Ebene zukünftig analog § 15 des Bundesnaturschutzgesetzes auch Ersatzmaßnahmen durchzuführen haben.

Selbst wenn man das wollte, stünde man vor dem Problem, dass in unserer Flächenstruktur das Eigentum und die Bewirtschaftung der Flächen im-

mer noch zu 80 % auseinanderfallen und nicht identisch sind. Auch müssen Sie bedenken, dass wir ohnehin eine erhebliche Flächenkonkurrenz am Bodenmarkt vor Ort haben.

Von der Landwirtschaft wird zu Recht kritisiert, dass bei Investitionen nicht nur die Investitionsflächen, sondern auch landwirtschaftliche Flächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen bereitgestellt werden müssen. Diese Forderung in Ihrem Antrag geht zulasten landwirtschaftlicher Flächen.

Unbenommen ist die Tatsache - darin stimme ich Ihnen zu -, dass wir zur Verminderung von Boden-erosionen mehr Strukturelemente in der Landwirtschaft brauchen. Ihr pauschaler Ansatz mag gut gemeint sein, geht aber nicht in die richtige Richtung.

Wir haben in der letzten Sitzung des Zeitweiligen Ausschusses „Grundwasserprobleme, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement“ auch über die Möglichkeiten der Landwirtschaft diskutiert und werden uns dazu weiterhin verständigen.

Ein weiterer Punkt Ihres Antrages zielt auf das generelle Verbot genetischer Verfahren ab. Sie haben es in der Begründung zu Ihrem Antrag noch einmal ausgeführt.

Wenn es um die Frage geht, ob wir Bt-Mais brauchen, dann können wir vielleicht eine gemeinsame Meinung finden. In Ihrem Antrag geht es darum, dass generell alle Agrargenetik verboten werden soll. Ich halte diese undifferenzierte Betrachtung für falsch. Ich werde erläutern, warum es hierzu differenzierte Auffassungen gibt.

Jede genetische Veränderung ist nämlich für sich zu betrachten. Wir wollen nicht das Verfahren in Gänze in Deutschland verbieten; denn dann könnten wir auch die Pflanzenzüchtung in Deutschland verbieten. Denn genetische Verfahren in der gleichen Art sind genetische Verfahren in der Pflanzenzüchtung, die nicht zu verbieten sind.

(Herr Striegel, GRÜNE: Da steht aber Gentechnik!)

- Gentechnik, wie Sie es bezeichnen, ist nicht gleich Gentechnik.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Striegel, GRÜNE: Agrogentechnik!)

- In Ihrem Antrag ist von Agrogentechnik die Rede.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Jede Pflanze besteht aus Genen und diese sind zu entwickeln.

Die Regierungsfaktionen haben diese Thematik in einem Alternativantrag aufgegriffen, um sich in die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nach dem Jahr 2013 einzuschalten. Wie bereits von Mi-

nister Aeikens dargestellt, werden in wenigen Tagen die Vorschläge der Kommission veröffentlicht.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenfrage. Wollen Sie sie beantworten?

Frau Schindler (SPD):

Ja.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Bitte.

Herr Striegel (GRÜNE):

Da in unserem Antrag der Begriff „Agrogentechnik“ auftaucht und Sie gerade behauptet haben, unter diesen Begriff würde auch die Züchtung fallen, würde ich Sie gern nach Ihrer Definition von Agrogentechnik fragen; denn der kann ich leider nicht ganz folgen.

(Herr Borgwardt, CDU: Das kann sein! - Weitere Zurufe von der CDU)

Frau Schindler (SPD):

Ich kann Ihrer Definition nicht folgen. So, wie es Frau Frederking ausgeführt hat, geht es um gentechnisch veränderte Lebensmittel. Gentechnische Veränderungen sind auch gentechnische Veränderungen innerhalb einer Art. Das heißt, das, was sich in der Züchtung auf genetische Weise verändert - auch bei der Züchtung verändern sich Gene -, ist auch Gentechnik.

(Zuruf von Herrn Striegel, GRÜNE)

- Gut, dann gehen unsere Auffassungen in Bezug auf die Definition auseinander. Wir können das ausführlich besprechen. Sie verstehen GVO als Gentechnik; wir sehen das anders.

Ich komme zu meinem Vortrag zurück. Wir haben in unserem Antrag unsere Vorstellungen dargelegt. Natürlich gibt es auch innerhalb der Regierungskoalition Diskussionsbedarf, zum Beispiel hinsichtlich des Greenings der Direktzahlungen. Wir sind in unserem Antrag nicht darauf eingegangen, da es hierzu noch Beratungsbedarf unter den Regierungsfaktionen gibt.

Wir haben in Deutschland ein weitreichendes Fachrecht und nach unserer Auffassung müssten unsere Landwirte das Greening nicht fürchten. Der Teufel steckt auch in diesem Fall im Detail.

Daher müssen wir darauf achten, dass das geplante Greening der Direktzahlungen so gestaltet wird, dass sich daraus keine Einschränkungen für die Inanspruchnahme von Umweltprogrammen der zweiten Säule der GAP ergeben. Außerdem darf dies nicht zu einer Verschärfung der Flächenkon-

kurrenz für den Anbau von Nahrungsmitteln oder Rohstoffen führen. Wir halten eine Beteiligung an der Diskussion über die Gestaltung des Greenings für zielführender als, wie es vorgeschlagen wurde, eine bloße Abwehrhaltung.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Alternativantrag, damit wir uns noch ausführlicher damit befassen können.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schindler. - Für die Fraktion DIE LINKE ergreift der Kollege Czeke das Wort. Bitte schön.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein LPG-Vorsitzender hat früher einmal zu mir gesagt: „Am 7. Oktober hältst du keine Rede!“ Ich hätte nicht gedacht, dass das einmal anders kommt.

(Beifall bei der LINKEN - Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Meine sehr verehrten Kollegen von den Grünen, Sie haben dem Minister mit Ihrem Antrag eine Steilvorlage geliefert. Daraus kann er gleich mehrere Regierungserklärungen machen.

Die gemeinsame Agrarpolitik und der Haushalt sind gleichberechtigt. Daher wäre für diese Debatte eine Redezeitstruktur F angezeigt. Vielleicht könnten sich die parlamentarischen Geschäftsführer darauf einmal einigen.

Herr Minister, ich gebe Ihnen gleich zu Beginn meiner Rede einen Spruch mit auf den Weg:

Solidarischer zu leben bedeutet, in der Achtung vor dem Leben Hoffnung für das Leben auf der Erde weiterzugeben. Darin liegt eine tiefe, unerschöpfliche Kraft, dem Egoismus als Triebkraft ökonomischer und politischer Gewalt zu widerstehen.

Das ist nicht von Marx, Engels oder Lenin - Sie sprachen von einem gestörten Verhältnis zu Gott usw. -, sondern Matthäus 25.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist nicht von mir; vielmehr war die Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises so freundlich, mir dies zur Verfügung zu stellen.

Jetzt komme ich zu dem Antrag an sich.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als forstpolitischer Sprecher meiner Fraktion darf ich das einmal wie folgt einschätzen: Manchmal ist es wirklich schwer, den Wald vor lauter Bäumen zu sehen.

Ich will damit sagen, dass es tatsächlich den Anschein hat, dass Sie, wenn man die Vorbemerkung, den Antragstext und die Begründung berücksichtigt, mit einem einzigen Antrag, um nicht zu sagen mit einem einzigen Handstreich, die gesamte europäische und nationale Agrarpolitik umkrempeln wollen, und zwar als „Vorsorge gegen Schlammluten“, zumindest lautet so die Überschrift des Antrages.

Der Antrag konzentriert sich auf Vorschläge für eine europäische Agrarreform. Es ist nicht die erste. Ich erinnere an den Zeitraum von 2000 bis 2006. Zur Halbzeitbewertung im Jahr 2003 gab es ein komplettes Umsteuern und damit auch die Erklärung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Europäischen Union, warum die Mittel für die Landwirtschaft notwendig sind.

Die Vorschläge unterstützen wir ausdrücklich, sind sie doch im Verhältnis 1 : 1 dem gemeinsamen Papier von Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz vom April 2010 mit dem Titel „Für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik“ entnommen.

Die Forderungen in dem Antrag zeigen übrigens auch bemerkenswert viele Überschneidungen mit dem Agrarkonzept der LINKEN. Allerdings beschränkt sich der vorliegende Antrag auf ökologische Forderungen.

Soziale Forderungen fehlen gänzlich, obwohl sie im Text vorkommen - trotz der entsprechenden Antragsüberschrift. Der Erhalt von Arbeitsplätzen in den landwirtschaftlichen Betrieben, Arbeitsbedingungen, Gleichstellungsfragen, die Einführung von Mindestlohn etc. - alles Fehlanzeige. Wie gesagt, auch die Verbindung zu den Schlammlawinen Mitte September 2010 entlang der A 14 im Salzlandkreis ist in dem Antrag schwer auszumachen.

Die Betroffenen in der Region haben sicherlich andere Gedanken als Sie, die einbringende Fraktion. Die von der Freiwilligen Feuerwehr mit Schlauchbooten von ihren Autodächern Geretteten reiben sich nur verwundert die Augen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die Ursache und die Lösung werden von Ihnen leider in der europäischen globalen Landwirtschaftspolitik gesehen. Bei derartigen Pauschalen lohnt sich schon der Blick etwas tiefer.

Gestern war in der „Mitteldeutschen Zeitung“ gleich auf der ersten Seite zu lesen - manchmal ist die „Mitteldeutsche Zeitung“ in Bezug auf agrarische Informationen für Überraschungen gut -, dass Planungsfehler beim Bau von Rückhaltebecken entlang der A 14 zur Verschlammung und Überflutung bei Starkregen führen, was bereits seit 2008 bekannt sei.

Die verantwortlichen Planungsbüros hatten demnach schlichtweg die Löshaltigkeit des Bodens vor Ort übersehen. Somit staut sich das Wasser. Es kann nicht versickern, sondern fließt oberflächlich ab oder bildet künstliche Seen.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Was fehlt uns noch in dem Antrag zur Ursachenfindung? - Deutschland ist in Europa Spitzenreiter im Flächenverbrauch. Allein von 1992 bis 2009 sind knapp 800 000 ha wertvoller landwirtschaftlicher Flächen verloren gegangen. Europaweit beträgt der jährliche Flächenverbrauch etwa 1 000 km²; das ist in etwa die Fläche Berlins. Das entspricht einem Verlust von 4,5 Millionen t Weizen pro Jahr.

Der Beirat zum Bodenschutz im Umweltbundesamt hat vor Kurzem angesichts der prekären Lage in Deutschland drastische Forderungen gestellt: eine schnelle Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 30 ha, mittel- und langfristig auf 0 ha pro Tag.

Wir diskutieren über solche Forderungen schon sehr lange. Es muss endlich etwas passieren. Aus der Sicht der LINKEN können wir nur noch über den Weg dahin diskutieren, aber nicht mehr über das Ziel.

Es ist richtig: Mit rund der Hälfte der Fläche Deutschlands ist die Landwirtschaft ein wichtiger Bodennutzer. Damit hat die Landwirtschaft auch eine hohe Mitverantwortung. Damit bin ich wieder bei Ihnen, ohne Frage.

Bodenschutz ist bei der direkten landwirtschaftlichen Erzeugung relativ einfach und im Grunde genommen unumstritten. Keine Bäuerin und kein Bauer hat daran Interesse, dass es bei der Bewirtschaftung von Böden zur Erosion und zur Minderung der Bodenfruchtbarkeit und damit zur Verminderung der Erträge kommt. Daran hängt einfach die Existenz. Dieses Verständnis ist weit verbreitet, wenn auch die Rahmenbedingungen eines marktradikalen Agrarleitbildes die Spielräume zum Handeln immer mehr verengen.

Die Landwirtschaft ist einerseits Opfer des hohen Flächenverbrauchs, aber andererseits - auch das gehört zur Wahrheit - trägt sie auch kräftig dazu bei. Die Frage ist durchaus berechtigt: Müssen Neubauten für Ställe, Silos oder - gerade jetzt sehr aktuell - Biogasanlagen auf unversiegelten Flächen im Außenbereich gebaut werden?

(Zustimmung bei der LINKEN)

In Deutschland haben wir bereits Stallkapazitäten für rund 13 Millionen Rinder, 27 Millionen Schweine und 130 Millionen Stück Geflügel. Nahezu überall liegt die Erzeugung über dem Bedarf. Aber wir führen - geradezu unverständlich - Schweinefleisch aus den Niederlanden und Dänemark in erheblichen Größenordnungen ein. Aber das ist auch Europa. Zudem konzentriert sich die Tierhaltung

immer mehr in bestimmten Regionen. Das ist durchaus beängstigend.

Es gab übrigens auch einmal Zeiten mit gepflegten Entwässerungsgräben und Melioration.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dass diese verkrauten und verschüttgehen, ist auch ein Verdienst früherer Landesregierungen und entsprechender Mehrheiten im Landtag, im Hohen Haus. Diese Gräben wurden kurzerhand als Gewässer zweiter Ordnung eingestuft - für die, die jetzt fragen, wie das kommt, erkläre ich es - und den Unterhaltungsverbänden überantwortet. - So weit, so gut.

Wie es mit deren finanzieller Unterstützung im Landeshaushalt aussieht, wissen nur wenige Eingeweihte im Hohen Haus. Aber wir können es uns in den nächsten Wochen wieder vor Augen führen.

Auch die Privatisierungspolitik der BVVG hat ganze Arbeit geleistet, weil bei der Entschädigung und Veräußerung der Flächen gerade Entwässerungsgräben außen vor gelassen wurden.

Wir würden gern in den Ausschüssen für Umwelt, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, aber auch für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und im Zeitweiligen Ausschuss „Grundwasserprobleme, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement“ weiter darüber diskutieren.

In dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen wird übrigens - mit Ausnahme der übernommenen Überschrift - nichts zum Schlammproblem ausgeführt. Er wird also dem Problem der tatsächlich Betroffenen nicht gerecht. Hierin geht es nur um Agrarpolitik.

(Zuruf von Herrn Daldrup, CDU)

Aber Agrarpolitik ist eben keine reine Bauernpolitik, Herr Kollege Daldrup, sondern landwirtschaftliche Entwicklungspolitik. Diese soll marktorientiert und wettbewerbsfähig sein. Dies führt allerdings, gepaart mit niedrigen Erzeugerpreisen, erst recht zur Intensivierung der Landwirtschaft und damit natürlich auch zur Umweltzerstörung, wenn man nicht aufpasst.

Unter dem Deckmantel des bürokratischen Aufwands sollen die zweite Säule und Cross Compliance weiter geschwächt werden.

Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Greening auch hinsichtlich der ersten Säule wird in der Begründung zu dem Alternativantrag abgelehnt.

In NRW hat die Sozialdemokratie, übrigens zusammen mit GRÜNEN und LINKEN, einen derartigen Antrag der CDU abgelehnt. Da scheint Frau Budde dem Koalitionspartner doch auf den Leim gegangen zu sein. Vielleicht sollte unsere SPD in

Sachsen-Anhalt einfach einmal früher aufstehen und nicht die Zeit mit der CDU verschlafen.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Schröder, CDU: Oh!)

Frau Kollegin Frederking, bei dem Thema WTO bin ich vollkommen bei Ihnen. Ich habe in den letzten 15 Jahren als Betriebsleiter immer gesagt: Die amerikanische Seite ist maßgeblich dafür zuständig. Die kommt immer zu WTO- Verhandlungen - -

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Kollege, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie das Geschenk des Ministers inzwischen voll ausgereizt haben.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Oh, prima.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Das mache ich. - Die WTO kommt immer dann zu Verhandlungen, wenn die Ernte in Europa relativ schlecht ist.

Wir sollten das einmal komplett ausblenden und einmal andere Sachen festlegen. Bei der Fruchtfolge haben Sie in mir einen absolut bekennenden Freund. Denn die Leguminosenproblematik haben wir schon im Zusammenhang mit der Bovinen Spongiformen Enzephalopathie - wer es nicht mehr weiß: BSE - behandelt. Wir haben darauf hingewiesen, dass es mit dem Mais nicht mehr so weitergeht.

Man muss natürlich auch bei der A 14 die Problematik der Windmühlen berücksichtigen. Das zwingt die Landwirte oft, die Pflugrichtung, wie sie sie gern wollten, nicht einzuhalten.

Mit einem Märchen, Herr Dr. Aeikens, möchte ich auch aufräumen und damit meine Rede beenden. Ich habe oft genug gehört, dass Sie der Verfechter der These sind,

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Enden Sie bitte kurz!

Herr Czeke (DIE LINKE):

- ja - dass derzeit eine Milliarde Menschen hungern. Dabei kann man auch zu dem Schluss kommen, dass wir GVO brauchen, um sie satt zu kriegen.

Wenn wir endlich den Zustand beenden, dass 30 % der auf der Welt erzeugten Nahrungsmittel vernichtet werden, dann hat diese eine Milliarde Menschen, die derzeit hungert, genug zu essen

und in Zukunft auch die anderen Milliarden. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Daldrup. Bitte schön.

Herr Daldrup (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So manche Kausalität, die hier hergestellt wird, ist schon bemerkenswert.

(Zustimmung von Herrn Leimbach, CDU)

Da ist die BVVG für die Schlammflut zuständig, da ist der fehlende Landeszuschuss für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und für die ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung zuständig, da ist die Agrarpolitik für die Schlammfluten zuständig.

Wenn das von außen betrachtet wird, dann muss man sich schon etwas fragen lassen. Das muss ich wirklich sagen.

Meine Damen und Herren! Die „Halberstädter Volksstimme“ hat eine Rubrik, die heißt „Vor 100 Jahren“. Sie ist für mich aus zwei Gründen immer lesenswert. Der eine Grund ist die Geburten- und Sterbestatistik. Die ist deutlich besser als die heutige. Der zweite Grund ist, dass darin auch immer Berichte über die Wetterlagen veröffentlicht werden.

Wer das in diesem Jahr verfolgt hat, der hat festgestellt, dass es mehrere Artikel über außerordentliche Trockenheit gab und einen Artikel über außerordentliche Starkniederschläge, die zu Überflutungen geführt haben.

Der Minister hat mir vorhin, als er die Nachfrage beantwortet hat, die Pointe weggenommen: Zu der Zeit gab es keine Agrarpolitik der EU und damals gab es auch schon Schlammfluten.

Das allein auf eine großflächige Bewirtschaftung zurückzuführen, ist, glaube ich, falsch. Nichtsdestotrotz ist die Frage der großflächigen Bewirtschaftung durchaus eine Frage, die man stellen kann. Aber in den letzten 20 Jahren - das sage ich auch - ist durch die Bewirtschaftungsform gerade bei uns in Sachsen-Anhalt, durch konservierende Bodenbearbeitung, auch durch Fruchtfolge und durch das richtige Handeln von vielen Betriebsleitern insbesondere im Erosionsbereich eine Menge passiert und, wie ich glaube, auch auf den richtigen Weg gebracht worden. Deshalb sind wir auf dem richtigen Weg. - So weit zur Vorrede.

Zum Antrag selbst. Ich kann dem Antrag natürlich nicht zustimmen. Ich finde es bemerkenswert, dass dieser Antrag ein Sammelsurium von Platti-

tüden und Thesen enthält, die erstens meiner Meinung nach falsch sind und zweitens einer Ideologie entsprechen, die überhaupt nicht erkennt, was Landwirtschaft, was landwirtschaftliche Bewirtschaftung bedeutet. Sie bedeutet nämlich nicht nur Wirtschaft, sondern auch Gesellschaftspolitik und Umweltpolitik.

Einen ganzheitlichen Ansatz kann ich an dieser Stelle nicht erkennen. Wenn man sich mit diesen Fragen beschäftigt, dann kann man eben die Landwirtschaftspolitik nicht nur unter dem Aspekt der Umweltpolitik betrachten. Man muss dann schon sagen: Jawohl, hier ist ein Punkt, der auch ganzheitlich betrachtet werden muss. Dazu gehört eben auch, dass es im ländlichen Raum Menschen gibt, die davon leben.

Wenn wir uns in Sachsen-Anhalt den ländlichen Raum ansehen, dann stellen wir fest, dass die Landwirtschaft nach wie vor einer der wesentlichen Wertschöpfungsgeber im ländlichen Raum, in den Dörfern ist. Dann können wir nicht nur sagen: Wir müssen sehen, dass wir zusätzliche Flächen - die 10 % - der Ökologie zur Verfügung stellen. Wie das mit den Bedarfen, die wir haben, in Einklang zu bringen ist, kann ich nicht nachvollziehen.

Wir können auch nicht sagen: alles in die zweite Säule, und die erste Säule noch einmal zusätzlich beanspruchen. Das ist aus zwei Gründen völlig daneben.

Der erste Grund ist folgender: Wir haben in der ersten Säule sozusagen schon ein Greening, nämlich die Cross Compliances. Diese sind verpflichtend. Deswegen sind es öffentliche Gelder für öffentliche Güter. Das ist schon der Fall.

Der zweite Grund ist folgender: Alles, was wir an dieser Stelle zusätzlich machen, bedeutet zusätzlichen Aufwand an Verwaltung und Kontrolle.

Wenn man das konsequent fortsetzt und dabei auch die Frage stellt - wie die EU-Kommission es im Moment tut -: „Wer ist Landwirt, und ab welcher sozusagen geldlicher Einnahmequelle wollen wir die Landwirtschaft nicht mehr fördern?“, dann müssen wir feststellen, dass wir in Sachsen-Anhalt dann eine zusätzliche Behörde oder eine zusätzliche Stelle schaffen müssen, die erst einmal feststellt, wer wie viel verdient usw., und Ausschlusskriterien festlegt.

Wer das in Sachsen-Anhalt unter den Gegebenheiten unseres Personalentwicklungskonzepts, unseres Haushalts administrieren soll, ist mir vollkommen schleierhaft. Das geht gar nicht. Das ist in Sachsen-Anhalt klipp und klar nicht umsetzbar. Das ist nicht durchführbar. Deshalb ist es schon aus diesem Grund abzulehnen.

Ich will noch zwei Sätze sagen; die Zeit ist schon fast abgelaufen. Zur Kappung ist für uns in Sachsen-Anhalt klar zu sagen: Sie ist abzulehnen, und zwar aus den gerade von mir noch einmal genann-

ten Gründen der Bürokratie. Sie ist auch nicht gerecht. Sie ist zumindest in der Form, wie sie vorgesehen ist, nicht umsetzbar und deshalb für uns nicht akzeptabel.

Wir wollen, dass wir in Sachsen-Anhalt eine fortschrittliche, zukunftsorientierte Landwirtschaft behalten und weiterentwickeln, dass wir sie mit Natur- und Umweltschutz in Einklang bringen und dass wir die Interessenkonflikte, die in diesem Bereich bestehen, innerhalb unseres Landes vernünftig ausgleichen. Dazu gehört eine ganzheitliche Betrachtung, nicht nur die Betrachtung unter dem Aspekt des Natur- und Umweltschutzes.

Wir werden uns darüber sicherlich im Ausschuss häufiger unterhalten. Ich hätte mir gewünscht, dass wir dieses Thema in einer größeren Debatte mit viel mehr Zeit einmal vernünftig auseinanderklamüsern, um die Unterschiede deutlich zu machen.

Dann wird auch deutlich, dass die Grünen an dieser Stelle nicht im Interesse des Landes sprechen, sondern aus rein populistischen Erwägungen heraus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Daldrup. - Frau Frederking, Sie nehmen noch einmal das Wort. Bitte schön.

Frau Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Aeikens, Ihre Ausführungen zu den EU-Agrarexportsubventionen haben mich enttäuscht. Sie haben dargestellt, dass es um unsere Arbeitsplätze geht. Ich hatte ausgeführt, dass wir damit Arbeitsplätze und landwirtschaftliche Strukturen in den Schwellenländern und insbesondere in den Dritte-Welt-Ländern zerstören. Das ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir auch diese Leute im Blick haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Wir exportieren zum Beispiel Milchpulver zu Preisen, die geringer sind als die Kosten, zu denen in diesen Ländern Milch erzeugt werden kann. Die Viehzüchter in Ländern wie Burkina Faso, die einen Anteil von 10 % an der Bevölkerung ausmachen, bleiben auf ihrer Milch sitzen. In Bangladesch haben die verzweifelte Bauern ihre Milch auf die Straßen gekippt. Das sind die Realitäten. Ich denke, an diese Menschen sollte man auch denken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Sie haben die Frage gestellt, wie wir die Menschen satt bekommen sollen. Ich fand die Antwort von

Herrn Czeke sehr gut und das, was er gesagt hat, sehr berechtigt. Das ist sicherlich ein Ansatzpunkt.

Ein zweiter Ansatzpunkt ist, dass wir auch unsere Lebensweise anschauen müssen. An dieser Stelle sage ich Ihnen, Herr Minister Aeikens: Lassen Sie uns zum Sonntagsbraten zurückkehren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Herrn Krause, Salzwedel, DIE LINKE)

Frau Schindler, Sie haben den Begriff Agrotechnik in diesem Hohen Haus heute neu definiert. Ich möchte klarstellen, worum es bei der Agrotechnik geht. Es geht um gentechnische Verfahren, das heißt, im Labor werden Gene mechanisch ausgeschnitten und von einer Art in eine andere Art übertragen,

(Frau Schindler, SPD: Es geht auch um gleiche Arten!)

beispielsweise indem man eine Gensequenz eines Bakteriums in eine Maispflanze einbringt, wie beim Mais „Mon810“,

(Herr Daldrup, CDU: Das ist nur eine Firma!)

oder ein Mäusegen in eine Erbse. Ich frage Sie: Wie wollen Sie das züchten? Bringen Sie einmal eine Maus und eine Erbse zusammen. Was soll dabei herauskommen?

(Beifall bei den GRÜNEN - Herr Czeke, DIE LINKE: Eine Erdbeere! - Herr Daldrup, CDU: Eine Erbse mit großen Ohren! - Heiterkeit bei der CDU)

Die GAP ist natürlich nicht für die Schlammfluten verantwortlich. Sie kann aber helfen, wenn wir umsteuern, indem wir das Geld für bestimmte Maßnahmen einsetzen, damit die Erosion zurückgeht und damit solche dramatischen Effekte, wie wir sie gerade erlebt haben, verhindert werden. Das wäre auch gut für die Landwirtschaft, die dann natürlich keine Rückschläge mehr hinnehmen müsste.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Daldrup, Sie erwähnten den bürokratischen Aufwand. Die Direktzahlungen sind zurzeit allein an die Größe der Fläche gebunden, die sich einfach ermitteln lässt. Es kann gut sein, dass sich der bürokratische Aufwand durch die Einbeziehung weiterer Kriterien erhöht. Aber diese Befürchtung, sei sie auch durchaus berechtigt, darf doch nicht dazu führen, dass wir die Chance verpassen, systematisch - darum geht es - mehr gegen die Bodenerosion zu tun, mehr für eine gute Gewässerqualität, mehr für den Klimaschutz und mehr für den Erhalt der Artenvielfalt zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN - Herr Daldrup, CDU: Das können wir auch ohne Bürokratie! Die brauchen wir nicht!)

Es muss doch ganz anders gewichtet werden. Das Ziel Bürokratieabbau darf doch nicht über die Auf-

gabe gestellt werden, Probleme, die unsere Existenz betreffen, zu bewältigen.

(Herr Daldrup, CDU: Aber es geht auch ohne!)

Die Direktzahlungen sind zurzeit ausschließlich an die Flächengröße gebunden. Zurzeit gibt es keine Kappungsgrenze. 0,5 % der Betriebe bekommen Direktzahlungen in Höhe von jeweils mehr als 300 000 €. 51 % der Betriebe bekommen Direktzahlungen in Höhe von bis zu 5 000 €.

Nun kann man sagen: Je größer die Fläche, desto höher der Arbeitsaufwand. - Ja, das ist richtig, aber das ist doch kein linearer Effekt. Das wird deutlich, wenn man sich einmal die Höhe der Förderung pro Arbeitskraft ansieht, wenn man das zueinander in Bezug setzt.

In Sachsen-Anhalt gibt es Betriebe mit großen Flächen. Diese Betriebe haben im Jahr 2008 Direktzahlungen in Höhe von mehr als 25 000 € pro Arbeitskraft bekommen. In Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen mit einer kleinteiligeren Landwirtschaft waren es 10 000 € pro Arbeitskraft.

Die Landwirtschaft sorgt für Arbeitskräfte im ländlichen Raum und somit natürlich auch für die Attraktivität des ländlichen Raums. Das ist doch genau das, was wir wollen und wofür wir uns einsetzen müssen.

(Zustimmung von Herrn Erdmenger, GRÜNE)

In dem Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD wird eine Reduzierung der betriebsgrößenabhängigen Direktzahlungen kategorisch abgelehnt. Das können wir nicht verstehen. Wir sträuben uns nicht gegen die Überlegungen der EU und des EU-Parlaments, Herr Czeke, der Höhe der Direktzahlungen soziale Kriterien wie die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zugrunde zu legen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden darüber noch intensiv diskutieren. Wir wollten Sie heute mit den ersten Vorschlägen überraschen,

(Herr Czeke, DIE LINKE: Das ist Ihnen gelungen!)

wir wollten Sie jedoch nicht überfordern, indem wir jetzt auch noch über die Kappung reden.

Lassen Sie uns hinsichtlich der EU-Agrarreform Schritte in Richtung auf eine nachhaltige Landwirtschaft gehen, die im Einklang mit Mensch und Natur wirklich zur Lösung der Probleme unserer Zeit beiträgt. Stimmen Sie deshalb unseren Vorschlägen zum Greening der ersten Säule zu, die vorsehen, dass die EU-Agrarsubventionen abgeschafft werden und Maßnahmen, die zu den neuen Herausforderungen zählen, weiterhin ausreichend

über die zweite Säule finanziert werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Frederking, würden Sie eine Frage der Kollegin Schindler beantworten?

Frau Frederking (GRÜNE):

Ja.

Frau Schindler (SPD):

Es ist keine Frage, sondern eine Klarstellung zu dem Begriff der Gentechnik. Ich hatte das auch dargestellt: Es geht nicht um gentechnische Maßnahmen unter Einbeziehung verschiedener Arten, sondern lediglich um gentechnische Veränderungen innerhalb einer Art. Diese Gentechnik ist besonders zu betrachten.

(Herr Lange, DIE LINKE: Nein, ist sie nicht! Das stimmt nicht!)

Ich möchte jetzt nicht Ihre oder eine andere Definition heranziehen. Ich habe deutlich gemacht, was wir darunter verstehen wollen: Wenn wir von genetischen Veränderungen innerhalb einer Art sprechen, dann reden wir von Züchtung und von genetischen Veränderungen durch Züchtung. Das ist die Abgrenzung, die wir vornehmen wollen. Wir wollen nicht pauschal jede Art der Agrogentechnik ausschließen, sondern differenzieren dabei.

(Herr Borgwardt, CDU: Wir wollen keine Möhren mit Ohren! - Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Möchten Sie antworten? - Es wird hochwissenschaftlich.

Frau Frederking (GRÜNE):

Es wird hochwissenschaftlich, ja. - Bei der Gentechnik geht es immer darum, dass man Sequenzen verändert, dass man das Genmaterial einer Pflanze verändert und es dann in die Natur ausbringt. Diese Dinge geschehen zunächst im Labor, aber dann wird die genetisch veränderte Pflanze in die Natur ausgebracht. Das löst Vorgänge aus, die wir nicht im Griff haben. Mir sind aus der Anwendungsgentechnik nur Maßnahmen bekannt, bei denen es um unterschiedliche Arten geht.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Wir treten damit in das Abstimmungsverfahren ein. Ich habe keinen Antrag auf Überweisung vernommen.

(Herr Czeke, DIE LINKE, meldet sich zu Wort)

- Herr Czeke, habe ich bei Ihnen etwas überhört? Dann sagen Sie es jetzt bitte noch einmal.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich hatte beantragt, dass der Antrag der Fraktion GRÜNE an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, an den Ausschuss für Umwelt, an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien und an den Zeitweiligen Ausschuss „Grundwasserprobleme, Vernässungen und das dazugehörige Wassermanagement“ überwiesen wird.

(Herr Borgwardt, CDU: Ja, ist klar!)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Okay, dann haben wir das jetzt alle noch einmal gehört.

(Unruhe)

Gibt es noch Unklarheiten, was den Antrag angeht? - Nein. Dann lasse ich zuerst darüber abstimmen, ob der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die genannten Ausschüsse überwiesen werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit hat der Antrag auf Überweisung keine Mehrheit gefunden.

Ich lasse deshalb über die Anträge selbst abstimmen. Zuerst stimmen wir über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 6/446 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich lasse deshalb über den Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drs. 6/461 abstimmen. Wer stimmt dem Alternativantrag zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist dieser Antrag angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 16 ist erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beratung

Den demografischen Wandel gestalten

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/443**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/470**

Den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD bringt Herr Scheurell ein.

Herr Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nahezu alle politischen Entscheidungsprozesse, mit denen sich der Landtag von Sachsen-Anhalt befasst, sind von einer gesellschaftlichen Entwicklung überlagert. Diese Entwicklung entzieht sich nahezu vollständig einer politischen Regelung. Wir haben das gestern in einer politischen Debatte auch wieder feststellen müssen.

Seit Jahrzehnten beobachten wir in Deutschland eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Diese ist nicht in jedem Fall problematisch. Wenn aber ein komplettes Sozialsystem auf der Annahme einer konstanten oder sogar kontinuierlich wachsenden Bevölkerungszahl aufbaut, die Bevölkerungsentwicklung aber rückläufig und durch einen zunehmenden Alterungsprozess der Gesellschaft gekennzeichnet ist, dann ist der demografische Wandel tatsächlich eine Herausforderung, die wir gestalten müssen. Der vorliegende Antrag macht deutlich, dass sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen dieser Herausforderung stellen.

In Mitteldeutschland haben wir nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zuerst eine große Zunahme der Bevölkerung erlebt, weil die Heimatvertriebenen aus den Ostgebieten bei uns eine neue Heimat finden mussten. Unmittelbar danach haben wir aber erlebt, wie ein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang einsetzte. Dieser setzte mit der Errichtung der sowjetischen Besatzungszone ein. Millionen DDR-Bürger trauten weder den Verheißungen des real existierenden Sozialismus, noch konnten sie die Diktatur des Proletariats länger ertragen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt auch nach der Herbstrevolution im Jahr 1989 rückläufig war und ist. Lebten im Jahr 2007 noch rund 2,4 Millionen Einwohner in Sachsen-Anhalt, so werden es im Jahr 2020 nach den Berechnungen des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr nur noch rund 2,1 Millionen Mitbürger sein.

Für die politische Bewertung noch wesentlicher ist die Betrachtung der Bevölkerungskohorten. Im Jahr 2007 betrug der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Sachsen-Anhalt 15,4 %, der Anteil der über 65-Jährigen rund 23 %. Während der Anteil der unter 20-Jährigen bis zum Jahr 2020 weiter auf 14,2 % sinken wird, wird der Anteil der über 65-Jährigen auf 28,8 % steigen. Einem jeden aus dieser Gruppe sei es gegönnt, im Alter die Früchte seines Arbeitslebens zu genießen. Dieser Prozess verläuft in seinen statistischen Eckwerten auch in den anderen mitteldeutschen Ländern sehr ähnlich.

Zwei weitere Bemerkungen zur Verdeutlichung der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt.

Die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose geht von 1,94 Millionen und die Europop-Studie 2008 geht von weniger als zwei Millionen Menschen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2025 aus. Hinzu kommt, dass aufgrund der überdurchschnittlich häufigen Abwanderung von Frauen auch 40 % der potenziellen jungen Mütter fehlen werden.

Des Weiteren wird sich aufgrund der Zusammensetzung der Bevölkerung in den nächsten 20 Jahren die Alterung der Gesellschaft in Mitteldeutschland mit allen damit verbundenen Herausforderungen für die Stadt- und Wohnumfeldgestaltung dramatisch bemerkbar machen. Die weit überwiegende Mehrheit der über 65-Jährigen lebt heute noch in ganz normalen Wohnungen, also in solchen, die nicht an die Bedürfnisse älterer und hochbetagter Menschen angepasst sind.

Im Zusammenhang mit der Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum werden noch ganz andere Probleme auf uns zukommen. Wir haben uns demnächst im Landtag mit den Regionalisierungs- und Entflechtungsmitteln zu beschäftigen.

Die demografische Entwicklung wird uns vor weitreichende Herausforderungen stellen. Man kann diese Herausforderungen nur bedingt lösen, wenn man reflexartig nach höheren Renten im Osten ruft; denn das Problem ist, dass eine Rente stets von den aktuell Beschäftigten zu erwirtschaften ist. Wenn aber der Anteil der älteren Bevölkerung in der Gesellschaft deutlich wächst, der Anteil der Jüngeren und deren finanzielle Belastbarkeit aber nicht, dann wird dieser Ansatz - abgesehen davon, dass er an der demografischen Entwicklung nichts ändert - wohl nicht als ein generationengerechter Ansatz angesehen werden können.

Ein zweiter Ansatz der vereinigten Linken - Herr Lafontaine hat ihn am vergangenen Sonntag im Fernsehen vorgetragen - ist, die Löhne zu erhöhen; denn dann würden die Renten steigen. Das klingt gut, weil es keine Verlierer gibt. Der Arbeitnehmer hat mehr Lohn und der Rentner hat mehr Rente. Prima!

Jetzt muss Herr Lafontaine den Menschen aber nur noch erklären, wie er als Politiker einen Lohn, der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt wird, erhöhen möchte. Mindestlöhne dürfen schon deswegen als Lösung entfallen, weil sie, wenn sie unterhalb des Gleichgewichtslohns platziert werden, ökonomisch ohne Wirkung bleiben. Wenn sie oberhalb des Gleichgewichtslohns platziert werden, wie es die vereinigte Linke fordert, dann führt dies dazu, dass ein Arbeitsplatz aufgrund des Lohnkostendrucks für den Arbeitgeber entfällt. Damit entfällt allerdings auch ein Arbeitnehmer, der in die Rentenkasse einzahlt.

Hinter den Aussagen von Herrn Lafontaine steht noch immer der alte keynesianische Denkansatz, der nun im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise mehr und mehr zu Grabe getragen wird.

Es ist ökonomisch nun einmal leider nicht möglich, sich reichzukonsumieren. Bei gleicher Finanzausstattung ist jemand, der Geld ausgibt, ärmer als jemand, der kein Geld ausgibt.

(Beifall bei der CDU)

Das kann sich jeder mithilfe des Einkaufswagen-experiments selbst vor Augen führen.

Vor dem gleichen Problem steht nun auch der von der LINKEN geforderte Staat, der meint, Vollbeschäftigung auch über den öffentlichen Dienst zu organisieren, wie wir es jetzt in Griechenland miterleben müssen.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ich weiß, das alles ist redundant für Sie. Sie haben heute in der Haushaltsdebatte wieder davon gesprochen. Ich erwarte dann Angaben dazu, wie wir demnächst enteignet werden und wer wann dran ist.

(Widerspruch bei der LINKEN)

- Sie verfallen da in alte Denkansätze. Wir haben das heute früh hören müssen. Ich habe mich da sehr zurückhalten müssen.

(Frau Dr. Paschke, DIE LINKE: Wir auch!)

- Ich frage nicht zum Spaß, wann die S4000 wieder vorgefahren kommen und die Mannschaften der Volkspolizei herunterspringen und uns abholen.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ja, ja. Sie haben die alten Denkstrukturen leider zu oft beibehalten und sehr verinnerlicht.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ja, auch ich; da haben Sie Recht.

(Herr Dr. Schellenberger, CDU: Lass dich nicht provozieren!)

Die CDU-Fraktion hält wenig davon, die demografische Entwicklung als einen Vorwand für gesellschaftliche Verteilungsdebatten zu nutzen. Das, was wir wollen, ist eine übergreifende Handlungsstrategie, die bei jedem Einzelnen von uns das Bewusstsein für die Herausforderungen, aber auch die Chancen der demografischen Entwicklung schärft, getragen von öffentlichen Institutionen, Verbänden und Unternehmen.

Alle Unternehmen und auch alle öffentlichen Akteure haben ein Eigeninteresse daran, auch personell nachhaltig zu wirtschaften. Hierbei sind die mitteldeutschen Länder in einer besonderen Verantwortung. Ich habe die statistischen Eckwerte benannt.

Deswegen wollen wir, dass das Land Sachsen-Anhalt, gerade auch vor dem Hintergrund des vor wenigen Tagen veröffentlichten Handlungskonzepts

des Bundes und der neuen Länder unter dem Titel „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“, seine bereits vorhandenen Handlungsinstrumente noch deutlicher konturiert und weiterentwickelt. Diese Handlungsstrategie ist erst der Auftakt für die Verhandlungen zur Formulierung einer übergreifenden Demografiestrategie der Bundesregierung, in die sich unser Bundesland Sachsen-Anhalt aktiv einbringen wird. Hierfür leistet dieser Antrag einen ersten Beitrag.

Heute habe ich es geschafft, noch ein bisschen Zeit übrig zu haben. Ich werde diese Zeit jetzt nicht dazu nutzen, alte, bekannte Dinge auszutauschen. Sie haben in mir immer jemanden, der die Vergangenheit nicht vergisst. Das habe ich im Jahr 1989 auf einem Transparent vor mir her getragen. Ich vergesse die Vergangenheit nicht, dessen dürfen Sie sich sicher sein. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wir danken Ihnen, Herr Scheurell. - Wir treten jetzt in eine Fünfminutendebatte ein. Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt Herr Dr. Köck.

(Zuruf)

- Entschuldigung, ich habe die Landesregierung vergessen, und dabei steht es extra hier. Entschuldigung, Herr Dr. Köck, dass ich Sie hochgeschuecht habe. - Lieber Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Werter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Nur wenige gesellschaftliche Themen haben uns in den letzten Jahren so beschäftigt wie der demografische Wandel mit all seinen vielfältigen Auswirkungen auf alle Bereiche unseres Lebens.

Die Demografie ist ein Querschnittsthema, das Konsequenzen in vielfältigster Weise nach sich zieht. Deshalb freue ich mich ganz besonders darüber, dass sich die Abgeordneten des Landtages mit dem demografischen Wandel intensiv auseinandersetzen; denn nur gemeinsam - ich betone: gemeinsam - können wir die Zukunft unseres Landes gestalten.

Sachsen-Anhalt konnte in den vergangenen 20 Jahren vielfältige Erfahrungen im Umgang mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung sammeln. Auf diesen breiten Erfahrungsschatz hat der Beauftragte der neuen Länder bei der Entwicklung des Handlungskonzeptes „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ zurückgegriffen. Der Fokus bei der Erarbeitung durch uns lag in ausgewählten Bereichen der infrastrukturellen Versorgung.

In dem Handlungskonzept wurde herausgearbeitet, dass Demografiepolitik eine nationale Aufgabe ist und dass eine abgestimmte Demografiestrategie von Bund und Ländern unerlässlich ist. Für die Ministerpräsidentenkonferenz Ost am gestrigen Tage wurde dazu von den ostdeutschen Bundesländern ein Beschlussvorschlag vorbereitet, der eine dauerhafte Einbindung bei der Erarbeitung der Demografiestrategie des Bundes vorsieht.

Vor dem Problem des demografischen Wandels werden mittelfristig alle Bundesländer stehen. Deshalb ist dies ein gesamtdeutsches Problem, bei dem die ostdeutschen Länder aufgrund des früheren Eintritts des demografischen Wandels Vorreiter sind.

Im Frühjahr 2011 wurde durch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr eine Analyse zur Bevölkerungsentwicklung im europäischen Vergleich in Auftrag gegeben. Hierin wurde noch einmal auf die besondere demografische Situation Sachsen-Anhalts und der ostdeutschen Bundesländer innerhalb Europas aufmerksam gemacht.

Auch hierzu wurde der Ministerpräsidentenkonferenz Ost ein Beschlussvorschlag unterbreitet. Dieser zielt darauf ab, eine mögliche Verankerung eines demografierelevanten Faktors bei der Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik nach dem Jahr 2013 aufzunehmen; denn gerade für die Zusammenarbeit auf transnationaler Ebene in Europa ist es wichtig, die Förderfähigkeit von Regionen nicht einzuschränken.

Zahlreiche Aktivitäten der Ressorts in europäischen Projekten zeigen das Interesse an einem Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene. Dies fördert auch den Zusammenhalt und das Zusammenrücken innerhalb Europas.

Wir bekommen schon jetzt einige Rückfragen zu dem Preis, den wir im Sommer dieses Jahres in Barcelona für IBA Stadtumbau 2010 erhalten haben. Gerade bei diesem Projekt wurde der Fokus auf den Stadtumbau bei zurückgehender Bevölkerungszahl gelegt und insbesondere die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort in den Vordergrund gestellt. Das hat die Jury dazu bewogen, uns vor New York den ersten Preis zu geben.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur die übergeordnete Ebene, sondern auch wir in Sachsen-Anhalt haben mit dem Förderprogramm „Demografie und Regionalentwicklung“ gesellschaftliche Akteure zur Mitgestaltung des demografischen Wandels aufgerufen. Mithilfe der Stabsstelle „Demografische Entwicklung und Prognosen“ im Ministerium konnte ein Förderprogramm initiiert werden, das es Gemeinden, Vereinen, Stiftungen oder auch öffentlichen Unternehmen erlaubt, ganz gezielt Ideen und Projekte zu verwirklichen, die zur Aufrechterhaltung der Daseinsvor-

sorge dienen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sichern helfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Fachkräftesicherungspakt hat das Ziel, alle Akteure in den Diskussionsumsetzungsprozess einzubeziehen, die von den Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt betroffen bzw. die für die Umsetzung von Strategien zur Linderung entsprechender Auswirkungen verantwortlich sind.

Eine Berichterstattung in den Ausschüssen für Wissenschaft und Wirtschaft, für Arbeit und Soziales, für Bildung und Kultur sowie für Landesentwicklung und Verkehr trägt wesentlich zur Transparenz des Diskussions- und Umsetzungsprozesses bei und wird durch die Staatskanzlei ausdrücklich unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! So wichtig die Gemeindegebietsreform für Sachsen-Anhalt war, so schwierig ist die Erfassung von Bevölkerungskennziffern auf der Gemeindeebene. Durch die Zusammenlegung mehrerer Gemeinden ist die Erfassung für kleinteilige Orte, insbesondere für Zentrale Orte, auf der Grundlage des Statistikgesetzes derzeit nicht möglich. Nach dem Statistikgesetz Sachsen-Anhalts müssen die Gemeinden die Bevölkerungszahlen nur für die gesamte Gemeinde und nicht für einzelne Ortsteile erfassen. Für bedarfsgerechte Planungen und Fachplanungen bringt das natürlich Probleme.

Wir alle kennen die drittgrößte Stadt Deutschlands, nämlich die Stadt Gardelegen mit den vielen Ortsteilen. Für solche Strukturen ist eine Änderung sehr wichtig. Ich werde mich bemühen, das in die Novellierung des Landesplanungsgesetzes aufzunehmen, damit hier etwas passieren kann.

Ich sehe, dass meine Redezeit schon etwas überschritten ist. Ich möchte Ihnen aber noch etwas mitteilen: Es gibt eine Internetadresse, nämlich www.demografie.sachsen-anhalt.de, wo Sie alle Informationen zum demografischen Wandel nachlesen und auch den Regionalkompass von Sachsen-Anhalt einsehen können.

Ein Wort noch zum Antrag der LINKEN. Darin ist ja bemängelt worden, dass es noch keine Zusammenarbeit gibt, nachdem im Februar die Zusammenarbeit zwischen Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt beschlossen worden ist.

Diese Zusammenarbeit gibt es auf Arbeitsebene. Wir werden uns auf Ministerebene am 6. Dezember 2011 um 18 Uhr in Dresden zum mitteldeutschen Demografiedialog treffen. Daran sieht man, dass es kein Papiertiger ist. Wir arbeiten im Interesse unserer Menschen in der Demografie mit diesen beiden Ländern zusammen. Drei Länder, ein Ziel. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt hat Herr Dr. Köck das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Herr Präsident! meine Damen und Herren! Herr Scheurell, eines ist sicher: Ihre Rede hat niemanden in Sachsen-Anhalt dazu bewogen, auch nur ein Kind mehr zu zeugen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wird nicht alles versucht, um im Sommerloch die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen! In diesem Jahr machte eine Kuh namens Yvonne das Rennen. Doch spätestens als man sie mit einem Ochsen sexuell locken wollte, wurde klar, wes Geistes Kind sie war.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Frau Bull, DIE LINKE: Wie jetzt? - Herr Gürth, CDU: Ein interessanter Ansatz!)

Zumindest kurzzeitig gelang es unseren Kollegen Scheurell und Schröder, ihr mit einem ernsthaften Thema Konkurrenz zu machen und in die Medien zu kommen. Das muss man fairerweise anerkennend feststellen.

Um die bisherigen Konzepte zur Gestaltung des demografischen Wandels fortzuentwickeln, wolle die CDU-Fraktion zu Beginn der sechsten Wahlperiode eine parlamentarische Initiative ergreifen - so war zu hören -, um der Diskussion konkrete Impulse zu verleihen.

Doch bis auf den Vorschlag, familiäre Kompetenzen als Kriterium für die Einstellung oder einen Karriereaufstieg zu berücksichtigen, gab es nichts Neues. Deshalb sorgte auch nur dieser Punkt für ein kurzes Rauschen im Blätterwald. Doch auch dieser Vorschlag entpuppt sich bei genauerem Hinschauen als alter Hut.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Punkt 5 des Koalitionsantrages ist in Sachsen-Anhalt bereits seit 15 Jahren Bestandteil des Frauenförderungsgesetzes

(Frau Bull, DIE LINKE: Was hat es gebracht? - Nichts!)

und somit verbindlich für den öffentlichen Dienst. In § 4 findet sich folgende Passage:

„Für die Beurteilung der Eignung, Leistung und Befähigung sind Fähigkeiten und Erfahrungen aus der familiären oder sozialen Arbeit zu berücksichtigen...“

(Zustimmung bei der LINKEN)

Und in § 5 des Frauenförderungsgesetzes steht:

„Für die Übertragung höherwertiger Tätigkeiten, bei Beförderung und Höhergruppierung gilt § 4 entsprechend.“

Wir brauchen also kein Bundesdemografiegesetz, Herr Kollege Bergmann, sondern Vorschläge, wie der offensichtlichen Unkenntnis und den beträchtlichen Vollzugsdefiziten entgegengewirkt werden kann.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Diese Sommerinitiative der CDU-Fraktion hat nun, wie angekündigt, den parlamentarischen Raum erreicht. Zuvor ist der Koalitionspartner SPD, ohne groß zu überlegen, noch auf den fahrenden Zug aufgesprungen.

(Frau Hampel, SPD: Wir haben schon überlegt!)

- Ich weiß, Ihre Handschrift sei deutlich erkennbar, werden Sie gleich rufen. Aber, liebe Sozialdemografen,

(Heiterkeit bei der LINKEN)

man muss sich schon bemühen, um die marginalen redaktionellen Änderungen auch zu finden. Sofort fällt aber auf, dass der Demografiebeirat und die Demografieallianz gegenüber dem Acht-Punkte-Vorschlag der CDU fehlen. Ich frage mich, weshalb.

Es ist höchste Zeit - insofern, Herr Schröder, macht ihre Initiative Sinn -, dass der Landtag der sechsten Legislaturperiode seinen Blick für die mit dem demografischen Wandel verbundenen Probleme schärft. Alle parlamentarischen Initiativen sollten auf ihre demografischen Auswirkungen hin geprüft werden, weil man manchmal erst auf den zweiten Blick sieht, dass sie demografisch relevant sind.

Ich will ein Paradebeispiel nennen. So dürfte der Verzicht auf die Senkung des Zugangsalters für den Mopedführerschein eine demografisch nachhaltigere Wirkung zeitigen als ein Großteil der vorliegenden Konzepte.

(Frau Hampel, SPD: Deshalb haben wir es ja beschlossen!)

Meine Damen und Herren! Den Ausgangspunkt für die parlamentarische Befassung sollte jedoch das Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ aus dem Jahr 2010 als Ganzes bilden und nicht nur einige selektiv herausgegriffene Brocken. Sein Erscheinen im Februar 2010 ging offenbar in der heißen Wahlkampfphase zur Landtagswahl weitgehend unter. Nicht einmal der Koalitionsantrag bezieht sich darauf.

Gänzlich unbekannt geblieben ist offenbar das ebenfalls im Februar 2010 vom damaligen Staatssekretär Herrn Schröder in Vertretung für Herrn Dr. Daehre für Sachsen-Anhalt, vom zuständigen

Minister des Freistaates Thüringen und dem Chef der sächsischen Staatskanzlei unterzeichnete Eckpunktepapier zur Zusammenarbeit der mitteldeutschen Länder mit dem Titel „Gemeinsam den demografischen Wandel gestalten“. Von dessen Existenz wurden die Mitglieder dieses Landtages bis heute noch nicht einmal in Kenntnis gesetzt.

Eigentlich spricht alles für die Annahme unseres Änderungsantrages. Er spannt den Rahmen für die Diskussion viel weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Die von der Koalition vorgeschlagenen Punkte finden sich darin alle wieder. Nun wäre unser Vorschlag als Kompromiss - es kommt ja darauf an, dass ein ordentlicher Beschluss auch nach außen wirkt -, nun nicht krampfhaft irgendwelche Teile zu übernehmen; lassen Sie uns vielmehr beide Anträge, auch wenn über sie eigentlich unmittelbar abgestimmt werden sollte, in die Ausschüsse überweisen und in vier Wochen einen Text präsentieren, den wir auch nach außen hin vertreten können. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Danke schön, Herr Dr. Köck. - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Kollege Herr Bergmann. Bitte, Herr Kollege.

Herr Bergmann (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Köck, eigentlich habe ich die Rede Ihrerseits auch nicht anders erwartet. Ich habe in den letzten Minuten keinen einzigen konstruktiven Vorschlag von Ihnen gehört. Eigentlich war es das alte Motto: Was die Koalition macht, ist falsch, was die Opposition macht, ist richtig.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Ich kann Ihnen nur sagen, ich komme aus einer Region, von der ich glaube, dass sie kontinuierlich mit dem demografischen Wandel zu tun hat, weil er in der Altmark, in der Region, die ich hier vertritt, schon längst wirkt. Er wirkt im täglichen Leben, er wirkt, wenn es um den Schülerverkehr geht, er wirkt, wenn es um bestimmte Situationen in den Ortslagen geht. Ich komme nachher noch darauf zu sprechen. Ich glaube, dass ich die Situation daher ganz gut kenne.

Mich fragte letztes jemand, wie ich die Situation in der Altmark überhaupt einschätze. Angesichts der Eindrücke aus den letzten Sitzungen der Ausschüsse im Landtag - ich denke an den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr und an den Umweltausschuss, in denen ich mitarbeite - fiel mir ein - ich sagte das auch so ganz flapsig -: Der

Mensch geht, der Wolf kommt. - Das ist die Situation, wie sie sich darstellt.

Das war natürlich Spaßig gemeint. Aber das ist die Situation, dass wir mit einem großen Bevölkerungsverlust zu kämpfen haben. Damit haben wir natürlich entsprechende Probleme zu bewältigen.

Ich will mich nun einmal völlig von meinem Redemanuskript trennen und stattdessen auf einige andere Dinge eingehen. Ich habe gelesen, dass sich die Ministerpräsidenten und der Ostbeauftragte der Bundesregierung gestern getroffen haben. Sie haben einige Dinge verabschiedet, die zum Teil gehaltsreich sind. Aber ich konnte auch der Presse entnehmen, dass es sich doch im Wesentlichen um eine Bestandsaufnahme handele und noch nicht um Handlungskonzepte.

Dazu haben wir natürlich in der Altmark einiges zu bieten. Dazu haben wir auch in Sachsen-Anhalt einiges zu bieten. Fakt ist: Natürlich müssen wir jetzt zu Maßnahmen kommen.

Besonders ist mir aufgefallen - daran will ich zeigen, wie dramatisch die Situation zum Teil schon ist -, dass Herr Bergner unter anderem sagte, dass man im Bildungsbereich darüber nachdenken müsse, ob man durch kleinere Grundschulen in Ortsnähe Abhilfe schaffen könne.

Diesbezüglich will ich auf Regionen im Land verweisen, wo wir bereits jetzt Grundschulen haben, die gerade einmal noch 40 oder, wenn es hoch kommt, 45 Schüler beschulen. Das heißt, in der Region sind wir längst bei kleinen Schulen angekommen. In den nächsten Jahren stellen sich hier ganz andere Probleme, nämlich die Frage, wie gehen wir weiter damit um.

Die Lehrer sagen, Schulen mit weniger als 40 Schülern machen keinen Sinn. Den Schülern ist es zum Teil egal. Sie würden vielleicht auch in kleineren Gruppen lernen. Es ist ein Thema, über das diskutiert werden muss.

Wir müssen auch darüber nachdenken - das machen inzwischen auch andere Länder im Westen -, wie wir unsere Ortskerne, unsere Dorfkerne stärken können. Vielleicht kann man mit alten Einwohnern aus dem Dorf reden, die ihre Scholle, 2 000 m² für den Bau eines Wohnhauses, vielleicht für die Enkelkinder freigegeben haben. Vielleicht kann man sie dazu bewegen, an Leute zu verkaufen, die bereit sind, in das Dorf zu ziehen.

Wir müssen zusehen, dass wir Menschen in die Ortskerne bekommen, damit die Zersiedlung im ländlichen Raum schlicht und ergreifend aufhört. Denn die macht das Ganze in Zukunft sehr teuer. Ich weiß auch, wie die Diskussionen hier im Landtag verlaufen. Also müssen wir hier aktiv einsteigen und diese Dinge diskutieren.

Das Thema Infrastruktur, das immer wieder angesprochen wird, will ich ein bisschen relativieren.

Denn Infrastruktur bringt im Zusammenhang mit dem Thema Demografie natürlich ein bisschen etwas in die richtige Richtung. Allerdings reagieren fast alle Regionen, die ein demografisches Problem haben, mit Infrastrukturmaßnahmen. Sie sagen: Wir müssen unsere Infrastruktur verbessern.

In der Konsequenz und in der Summe heißt das zum Schluss: Wenn alle demografisch problembehafteten Regionen ihre Infrastruktur verbessern, erreichen wir in Bezug auf die Demografie überhaupt nichts. Das Einzige, was wir damit schaffen, ist, dass es für die Leute in der Region etwas einfacher wird, den Arbeitsplatz zu erreichen. Aber wir erreichen damit weder einen Zuzug noch positive Geburtssalden.

(Frau Frederking, GRÜNE: Keine A 14!)

- Darüber kann man in einem anderen Zusammenhang diskutieren. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Frau Frederking, das hatte ich Ihnen an anderer Stelle schon gesagt: Die Altmark lässt sich ihre Entwicklungschancen durch die GRÜNEN nicht kaputt machen.

(Zustimmung von Herrn Schulz, CDU)

Mit dem nächsten Thema Mobilität sind wir bei der A 14. Die Mobilität müssen wir natürlich verbessern, aber nicht nur durch den Straßenbau. Wir müssen auch sehen, was im Bereich des ÖPNV möglich ist. Wenn ich an die letzten Erfahrungen des Landkreises Stendal denke oder auch in andere Regionen Sachsen-Anhalts schaue, weiß ich, dass er eher ausdünn, als dass es intensiver wird. Man sollte darüber nachdenken, wie man das gestaltet.

Wir haben alle keine Patentrezepte parat. Das wissen wir. Ich denke, der Politik tut es gut, auch einmal zu sagen: Wir haben dafür keine Patentrezepte. Aber man kann sich ja auch helfen lassen. Ich möchte an dieser Stelle eines ansprechen, das ich als sehr positiv empfinde. Wir haben vor wenigen Wochen in Sachsen-Anhalt die Demografieallianz gegründet; den Demografiebeirat gab es schon.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Ich möchte ein großes Dankeschön sagen an alle Institutionen - es waren um die 50, die sich in diese Demografieallianz einbringen -, die bereit sind mitzuarbeiten. Mich rief gestern Abend noch Jost Riecke an, der im Demografiebeirat die Wohnungsverbände vertritt. Ich finde es toll, dass wir den Kinder- und Jugendring, den BUND, die Kirchen und wie sie alle heißen, jetzt in großem Rahmen dazu bewegen können, mitzuarbeiten und zu helfen, Konzepte zu entwickeln.

Wir sollten als Politiker die Ohren und die Augen aufmachen und schauen, was an uns herangetragen wird. Wir können viele Dinge aufnehmen und

vielleicht in die parlamentarische Arbeit einbringen. Das ist das Positive, das ich in den letzten Wochen in Sachsen-Anhalt vernehmen konnte.

Nochmals schönen Dank an die Mitglieder des Demografiebeirates. Einige sitzen dort oben auf der Tribüne. Es ist zu hoffen, dass wir mit dieser Arbeit vorankommen.

Insoweit betrachte ich die Debatte heute ein bisschen als eine Start-up-Phase, in der in Zukunft noch einiges passieren wird. Ich will noch einmal sagen, dass ich dieses Thema Demografie wirklich als eines der entscheidenden Zukunftsthemen sehe. Ob wir das wollen oder nicht, es wird ein Zukunftsthema sein.

Jetzt möchte ich noch einige Sätze zum Antrag der Fraktion DIE LINKE sagen. Meine Redezeit ist fast beendet. Wenn ich das nicht sagen darf, mache ich das eben nachher vom Platz aus. - Ich möchte Ihnen Folgendes kundtun: Ich möchte, dass wir den Antrag der Koalitionsfraktionen beschließen.

(Frau Dr. Klein, DIE LINKE: Überraschung!)

- Überraschung, ja. - Ich möchte den Vorschlag machen, dass wir den Absatz 1 aus dem Antrag der LINKEN übernehmen. Gleiches gilt für den Absatz 2 aus dem Antrag der LINKEN, wobei ich folgende redaktionelle Änderung anrege:

„Die Landesregierung informiert die genannten Ausschüsse über die Arbeit der Demografieallianz, über das Eckpunktepapier...“

Auf diese Weise können wir Informationen über die Arbeit der Demografieallianz bekommen.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Herr Dr. Köck, ich weiß, das entspricht nicht Ihrer Vorstellung; Ich möchte trotzdem den Vorschlag machen, dass wir so verfahren. Ich hoffe, dass Sie dem zustimmen. Ich weiß, das ist nicht unbedingt Ihr Wunsch. Aber so weit würde ich Ihnen gern entgegenkommen. Weiter komme ich Ihnen nicht entgegen. Das ist mein Vorschlag. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Ich mache darauf aufmerksam, dass Herr Köck etwas fragen möchte. Bitte.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Herr Bergmann, es ist ja nichts dagegen einzuwenden. Aber wenn es ein redaktionell ordentlicher Beschluss des Landtages werden soll, mit dem wir uns in der Welt sehen lassen können, dann reicht die bloße Übernahme von Absätzen nicht. Unter Punkt 1 unseres Änderungsantrages sind die Ausschüsse genannt, in denen berichtet werden soll. In Ihrem Antrag sind die Ausschüsse unter Punkt 3 genannt. Dann hätten wir also eine

Doppelung. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass es ganz so einfach nicht geht.

Meine Frage ist folgende. Im ursprünglichen Demografiepapier der CDU-Landtagsfraktion gab es einen Punkt 5, der sich auf den Demografiebeirat und die Demografieallianz bezog. Dieser ist in Ihrem Antrag nicht enthalten. Ist das bloß ein Schreibfehler?

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Herr Dr. Köck, Sie sind akustisch nur sehr schwer zu verstehen. Daher möchte ich den Vorschlag unterbreiten, dass wir die Rednerliste abarbeiten. Vielleicht können sich Herr Bergmann und Herr Dr. Köck einmal zusammensetzen, um die Formulierungen zu klären. Vielleicht steht am Ende das Ergebnis, dass bestimmte Dinge übernommen werden oder nicht. Wir brauchen ja auch klare Formulierungen. Bis auf den Vorschlag, ganze Absätze zu übernehmen, war das, was Herr Bergmann hier vorgetragen hat, nicht ausreichend; im Hinblick auf die genauen Formulierungen würde es schwierig. Können wir so verfahren? - Okay.

Dann gebe ich jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Frederking das Wort.

Frau Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um der demografischen Entwicklung zu begegnen, müssen moderne und innovative Entwicklungskonzepte, insbesondere für den ländlichen Raum, erarbeitet werden. Alles, was wir hier im Land Sachsen-Anhalt an Initiativen ergreifen, wird in anderen Regionen Deutschlands und Europas großes Interesse hervorrufen.

Schrumpfende Regionen bedeuten nicht nur einen Verlust, sondern gleichzeitig einen Zuwachs an Freiräumen und neuen Möglichkeiten. Ich denke zum Beispiel an die touristischen Angebote.

Unser Land wird innerhalb Europas nachweislich am stärksten vom demografischen Wandel herausgefordert. In den nächsten 20 Jahren werden wir im Durchschnitt die älteste Bevölkerung in ganz Europa haben. Daher ist es unterstützenswert und notwendig - wie es im Antrag formuliert ist -, dass die spezifische Situation von Sachsen-Anhalt bei der Formulierung der Demografiestrategie der Bundesregierung berücksichtigt wird und dass hierin die Erfahrungen einfließen.

Das Landesprogramm zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Förderung der Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt sollte nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nur fortgeführt, sondern auch weiterentwickelt werden. Es muss eruiert werden, ob das Förderprogramm zielgenau dort ankommt, wo es wirken soll.

In der Richtlinie heißt es, dass schwerpunktmäßig Regionen gefördert werden sollen, die mit über-

durchschnittlichem Bevölkerungsrückgang konfrontiert sind. Wenn man sich einmal anschaut, wie die Mittel abgeflossen - es gab dazu ja eine kleine Anfrage von Herrn Lüderitz oder Herrn Henke; ich weiß nicht mehr, wer von beiden es war -, dann stellt man fest, dass für Magdeburg, für das ein Bevölkerungsrückgang um 1,9 % prognostiziert wird, Zuwendungen in Höhe von 195 000 € für dieses Jahr bewilligt worden sind. Demgegenüber hat der Kreis Mansfeld-Südharz, der mit minus 27 % vom Bevölkerungsrückgang am stärksten betroffen sein wird, nur 125 000 € bekommen hat. Das will ich jetzt nicht absolut darstellen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass man hier wirklich gut hingucken muss.

Es sollten in alle Förderrichtlinien demografiesensible Kriterien aufgenommen werden, so wie es zurzeit bei dem Demografiecheck bei Kitas geschieht. Das ist ja eine Voraussetzung für die Förderung.

Es geht aber nicht nur um den Blick auf einzelne Projekte. Wichtig ist uns auch, dass wir uns die kommunale Ebene anschauen und über Demografiechecks auf kommunaler Ebene nachdenken.

Einen Prüfauftrag auf den Weg zu bringen, dass Leistungen aus der familiären Arbeit bei der Beurteilung der Eignung und Befähigung bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst Berücksichtigung finden, das erhält unsere Zustimmung. Entsprechend § 4 Absatz 4 des Frauenförderungsgesetzes haben sich solche Kriterien schon seit langem bewährt. Ich möchte trotzdem zitieren, weil dies genau das Anliegen des Antrags trifft:

„Für die Beurteilung der Eignung, Leistung und Befähigung sind Fähigkeiten und Erfahrungen aus der familiären oder sozialen Arbeit zu berücksichtigen, soweit ihnen für die zu übertragenden Aufgaben Bedeutung zukommt. Dies gilt auch, wenn Familienarbeit neben der Erwerbsarbeit geleistet wurde. Sozial und familiär bedingte Ausfallzeiten dürfen sich nicht nachteilig auswirken.“

Das heißt, solche Kriterien haben wir schon. Diese jetzt auch bei Männern anzuwenden, kann durchaus sinnvoll sein. Sie haben es als Prüfauftrag formuliert. Ja, man sollte da nachgucken.

Zu Punkt 7 ist zu sagen, dass demografische Belange alle Bereiche betreffen und der demografische Wandel damit wirklich eine klassische politische und gesellschaftliche Querschnittsaufgabe ist. Daher macht es unserer Meinung nach keinen Sinn, unter der Überschrift „Demografie“ Angebote im Internet zusammenzufassen. Das geht am Bedarf vorbei und wäre nur eine neue Sortierung von Inhalten, die es an anderer Stelle im Internet schon gibt, wie zum Beispiel die Informationsangebote der Kommunen zu Kitas, Schulen und dem ÖPNV.

Wenn ich beispielsweise einen Rufbus suche, dann schaue ich ja nicht unter www.demografie.de, sondern unter www.nasa.de nach. Neue Informationsangebote brauchen wir also nicht. Stattdessen sollten aber bestehende Internetplattformen um demografische Faktoren ergänzt werden. Wir halten Punkt 7 daher für überflüssig und plädieren für dessen Streichung.

Uns fehlt im Antrag eine Aussage zu den Kosten von Infrastrukturmaßnahmen und deren Folgekosten. Wenn die Bevölkerungszahl sinkt, dann steigen in Zukunft die Pro-Kopf-Kosten für Instandhaltungsaufwendungen. Aus diesem Grund schlägt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den folgenden Passus einzufügen:

„Die Landesregierung wird gebeten, Kriterien anzuwenden, damit bei Infrastruktur- und Investitionsprojekten der Bevölkerungsrückgang so berücksichtigt wird, dass die nachfolgenden Betriebs- und Instandhaltungskosten begrenzt werden.“

Ich habe diesen Änderungsvorschlag bereits schriftlich vorgelegt. Die Fraktion der CDU weiß auch Bescheid. Ich bitte um Zustimmung zu unseren beiden Änderungsvorschlägen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Frederking. - Jetzt hat erneut der Kollege Scheurell das Wort. Bitte schön.

Herr Scheurell (CDU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe zunächst kurz auf die Anträge ein. Sehr geehrte Frau Frederking, ich sehe, dass sich Ihre Fraktion und Sie im Besonderen sehr intensiv mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen auseinandergesetzt haben. Bei aller Sympathie, die die Zusammenarbeit bei diesen Punkten bringt, können wir, da ich es nicht ganzheitlich betrachtet habe, der von Ihnen vorgeschlagenen Ergänzung nicht zustimmen. Ich sage Ihnen jetzt auch, warum. Ich bleibe Ihnen die Antwort ja nicht schuldig.

Wenn man sich vergegenwärtigt, was die Formulierung „Kriterien anzuwenden, damit bei Infrastruktur- und Investitionsprojekten der Bevölkerungsrückgang so berücksichtigt wird...“ bedeutet, so heißt das im Umkehrschluss auch, dass bei geringer werdender Bevölkerung Infrastrukturprojekte, gerade im Straßenbau, wegfallen würden. Das hätte zur Folge, dass sich die Mobilität und die Lebensumstände in den unterschiedlichsten Regionen zu unterschiedlich entwickeln würden. Das jedoch wollen wir gerade nicht. Wir wollen auch in dünnbesiedelten Räumen die Mobilität erhalten und die Infrastruktur vorhalten.

Sie haben insoweit Recht, als man wirklich genau schauen muss, was man an welcher Stelle wirklich

noch vorhalten kann. Deshalb sind ja solche Demografiechecks für verschiedene Einrichtungen, wie Sie es schon angesprochen haben, vorgesehen.

Nun zum sehr geehrten Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck. Wir sehen das nicht nur unter der Maßgabe, dass das Frauenförderungsgesetz hier zum Zuge kommt, sondern es sollte geschlechtsunabhängig sein, und Männer sollten genauso in den Genuss kommen.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

- Nein, sehr geehrte Frau Bull. Es ist doch so: Wenn Männer verschiedene Positionen in der Gesellschaft überproportional besetzen, was Sie zu Recht ansprechen, dann kann man im Gegenzug doch nicht durchsetzen wollen, dass Männer schlechter gestellt werden als Frauen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nein, um Gottes willen!)

Das wollen wir an der Stelle eben auch nicht. Kollege Bergmann hat ja schon gesagt, dass wir da auf einem guten Weg sind und auf Sie zukommen. Wir nehmen auf, dass Sie sich einbringen und dass Sie hier mitwirken.

Ich habe bereits in meiner Einbringungsrede gesagt, es gibt kein politisches Patentrezept für oder gegen eine demografische Entwicklung; denn eine der Demografie angepasste Politik beginnt mit der Einsicht in den Fakt, dass diese Entwicklung auf absehbare Zeit unumkehrbar ist. Es ist weder zu erwarten, dass die Geburtenzahlen nennenswert steigen, noch ist zu orten, dass eine Rückzugswelle aus den alten Ländern einsetzt. Manche Aktivität der unterschiedlichsten Akteure regt eher zum Lächeln an, als dass damit wirklich Hoffnungen zu verbinden wären.

Aber es gibt auch zahlreiche Möglichkeiten, die demografische Entwicklung in ihren konkreten Auswirkungen zu analysieren und Handlungsstrategien zu entwickeln. Ich will daran erinnern, dass es die unionsgeführte Bundesregierung gewesen ist, die in ihrer Kabinettsklausur am 17./18. November 2009 den Beschluss „Sozialen Fortschritt im demografischen Wandel gemeinsam gestalten“ gefasst hat.

Die Regierungsfractionen wollen nunmehr im Landtag Einigkeit über ein erstes Maßnahmenbündel auf Landesebene herstellen. Dass Sachsen-Anhalt hierbei eine Vorreiterrolle einnimmt, hat die Gründung der Demografieallianz vor zwei Wochen in der Staatskanzlei gezeigt. Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung haben 55 gesellschaftliche Akteure ihre Mitwirkung zugesichert.

Unser Ziel ist klar: Insbesondere für Mitteldeutschland, welches von der demografischen Entwicklung vor allen anderen betroffen ist, müssen Wege zur Sicherung des Fachkräftepotenzials und zur

Anpassung vorhandener Infrastrukturen an den demografischen Wandel beschränkt werden. Die Stichworte sind: eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung, entsprechende Bildungsangebote, die Sicherung der Mobilität der Menschen, ein leistungsfähiger Internetzugang und die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Seit dem Frühjahr 2010 gibt es beim Bundesministerium des Innern eine entsprechende Arbeitsgruppe mit Vertretern der für Demografie zuständigen Bereiche der mitteldeutschen Bundesländer. Darin sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Ministeriums unter Leitung unseres Ministers Webel vertreten.

In der vorletzten Woche ist - darauf habe ich eingangs bereits hingewiesen - ein gemeinsames Handlungskonzept der mitteldeutschen Länder zur Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Räumen unter dem Titel „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ erschienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir unterstreichen die besondere Bedeutung des Fachkräftesicherungspaktes und fordern, dessen Maßnahmenkatalog weiter zu optimieren. Wir müssen noch innovativere Modelle entwickeln, um hier ausgebildeten Fachkräften, auch jenen aus dem Ausland, für die auf dem Arbeitsmarkt zu hohe Eintrittsbarrieren gelten, diesen Eingang in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Wir sichern die Zukunftsfähigkeit von Kulturgütern und vielfältigen Gemeindeeinrichtungen im ländlichen Raum durch ein eigens hierzu eingerichtetes Förderprogramm. Sie haben bereits darauf reflektiert. Ich finde es gut, dass Sie sich derart informieren. Die Kleinen Anfragen haben zutage gefördert, was wo investiert wird. - Meine Redezeit ist leider vorbei.

(Oh! bei der LINKEN und bei der SPD)

Der sehr geehrte Herr Bergmann hat darauf reflektiert, dass wir zwei Punkte aus dem Antrag der LINKEN in unseren Antrag aufnehmen möchten. Damit würdigen wir auch Ihre parlamentarische Tätigkeit.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Scheurell. Sie dürfen sich wieder setzen.

(Herr Dr. Köck, DIE LINKE: Ich habe noch eine Frage!)

- Herr Dr. Köck, bitte.

Herr Scheurell (CDU):

Er will mir noch ein wenig zuhören.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Herr Scheurell, ich habe eine Frage. Unter Punkt 7 Ihres Antrages wird die Landesregierung gebeten, „den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zur Bündelung aller Angebote und Fakten eine Internetplattform ‚Demografie‘ anzubieten.“

Ich entnehme dem Satzbau, dass dies eine Aufgabe ist, die noch zu leisten ist.

(Minister Herr Webel: Die gibt es schon!)

Herr Scheurell (CDU):

Nein, die gibt es schon.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Die gibt es schon seit dem Herbst 2010?

(Minister Herr Webel: Seit dem Jahr 2010!)

Herr Scheurell (CDU):

Ja.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Aha. - Ich habe zudem eine Frage zu Punkt 6 des Antrages. Erinnern Sie sich daran, dass es vor ungefähr zwei Jahren eine entsprechende parlamentarische Initiative der LINKEN gegeben hat, um genau diesen Punkt einer Lösung zuzuführen?

Herr Scheurell (CDU):

Ja - ich habe kein Gedächtnis wie ein Schweinschwänzchen: einmal rum und aus -,

(Heiterkeit im ganzen Hause)

ich erinnere mich daran.

Wir haben Ihre Initiative gewürdigt und haben auch darauf reflektiert. Danke, sehr geehrter Herr Dr. Köck, für den Hinweis. Sie sehen, die Koalitionsfraktionen nehmen die konstruktive Mitarbeit der Oppositionsfraktionen gern und dankbar auf.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende des Tages müssen wir uns noch einmal ein wenig konzentrieren. Dann sind wir aber gleich fertig.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Dann darf aber Herr Scheurell nicht reden!)

- Ich würde das Reden im Moment auf mich beschränken. - Uns liegen der schriftliche Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und der mündliche Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Dieser liegt mir allerdings schriftlich vor. Wenn ich ihn vorlesen soll, dann tue ich das.

(Frau Bull, DIE LINKE: Nein!)

Ich lasse jetzt in der folgenden Reihenfolge abstimmen: zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und dann über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gewinnen diese Anträge eine Mehrheit, dann ist alles geklärt. Bekommen sie keine Mehrheit, dann lasse ich über den Antrag der Koalitionsfraktionen einschließlich der gewünschten Änderungen abstimmen.

Wir stimmen dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/470 zu? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. - Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und ein Teil der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Mehrheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drs. 6/443 zu? - Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE. - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Jetzt stimmen wir über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drs. 6/443 ab. Von-

seiten der Koalitionsfraktionen ist vorgeschlagen worden, die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE zusätzlich zu übernehmen.

Allerdings soll der Punkt 2 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE wie folgt geändert werden: Nach der Passage „Die Landesregierung informiert die genannten Ausschüsse“ soll die Passage „über die Arbeit der Demografieallianz“ eingefügt werden. Danach geht der Text unverändert weiter. - Ist klar, worüber wir jetzt abstimmen?

Dann stimmen wir jetzt über diesen Antrag ab. Wer ist dafür? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen worden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen ein gutes Wochenende. Kommen Sie gut durch den kühlen Herbst.

Ich berufe den Landtag zu seiner 7. Sitzungsperiode für den 10. und 11. November 2011 ein. - Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 15.51 Uhr.